

Preußische Allgemeine



Nr. 26 · 28. Juni 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Zeit für den Frieden?

Zwei Jahre nach Beginn des Ukrainekriegs entwickeln die verschiedenen Parteien Pläne für die Zeit danach. Ein schnelles Ende der Kämpfe ist dennoch vorerst nicht in Sicht Seite 3



Mythos Wie das „Wunder von Bern“ zum Drama der Ungarn wurde Seite 11



Bericht Eine Reise nach Königsberg in kriegerischen Zeiten Seite 23

VON RENÉ NEHRING

REGIERUNGSKRACH

Wie lange kann eine Regierung durchhalten, in der die Gemeinsamkeiten sichtbar aufgebraucht sind? Diese Frage stellt sich mit Blick auf die „Ampel“ inzwischen fast täglich.

Hauptstreit- und zunehmend auch Hauptknackpunkt des Bundeskabinetts ist der Haushalt für das kommende Jahr. Während die Liberalen seit Monaten beharrlich auf die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse pochen, versuchen verschiedene Vertreter von SPD und Grünen ebenso beharrlich, Wege zu finden, mit der sich die Schuldenbremse umgehen ließe.

Der größte Aufreger dieser Tage kam von den Sozialdemokraten. Reichte zunächst die linke Gruppierung Forum DL21 mit Unterstützung der Jusos und der Senioren-Arbeitsgemeinschaft 60 plus ein Mitgliederspezifisches beim SPD-Vorstand ein, mit dem die Initiatoren erreichen wollen, dass ihre Partei Kürzungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie, Bildung, „Demokratieförderung“ und Entwicklungszusammenarbeit nicht zustimmt, so fordern inzwischen alle Strömungen der SPD-Bundestagsfraktion entschieden eine Auflockerung der Schuldenbremse. Ein Votum, an dem der aus diesen Reihen stammende Kanzler, der erst vergangenen Sonntag im Sommerinterview mit der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ erklärte hatte, „Wir müssen mit dem Geld auskommen, das wir haben. Daran führt nun mal kein Weg vorbei“, letztlich doch kaum vorbeikommt.

Kein Ausweg ohne Gesichtverlust

Ebenso entschieden festgelegt haben sich die Freien Demokraten – und zwar dahingehend, dass sie an der Schuldenbremse auf jeden Fall festhalten wollen. So drohten dreißig jüngere FDP-Abgeordnete im Deutschen Bundestag gegenüber der „Bild“-Zeitung, „die Ampel nicht weiter zu

Das Bundeskabinett steht vor dem finalen Schowdown

Im Haushaltsstreit haben sich insbesondere SPD und FDP derart festgelegt, dass ein Ausweg ohne Gesichtverlust oder Neuwahlen kaum denkbar erscheint

unterstützen“, falls die SPD mit ihrer Forderung nach neuen Schulden durchkommen sollte. Auch der Partei-Vize Wolfgang Kubicki, der seit Monaten zu den klarsten Verfechtern der Einhaltung der Schuldenbremse gehört, äußerte sich zum Haushaltsstreit. Gegenüber „FOCUS online“ erklärte er, dass man davon ausgehen könne, „dass nicht nur dreißig Abgeordnete der FDP-Fraktion absolut zur Schuldenbremse stehen, sondern alle 91“. Und weiter: „Das ist im Übrigen geltende Verfassungslage. Wer die Verfassung brechen will, wird das nur ohne uns tun können.“

Damit haben sowohl die Befürworter neuer Schulden als auch deren Gegner verbal dermaßen aufgerüstet, dass ein Zurück ohne Gesichtverlust nicht mehr möglich erscheint. Konkret heißt das, dass entweder die Liberalen als Verlierer aus dem Haushaltsstreit herausgehen werden oder die Sozialdemokraten. Der einzige Ausweg ohne Gesichtverlust für beide Seiten wäre, dass es keinen Haushalt gibt – was das Ende der Regierung bedeuten würde.

Doch angesichts der aktuellen Meinungsumfragen und der Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament vor drei Wochen kann auch dies für keinen der Ampel-Partner eine echte Option sein. Die Sozialdemokraten stehen auf historischem Tiefstwert, die Liberalen pendeln um die parlamentarische Nulllinie der Fünf-Prozent-Marke herum, und

selbst die Grünen, die nach der Regierungsbildung lange Zeit erstaunlich stabil standen, haben zuletzt überall deutlich an Zustimmung eingebüßt.

Die Schwäche der Opposition

Hinzu kommt, dass auch die Opposition derzeit kein Interesse an einem vorzeitigen Gang an die Wahlurnen haben kann. In der Union reißen die Attacken aus dem Kreis der Anhänger der vormaligen Kanzlerin Angela Merkel gegen den Kurs des neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz nicht ab. Zudem ist noch immer unklar, mit welchem Partner die Union auf Bundesebene künftig eine Koalition eingehen will, sodass wiederum weder CDU und CSU noch ihre Wähler wissen, welche Politik sie nach der Wahl bekommen werden.

Auch bei der AfD ist noch immer unklar, wohin sie steuert. Schon, wer den Kurs überhaupt bestimmt – das Vorsitzenden-Duo Alice Weidel/Tino Chrupalla oder der Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, im Verbund mit dem thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke – ist nicht erkennbar. Dass, wie Anfang der Woche gemeldet, die AfD-Abgeordneten im Kreistag von Oberspreewald-Lausitz nach den jüngsten Kommunalwahlen von Brandenburg nun eine Fraktion mit der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ (vormals NPD) bilden wollen, zeigt zudem, dass zumindest Teile der Partei weiter nach rechts außen marschie-

ren wollen – was wiederum nicht nur Stimmen in bürgerlichen Schichten kosten dürfte (vor allem im einwohnerstärkeren Westen des Landes), sondern auch Bündnisse mit anderen Parteien in weite Ferne rücken lässt. Womit die Deutschen trotz nicht-linker Mehrheiten bei den meisten Wahlen auch künftig eine eher linkslastige Politik bekommen werden.

Interessant ist derzeit die Entwicklung des „Bündnisses Sahra Wagenknecht“ (BSW). Bei der Europawahl mit 6,2 Prozent furios gestartet, steht die neue Partei in bundesweiten Umfragen derzeit bei 8,5 Prozent, im Osten der Republik sogar bei 15 Prozent, womit sie schon bald ein gefragter Partner für künftige Regierungsbildungen sein dürfte. Zumindest äußern sich derzeit Vertreter aus allen Parteien dahingehend, dass sie sich ein Bündnis mit dem BSW vorstellen können. Für die Union hätte die Wagenknecht-Partei immerhin den Vorteil, mit der vitaleren Hälfte der Linkspartei regieren zu können, ohne gegen den eigenen der vormaligen, mehrfach gewendeten SED/PDS/Die Linke gegenüber gefassten Unvereinbarkeitsbeschluss verstoßen zu müssen.

Fakt ist: Der Haushaltsplan für das kommende Jahr soll am 3. Juli im Bundeskabinett verabschiedet werden. Spätestens dann dürften die Deutschen wissen, ob auf die freudig-gelassenen Tage der Fußball-Europameisterschaft im eigenen Lande ein stürmischer Sommer folgt.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Großbritannien droht den regierenden Tories eine empfindliche Niederlage Seite 6

Kultur

Friedrich Gottlieb Klopstock – der oft verspottete Messias aus Quedlinburg Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Ein internationaler Kant-Kongress in der Kirche von Groß Arnsdorf Seite 13

Lebensstil

Wie eine Preußin vor Wagner die Herzen Bayreuths eroberte Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Grenzkonflikte China-Russland Im 19. Jahrhundert hat China große Territorien an westliche Imperien verloren. Den Anspruch auf diese Gebiete hat das Reich der Mitte jedoch nie aufgegeben, wie sich aktuell zeigt

Mit Risiken und Nebenwirkungen

Putin und Xi Jinping bekunden ihre Freundschaft, doch China nutzt Russlands Schwäche aus

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Eine aktualisierte chinesische Nationalkarte, auf der russische Territorien als chinesische Gebiete mit chinesischen Namen eingezeichnet sind, hat in Russland für Aufsehen gesorgt. Die Insel Sachalin wird auf der Karte „Kuedao“ genannt, Blagoweschtschensk heißt „Hailanpao“, aus Wladiwostok wurde „Haishenwei“, und aus Chabarowsk „Boli“. Der russische Südosten gehörte einmal zu China und es scheint, als markiere die Volksrepublik auf diese Weise ihren Anspruch auf einen bedeutenden Teil russischen Territoriums, was bei den Verantwortlichen der betroffenen Regionen Besorgnis auslöst.

In Chinas sozialen Netzwerken fordern nationalistische Kräfte schon länger, dass diese Regionen wieder ins Reich der Mitte zurückkehren. Dass sie sich damit nicht allzu weit von der Regierungslinie entfernen, mag das „Aigun Historical Museum“ versinnbildlichen. Es liegt im Stadtteil Aigun des Stadtbezirks Heihe gegenüber der Stadt Blagoweschtschensk des russischen Amurgebiets. Hier wurde 1858 Quing-China gezwungen, mit Russland einen der „ungleichen Verträge“ zu unterzeichnen, wodurch ein riesiges Territorium verloren ging, das China für sein ursprüngliches Land hält.

Das Museum, zu dem kein Russe Zugang erhält, erzählt von den schrecklichen Bedingungen, unter denen die schmachvollen Verträge geschlossen wurden. Olga R., eine Englischlehrerin, die in Heihe arbeitet, hat mehrfach versucht, in das Museum zu gelangen. Es gelang ihr kein einziges Mal. Von chinesischen Freunden weiß sie, dass im Museum China als Großreich dargestellt wird und an Russland verlorene Gebiete als chinesische dargestellt werden. Jeder neue Präsident der Volksrepublik, Touristen und Busladungen mit Schulkindern seien verpflichtet, dieses Museum zu besuchen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass die Führung in Peking in Grenzregionen militärisch aufrüstet, entpuppt sich die viel beschworene chinesisch-russische Freundschaft als eine mit Risiken und Nebenwirkungen behaftete für Russland. Trotz sich verdichtender Hinweise, dass China sich seine Freundschaft teuer bezahlen lassen könn-

te, setzt Präsident Putin unbeirrt auf die guten Beziehungen mit dem Nachbarn.

Zweckbündnis statt Freundschaft

Bereits jetzt nutzt China Russlands kritische Lage aus, indem es vergünstigte Preise für russisches Gas und flexible Verpflichtungen verlangt sowie von billigen Ölimporten profitiert. Im Gegenzug unterstützt Peking die durch die westlichen Sanktionen unter Druck stehende russische Wirtschaft, indem es Güter liefert, die militärischen und zivilen Zwecken dienen. Der Handel zwischen China, und Russland erreichte im vergangenen Jahr einen Rekordwert von etwa 240 Milliarden US-Dollar.

China nutzt das Vakuum, das der Wegzug westlicher Firmen auf dem russischen Markt hinterlassen hat. Das Reich der Mitte überschwemmt den russischen Markt regelrecht mit Automarken aus chinesischer Produktion, aber auch mit dringend benötigter Verbraucherelektronik. Wie fragil diese Wirtschaftsbeziehungen sind und wie sehr die Chinesen dabei auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, zeigt

der Rückzug chinesischer Banken aus dem Russlandgeschäft, als Anfang des Jahres die USA mit Sanktionen drohten.

Russische Experten warnen vor einer zu großen Abhängigkeit Russlands von China und betrachten mit Sorge, wie chinesische Firmen und Bürger immer mehr nach Sibirien drängen. Die beiden Länder trennt eine mehr als 4000 Meter lange Grenze, die durch schwer kontrollierbare Gebiete verläuft. Kritische Stimmen warnen vor der chinesischen Aufrüstung in Grenzregionen, da China offenbar Ansprüche auf das Amurgebiet und große Teile Sibiriens erhebt. Gerät Moskau in größere Abhängigkeit von Peking, könnten ihm bei sinkender Wirtschaftsleistung angesichts des Ukrainekriegs und der Sanktionen ähnlich demütigende Verträge mit Gebietsabtretungen drohen wie China nach den Opiumkriegen.

Erste Anzeichen dafür, dass China sich die verlorenen Gebiete „auf leisen Sohlen“ zurückholt, gibt es bereits. So ist der Hafen von Wladiwostok vor einem Jahr quasi ein chinesischer Binnenhafen geworden, ohne dass im Westen viel Notiz

davon genommen wurde. Für den innerchinesischen Handel sind die Zollbeschränkungen gefallen. Immer mehr russische Firmen verlassen die Stadt, und Chinesen kaufen deren frei werdenden Immobilien zu günstigen Preisen.

Entlang der sibirischen Grenze weichen zudem seit Jahren chinesische Bauern auf der Suche nach fruchtbarem Land in dünn besiedeltes russisches Gebiet aus, was die dortigen Behörden zwar aufmerksam beobachten, aber auch tolerieren. Am Baikalsee kaufen Chinesen Land und bauen Hotels.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat China mehrfach Druck mit dem Ziel von Grenzverschiebungen auf seine nördlichen Nachbarn ausgeübt. 1995 hat Moskau umstrittene Inseln im Grenzfluss Ussuri an China zurückgegeben. 1994 war Kasachstan gezwungen, Grenzverschiebungen gegen chinesische Kredite zuzustimmen. Auch Kirgistan und Tadschikistan verzichteten auf Territorien gegen Schuldenerlass. China hat auf diese Weise mehr als 1200 Quadratkilometer Territorium gewonnen.



Hier hat China einen Fuß in der Tür: Seit vergangenem Jahr ist der Hafen von Wladiwostok, das die Chinesen Haishenwei nennen, zum chinesischen Binnenhafen geworden

Foto: imago/Pond5images

UNGLEICHE VERTRÄGE

Chinas Schwäche nach den Opiumkriegen

Neben Großbritannien profitierte auch das russische Zarenreich von der Unterwerfung des chinesischen Kaiserreichs

In chinesischen Geschichtsbüchern ist zu lesen, dass fast ganz Sibirien „vorübergehend verlorene chinesische Gebiete“ seien. Tatsächlich gehörte der russische Südosten einst zu China. Mitte des 19. Jahrhunderts war das chinesische Kaiserreich jedoch durch Handelskriege und die Taiping-Revolution derart geschwächt, dass es den Konflikt mit den Westmächten verlor. Nach den sogenannten Opiumkriegen zwang Großbritannien das wirtschaftlich und technologisch unterlegene chinesische Kaiserreich, mehrere Gebiete an die imperialistischen Mächte abzutreten.

Zwischen 1842 und 1860 wurde China eine Reihe von Verträgen aufgezwungen, die den europäischen Mächten umfang-

reiche Rechte zuwies, für welche die Chinesen aber keinerlei Gegenleistung erhielten. Sie mussten beispielsweise niedrigen Einfuhrzöllen für ausländische Waren zustimmen, ein uneingeschränktes Niederlassungsrecht für Europäer in chinesischen Städten gewährleisten, „offene Häfen“ mit günstigen Zöllen und Steuern einrichten sowie freie Missionstätigkeit christlicher Missionare zulassen. Chinesische Verfasser bezeichneten diese aufgezwungenen Verträge als „ungleiche Verträge“, die sie als Erpressung betrachteten.

Gemäß den Verträgen fiel Hongkong an die Briten. Das russische Zarenreich erhielt in Chinas Nordosten riesige Ge-

biete, zu denen auch Wladiwostok (Beherrsche den Osten) zählte.

Die chinesische Führung hat die infolge der Opiumkriege erlittene Schmach der Gebietsverluste nie verwunden. Chinesen betrachten etwa 1,5 Millionen Quadratkilometer russischen Territoriums als ihr Eigentum, da vor mehr als 150 Jahren Land östlich des Baikalsees von China abgetrennt wurde, darunter Boli (Chabarowsk), Haishenwei (Wladiwostok) und die Halbinsel Kamtschatka sowie die Insel Kuedao (Sachalin).

Im Jahr 1858 eroberte Graf Nikolaj Murawjow für das Russische Reich die fernöstlichen Gebiete nördlich des Amur, was am 28. Mai 1858 im russisch-chinesi-

schen Vertrag von Aigun festgeschrieben wurde. Was für die russische Seite lediglich ein Grenzvertrag war, der die freie Schifffahrt auf dem Amur garantierte, war für China einer der erpresserischen „ungleichen Verträge“.

Der verhasste Vertrag von Aigun

Mit einer Mischung aus militärischer Gewalt und Verhandlungen zwischen den anderen Kolonialmächten und China gelang es Murawjow, erhebliche Landgewinne zu sichern, darunter das 1600 Kilometer lange Küstengebiet vom Unterlauf des Amur bis zum Ussuri. Insgesamt gewann das Zarenreich rund 1,7 Millionen Quadratkilometer.

In den 1960er Jahren kam es entlang der 4380 Kilometer langen chinesisch-sowjetischen Grenze erneut zu Spannungen, die 1969 in einen kurzen Krieg zwischen Russland und China wegen der Insel Zhenbao Dao (russisch Damanski) im Grenzfluss Ussuri mündete. Damals stand die Welt vor einem drohenden Atomkrieg. Der eigentliche Grund für den Grenzkonflikt war jedoch ein Streit zwischen den beiden kommunistischen Parteien „KPdSU“ und „KPCh“ um die ideologische Vormachtstellung in der kommunistischen Welt. Russland hat 1995 Chinas Anspruch auf Zhenbao Dao und einige andere Inseln in einem Grenzvertrag anerkannt. MRK

AUFRÜSTUNG

Ausgaben fürs Militär steigen seit Jahren

In den vergangenen 20 Jahren sind die Militärausgaben Chinas kontinuierlich gestiegen, zuletzt wuchs der Verteidigungshaushalt um 7,2 Prozent. Schätzungen zufolge hat Peking im vergangenen Jahr knapp 300 Milliarden US-Dollar ins Militär investiert. Die Volksbefreiungsarmee ist die personell stärkste Armee der Welt. Laut „Global Firepower“ besitzt das Land das drittgrößte militärische Arsenal weltweit an Flugzeugträgern und Kernwaffen.

Schon 2017 hat China Interkontinentalraketen in der Grenzregion der nordöstlichen Provinz Heilongjiang unmittelbar an der russischen Grenze stationiert. Offiziell sind sie gegen die USA gerichtet, um deren Raketen-schutzschild zu umgehen. Putins Pressesprecher Dmitrij Peskow betonte gegenüber besorgten Experten, dass der Kreml weder Chinas Stationierung seiner Interkontinentalraketen nahe der Grenze zu Russland noch den „militärischen Aufbau in China“ im Allgemeinen als Bedrohung ansehe, was Alexej Arbatow, Moskauer Experte für Internationale Beziehungen, keineswegs beruhigt. Er glaubt sogar, dass die Atommacht China in Bezug auf Mittel- und Kurzstreckenraketen das Potential der Vereinigten Staaten und Russlands bei Weitem übersteigt.

Neueste chinesische Raketen wurden auch in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang stationiert, von der aus sie problemlos auf Russland abgefeuert werden könnten. Die chinesischen Behörden teilten mit, dass sie mit der Stationierung neuer mobiler ballistischer Raketensysteme begonnen haben, die jeden Ort erreichen können. Das hat russische Kritiker alarmiert. Da die Reichweite der chinesischen taktischen Luftstreitkräfte den Abwurf von Atombomben in maximal 1400 bis 2000 Kilometern Entfernung ermöglichen, könne man leicht erraten, dass sie hauptsächlich für den russischen Fernen Osten bestimmt seien. Schon 2009 fanden in Transbaikalien militärische Übungen statt, im Jahr 2015 am Grenzfluss Amur gegenüber Blagoweschtschensk. MRK

Europa vor einem ewigen Unfrieden?

Während die westlichen Staaten eine Friedenskonferenz für die Ukraine abhalten, legt Russland einen eigenen Plan für ein Ende des Krieges vor. Wie der Konflikt ausgeht, ist nicht abzusehen. Fest steht nur, dass es um die Zukunft unseres Kontinents geht

VON ALEXANDER RAHR

Jede Jahrhundertepeche bescherte Europa mindestens einen großen Krieg. Eine der schlimmsten Auseinandersetzungen in der Geschichte Europas, der Dreißigjährige Krieg, wurde 1648 durch den Westfälischen Frieden beendet. Der Zwang zum Frieden führte zum konfessionellen Ausgleich sowie einer Machtaufteilung in Europa zwischen Katholiken und Protestanten. Die Kriegsparteien hassten sich am Ende so sehr, dass sie nicht direkt miteinander verhandelten. Das Lager der Katholiken befand sich in Münster, die protestantischen Verhandlungsführer saßen in Osnabrück. Die Kontrahenten schickten sich diplomatische Depeschen über Boten, bis nach vier Jahren endlich eine Einigung erzielt wurde.

Im großen Krieg unserer Tage, dem Ukrainekrieg, warnen unlängst der Serbe Aleksandar Vučić und der Ungar Viktor Orbán in alarmierenden Tönen vor einem drohenden Atomkrieg. Die Interessen Russlands und des Westens liegen so diametral auseinander, dass ein Waffenstillstand oder gar Frieden in der Ukraine unmöglich scheint. So wird, selbst wenn der Konflikt noch dreißig Jahre dauern würde, Russland niemals von seinen Eroberungen in der Ostukraine (die aus russischer Sicht eine Wiedervereinigung mit vormals russischen Gebieten sind) abrücken. Der Westen wiederum schließt Friedensgespräche ohne ein Zurückgehen Russlands kategorisch aus.

Worum es in dem Konflikt geht

Während sich Vučić und Orbán sorgen, dass die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg erneut an die Schwelle eines Atomkrieges rückt, bevorzugen es westliche Experten, von einem Sieg in einem begrenzten Atomkrieg zu lamentieren, oder sie halten atomare Drohungen schlichtweg für einen gegnerischen Bluff. Bemühten sich während der Kuba-Krise vor 62 Jahren die Weltmächte USA und UdSSR noch um die unbedingte Verhinderung eines Atomkrieges, so gelten Kompromisse und Diplomatie heute schnell als Verrat.

Im aktuellen Konflikt geht es um mehr als einen lokalen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Es geht um die europäische Sicherheitsordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges zum Vorteil des siegreichen Westens begründet wurde. Russland versucht, sie gewaltsam aufzubrechen, um zur alten Jalta-Ordnung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zurückzukehren. Der Konflikt ist auch deshalb brisant, weil die Weltmächte des 21. Jahrhunderts, USA und China, darin mitmachen und das letzte Wort haben werden.

Der Westen setzt derzeit auf Abschreckung, spricht jedoch nicht mit einer Zunge. Bundeskanzler Olaf Scholz möchte demnächst wieder mit Putin telefonieren, doch der französische Präsident Emmanuel Macron denkt daran, eigene Kampftruppen in den Krieg zu schicken. Die USA wollen einen direkten Konflikt mit Russland nicht riskieren, liefern jedoch schwere Waffen an die Ukraine. Die NATO eröffnet ein neues Hauptquartier für Kampfeinsätze in der Ukraine in Deutschland, was den Standort Wiesbaden zum Ziel eines russischen Vergeltungsschlages machen könnte. Die USA entziehen über Sanktionen Russland den Dollar, die Europäer denken über Sanktionen gegen China und andere Länder nach, die Russland verbotene Waren liefern. Der US-Außenminister sowie der deutsche Vizekanzler drohen China öffentlich. Putin reist derzeit nach Nordkorea und Vietnam, wo er dem Westen mit der Bildung eines anti-westlichen Blocks droht. Der Globale Süden erstarkt politisch immer mehr und steht im Ukraine Konflikt nicht auf der Seite des Westens.



Trotz jüngster Initiativen noch immer nicht erkennbar: Der Weg zum Frieden im Ukrainekrieg Foto: action press/Zuma press

Derzeit läuft in der Ukraine alles auf eine Patt-Situation hinaus. Die Kontroversen zwischen Russland und dem Westen bleiben für die nächsten dreißig Jahre bestehen, Europa und Russland könnten vor einem langen zermürbenden zweiten Kalten Krieg stehen, bevor sich die Europäer irgendwann einmal an den Helsinki-Prozess vor fünfzig Jahren erinnern und zur Entspannungspolitik zurückfinden. Der Westen kann Russland nach dem Angriff auf die Ukraine nicht in die europäische Sicherheitsordnung einbeziehen, sondern will Russland schwächen und nach Asien abschieben.

Russland indessen fordert für sich eine Großmachtrolle, samt einer Einflusszone auf dem ehemaligen Territorium der untergegangenen UdSSR. Für die Europäische Union ist dagegen die Oberhoheit der NATO auf dem Kontinent nicht verhandelbar. Russland, das sich westlichen liberalen Werten verweigert und diese sogar bekämpft, ist vom systemischen Kontrahenten zum Feind geworden. Es wird gemäß seiner nationalen Sicherheitsdoktrin handeln und die NATO weiter zurückdrängen versuchen, möglicherweise mit chinesischer Hilfe. Der nächste Konflikt nach der Ukraine ist mit Finnland bereits programmiert.

Putins Friedensvorschlag

Putins jüngst vorgelegter Friedensplan sieht in der Perspektive einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und einem künftigen eurasischen Militärbündnis vor. Der Westen will davon nichts wissen. Er braucht für seine Sicherheit den atomaren Schutzschirm der USA und eine NATO-Erweiterung, um westlich orientierte Kleinstaaten in Osteuropa vor Russland zu schützen. Russland wird immer einen Rückzug der USA aus Europa fordern, auch wenn dieses Ziel illusorisch ist.

Der Westen kann nicht auf Putins Vorschlag eingehen und die vier ostukrainischen Regionen an Russland abtreten. Die Ukraine wird dies unter der gegenwärtigen Führung auch niemals tun. Währenddessen wird Russland aber auch niemals die Forderungen des Westens erfüllen, seine Truppen vollständig vom Territorium der Ukraine abzuziehen. Und so bleibt das Patt auf dem Schlachtfeld bestehen. Die Patt-Situation führt – wie im Ersten Weltkrieg – zum Ausbluten der Armeen auf beiden Seiten.

Den Teufelskreis zu durchbrechen wird schwer. Vielleicht gelingt dies durch ein stärkeres Einbeziehen der Länder des Globalen Südens in die Friedensvermittlungen. Dafür muss der Westen auf Strafsanktionen gegen diese Staaten verzichten, um sie nicht noch weiter in die Arme Russlands zu treiben. Ein Militärbündnis Russland-China wäre für die europäische Sicherheit der große Albtraum. Aber der Westen kann die Ukraine unter keinen Umständen an Russland verlieren, denn das würde die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur auf den Kopf stellen.

Ein vom Globalen Süden ausgehandelter Kompromiss könnte so aussehen, dass die ukrainischen Gebiete, die Russland heute annektiert hat und auf denen sich die russische Armee befindet, als „Protectorate“ Moskau zugesprochen werden. Dafür könnte die Ukraine für den Verlust ihrer Ostgebiete mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union entschädigt werden.

Grundzüge einer multipolaren Ordnung

Im Grunde dreht sich der aktuelle Konflikt um die Frage des Erhalts der pro-westlichen, unipolaren Weltordnung. Die USA und die EU wollen in der Weltpolitik kein Mitspracherecht von Diktatoren und autoritären Staaten. Denn damit wäre alles zerstört, was sich die westliche freie Welt seit der Aufklärung geschaffen hat. Doch Russland, China und andere BRICS-Länder sind inzwischen weit fortgeschritten in der Bildung einer multipolaren Weltordnung. Langfristig wird die Welt um neue multilaterale Institutionen, die von der BRICS mitgestaltet werden, und eine grundlegende Reform des UN-Sicherheitsrates, der nicht mehr von den G7-Staaten, sondern von der G20 dominiert wird, nicht herumkommen.

Eine multipolare Weltordnung wird durch Konfrontation geschaffen, nicht durch Diplomatie. Die friedliche Phase der menschlichen Entwicklung, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg beobachtet haben, ist endgültig vorbei. Der Welt steht eine Epoche des Unfriedens ins Haus. Die Globalisierung, von der jeder geträumt hat, insbesondere der Westen, ist gescheitert, nicht zuletzt wegen unüberbrückbarer Ambitionen, Interessensgegensätze, fehlender Kompromissbereitschaft, Argwohn gegenüber einer veränderten Weltordnung und ideologischer Gegensätze.

Eine multipolare Weltordnung wird durch Konfrontation geschaffen, nicht durch Diplomatie. Die friedliche Phase der menschlichen Entwicklung, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg beobachtet haben, ist endgültig vorbei

Zur Person

● **Dr. Alexander Rahr** ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft. Er war Berater für diverse deutsche und russische Firmen und ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin, den er im Laufe der Jahre wiederholt persönlich getroffen hat. www.eurasien-gesellschaft.org

Fazit: Der Westen wird sich weiterhin auf die globale Macht der Vereinigten Staaten, den US-Dollar und die militärische Macht der NATO verlassen. Die NATO wird in Südostasien China einzudämmen versuchen, damit es Taiwan nicht angreift. Auf dem europäischen Kontinent wird die NATO Russland eindämmen. Und doch wird Russland im Epizentrum des Aufbaus einer neuen eurasischen Sicherheitsarchitektur stehen.

Die Frage bleibt, wohin sich der Globale Süden orientieren wird. Und was für Gestaltungskräfte in Afrika und dem Nahen Osten wirken werden. Dies mag ein militanter Islamismus sein, zu rechnen ist auch mit einer wachsenden Rivalität zwischen China und den Vereinigten Staaten um Einfluss in der Region. Nichts darf nunmehr ausgeschlossen werden. Drohende Rohstoffkriege und gestörte Lieferketten werden Europa noch in große Mitleidenschaft ziehen.

Die Zukunft Europas

Die eigentliche Diskussion über europäische Zukunftsfragen startet mit dem Ende des ukrainischen Konflikts. Neben der Frage einer künftigen Sicherheitsordnung wird nach dem Krieg vor allem der Wiederaufbau der Ukraine im Vordergrund stehen. Ohne massive Hilfe aus der EU wird die Ukraine diese Aufgabe nicht stemmen können. Es wird beim Wiederaufbau um neue Kredite gehen, um ausländische Investitionen, Kompensationen und die Frage, ob Sanktionen gegen Russland weiter Bestand haben sollten. Der Westen könnte dann Sanktionen gegen Russland lockern, falls Moskau sich am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine beteiligt.

Ein Blick auf die gegenwärtige Energiekrise verdeutlicht, dass weder die Ukraine noch die EU ihre künftige Gasversorgung allein mit LNG-Lieferungen aus den USA decken können. Derzeit ist an einen Fortbestand der Energieimporte aus Russland aus politischen Gründen nicht zu denken, aber echte Alternativen zum russischen Erdgas fehlen. So kauft die EU weiterhin Flüssiggas aus Russland, aktuell gar in höheren Mengen als aus den USA.

Die Ukraine möchte allerdings kein Gas mehr aus Russland beziehen und offeriert, die bestehenden Pipelines aus der Zeit der Energiepartnerschaft auf Revers-Lieferungen (von amerikanischem Flüssiggas) aus Deutschland umzustellen. Doch für solch ein großes und energieabhängiges Land wie die Ukraine reicht die Menge der überschaubaren US-Flüssiggaslieferungen nicht aus. Um der Energiekrise Herr zu werden, wird Europa somit auf weitere Gaslieferungen aus dem Osten angewiesen sein. Deshalb werden die beschädigten Nord-Stream-Leitungen vorsorglich nicht entsorgt. Auch gibt es Überlegungen, nötige Erdgas mengen aus Zentralasien und Aserbaidschan – über bestehende russische Pipelines nach Europa – zu beziehen. In jedem Fall wird die Frage der Energielieferungen notgedrungen Bestandteile künftiger Friedensverhandlungen mit Russland sein.

Die jüngste Friedenskonferenz in der Schweiz vermochte es nicht, einen strategischen Plan zur Beendigung des Ukraine Konflikts vorzulegen. Die drei mächtigsten Politiker der Welt – Joe Biden, Xi Jinping und Wladimir Putin – fehlten in den Alpen. Irgendwie haben sich die Staaten des Westens, die Ukraine und Vertreter des Globalen Südens letztendlich trotzdem auf mögliche Verhandlungen mit Russland verständigt.

Da über die Rolle Chinas im Friedensprozess nachhaltig diskutiert wurde, ist nicht ausgeschlossen, dass nach der neutralen Schweiz die Weltmacht China künftig die Federführung bei den Friedensvermittlungen zwischen Russland und der Ukraine übernimmt. Die USA und die EU wollen diese Rolle nicht spielen.

MELDUNGEN

Razzia wegen Staatshilfen

Köln – Wegen des Verdachts des Betrugs und der Geldwäsche haben Beamte von Polizei und Steuerfahndung am 11. Juni zahlreiche Wohnungen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Sachsen und Polen durchsucht. In dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Köln gegen acht Beschuldigte geht es um den Verdacht, dass zwischen März 2021 und April 2022 Corona-Hilfen im Wert von über 1,1 Millionen Euro zu Unrecht beantragt wurden. Davon sollen 320.000 Euro ausgezahlt worden sein. Das Geld soll über fingierte Geschäftsbeziehungen auf Konten in Polen weitergeleitet worden sein. Zwei der verdächtigten Personen sollen nach der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 zudem auch zu Unrecht 1,1 Millionen Euro „Starkregen-Soforthilfe“ beantragt haben. Zur Auszahlung gekommen sind 972.000 Euro. Bei den Durchsuchungen stellten die Ermittler neben Kontoguthaben auch Goldbarren und Münzsammlungen, einen Ferrari und diverse Luxushandtaschen sicher. H.M.

Warnung vor Staatskollaps

Dresden – Der Präsident des sächsischen Rechnungshofes, Jens Michel, hat vor einem finanziellen Kollaps des Freistaates gewarnt. Grund hierfür sind die Personalkosten in Höhe von 5,2 Milliarden Euro pro Jahr. Sachsen leistet sich momentan 96.000 Staatsdiener, obwohl eigentlich vorgesehen war, deren Zahl auf 70.000 zu reduzieren. Stattdessen schuf man etliche weitere Stellen, angeblich zur Absicherung der Arbeitsfähigkeit der schwarz-rot-grünen Regierungskoalition. Aktuelle Forderungen der Ministerien nach 6000 weiteren Verwaltungsposten sind vom Ministerpräsidenten des Freistaates, Michael Kretschmer (CDU), und dessen Parteifreund und Finanzminister Hartmut Vorjohann als vollkommen illusorisch zurückgewiesen worden. W.K.

Spätaussiedler im Jahr 2023

Berlin – Laut Angaben der Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr knapp 11.000 Anträge auf Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz (BFVG) erledigt. Etwa 5000 Anträge wurden positiv beschieden, knapp 1200 abgelehnt, 1900 eingestellt und rund 2600 als „inaktiv geschlüsselt“, weil die Antragsteller auf Anforderungsschreiben des Bundesverwaltungsamtes nicht geantwortet hatten. Anträge nach dem BFVG können Spätaussiedler stellen, die als deutsche Staatsbürger oder deutsche Volkszugehörige ihren Wohnsitz in ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten hatten. Darunter zählen auch die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Ende letzten Jahres trat eine Gesetzesänderung des BFVG in Kraft, die auch Spätaussiedlern, die nur einen ausländischen Pass besitzen, ermöglicht, einen Antrag zu stellen. Im krisenbedingten Konflikt- und Kriegsfall können Anträge auf Aufnahme als Spätaussiedler nun auch von außerhalb des Herkunftsgebiets gestellt werden. MRK



Mit dem Verfassungsschutzbericht am 18. Juni in der Bundespressekonferenz: Thomas Haldenwang und Nancy Faeser

INNERE SICHERHEIT

„Die größte Gefahr“

Der neueste Verfassungsschutzbericht und seine offizielle Interpretation

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der neue Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2023 wurde am 18. Juni von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang (CDU), in der Bundespressekonferenz vorgestellt. In ihrem Vorwort zu der 407 Seiten starken Broschüre schrieb Faeser: „Rechtsextremismus ist nach wie vor die größte Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie.“

Dabei stehen den 40.600 angeblichen Rechtsextremisten, zu denen der Verfas-

schungsschutz auch 11.000 AfD-Mitglieder zählt, immerhin 37.000 Linksextreme gegenüber. Allerdings wurden mehr rechtsextremistisch motivierte Straftaten gezählt, nämlich 25.660, was auf einen Anstieg gegenüber 2022 um 22,4 Prozent hinauslief, während Linksextremisten nur 4248 Straftaten begangen haben sollen. Andererseits waren aber 23.199 der rechtsextremistischen Straftaten reine Propagandadelikte wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder zählten als Volksverhetzung beziehungsweise Beleidigung.

Ansonsten standen den 1148 erfassten Gewalttaten von Rechtsextremen

727 linksextremistische Gewaltdelikte gegenüber. Bemerkenswert ist dabei, dass die Zahl der von linken Gruppierungen verübten Gewaltakte im Zuge der Klimaproteste um 423 Prozent wuchs. Nicht zuletzt deshalb steht die radikale Klimaschutzbewegung „Ende Gelände“ nun auch auf der Liste der Organisationen, die als extremistischer Verdachtsfall gelten. Ebenso sticht die enorme Zunahme von linksextremen Gewalttaten gegen die Polizei und andere Sicherheitsbehörden ins Auge. Hier gab es einen Anstieg um fast 65 Prozent auf 481. Dazu gehörten zwei versuchte Tötungsdelikte, 203 Körperverletzungen und 28 Brandstiftungen.

SPD

Die Zeiten der Ruhe sind vorbei

Parteilinke wollen ein Mitgliederbegehren über den Haushalt – Generalsekretär Kühnert gerät in die Kritik

SPD-Chef Lars Klingbeil versucht seiner Partei Mut zu machen. Er wird in diesen Tagen nicht müde, Vergleiche mit der Europawahl 2019 zu ziehen. Damals verlor die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament 30 Sitze, und Andrea Nahles sah sich daraufhin gezwungen, den Partei- und den Fraktionsvorsitz sowie ihr Bundestagsmandat aufzugeben. Monatelang ging es drunter und drüber. Doch gut zwei Jahre später triumphierte die Partei bei der Bundestagswahl. Diesmal habe man keine Führungsdebatte, sagt Klingbeil.

Doch das stimmt nicht so ganz. Nach der verheerenden Niederlage bei der jüngsten Europawahl und desaströsen Umfragewerten im Vorfeld der Landtagswahlen ist die Stimmung parteiintern aufgeladen. Kanzler Olaf Scholz traut eigentlich niemand mehr zu, einen

erfolgreichen Bundestagswahlkampf zu führen.

Und im Osten droht der Verlust des Regierungssessels in Brandenburg. Amtsinhaber Dietmar Woidke muss es irgendwie schaffen, vor der CDU zu landen. Dann könnte er eine Allparteien-Regierung gegen die AfD anführen.

In Sachsen und Thüringen liegt die SPD nur noch knapp oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Machtoptionen hat sie dort bereits vor der Wahl keine mehr.

Vor Wochen wurde intern darüber diskutiert, ob Scholz noch der Richtige sei. Immer wieder fiel der Name von Verteidigungsminister Boris Pistorius als mögliche Alternative. Doch der gilt als zu entscheidungsschwach und wenig vernetzt an der Basis.

Das müsste eigentlich ein Generalsekretär regeln können. Doch Kevin Kühnerts Stern ist schon wieder am Verglü-

hen. Sein Auftritt am jüngsten Wahlabend hat Kopschütteln ausgelöst. Da spiele etwas rein, „was ich mal fast Kontaktschande nennen würde“, hatte Kühnert dem Fernsehsender Phoenix gesagt und damit die schlechte Stimmung in der Ampelkoalition gemeint. Die miesen Werte für FDP und Grüne würden auf die SPD abfärben.

SPD-Politiker Michael Roth kritisierte Kühnert daraufhin scharf: „Ich wusste bislang nicht, dass es das Wort Kontaktschande überhaupt gibt. Wir sollten es einfach einmotten, es ist ein schreckliches Wort.“ Und auch Parteichef Klingbeil ging auf Distanz: „Es hilft nichts, wenn ich auf andere zeige.“

Wie gereizt die Stimmung ist, zeigt ein Wortwechsel zwischen Klingbeil und Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel. Der hatte moniert, dass niemand in der Führung Verantwortung für das Wahldebakel

Parallel zu seinen Warnungen vor dem Rechtsextremismus meldet der Verfassungsschutz eine deutliche Vermehrung der islamischen Gewalttaten. Deren Zahl lag 2023 bei 72 und somit um mehr als 67 Prozent höher als 2022. Unter anderem gingen drei versuchte und zwei vollendete Tötungsdelikte auf das Konto von radikalen Moslems. Ein noch deutlicherer Sprung wurde bei den antisemitischen Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie“ registriert. Hier kam es zu einer Steigerung um das 18-Fache gegenüber 2022.

Wachstum in vielen Bereichen

Wie in den Jahren zuvor ist auch die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ein Thema des Berichtes der Haldenwang-Behörde. Das in diesem Falle aktive Personenpotential soll bei 1600 liegen. Außer allgemeinen Floskeln über die „ständige Verächtlichmachung von und Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates“ und den Wandel in der thematischen Agenda seit dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen bietet das Papier hier jedoch kaum konkrete Informationen.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfassungsschutzbericht diesmal der Spionage, Sabotage und Desinformation sowie den Cyberangriffen vonseiten fremder Mächte. Der gefährlichste Akteur soll dabei Russland gewesen sein. So schreibt der Verfassungsschutz über etliche Fälle von Cyberattacken durch die für den Kreml arbeitenden Hackergruppen APT 28 Sednit, APT 29 Cozy Bear und Snake. Diese hätten vor allem „Hochwertziele in Politik und Wirtschaft“ ins Visier genommen und dabei oftmals eine grobe Sicherheitslücke im E-Mail-Dienst Outlook von Microsoft genutzt.

Angriffe durch fremde Mächte

Für weitere virtuelle Angriffe macht der Verfassungsschutz die chinesischen Gruppierungen APT 15 und 31 verantwortlich. Darüber hinaus verweist er auf die umfangreiche verdeckte Einflussnahme Pekings auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland sowie die Wirtschaftsspionage des Reiches der Mitte.

Zu den Ländern, die intensive Spionage in Deutschland betreiben, gehören laut Verfassungsschutz außerdem der Iran und die Türkei sowie Nordkorea, Pakistan, Vietnam, Syrien, Ägypten und Marokko. Dabei sollen sich die Dienste dieser Staaten aber vorrangig für geflüchtete und nun in der Bundesrepublik lebende Dissidenten interessieren.

übernehme. „Ich will betonen, dass wir in der Partei mittlerweile den Zustand haben, dass wir nicht mehr mit dem Finger auf Einzelne zeigen. Das ist der Unterschied zu einer Zeit, als andere Verantwortung getragen haben“, konterte Klingbeil: „Da hat man mit dem Finger auch schon vor den Wahlen auf andere gezeigt.“

Das Hauen und Stechen in der Partei nimmt Fahrt auf. In Berlin kämpfen die Sozialdemokraten vor allem gegen den liberalen Finanzminister Christian Lindner und seinen Sparkurs in Sachen Haushalt. Die SPD-Linke hat unlängst ein Mitgliederbegehren angekündigt, um die Partei sozial schärfer zu positionieren. Mittlerweile haben die Jusos ihre Unterstützung angekündigt. Für Kanzler Scholz und Parteichef Klingbeil muss es wie ein Affront klingen. Die Zeiten der Ruhe sind bei der SPD wieder vorbei. Peter Entinger

ILLEGALE EINREISE

Eine Rückführung wird zum Politikum

Polnische Regierung protestiert, weil die Bundespolizei illegal eingereiste Immigranten zurückbegleitet hat

VON HERMANN MÜLLER

Polens Grenzschutz wirft der Bundespolizei vor, am 14. Juni eine afghanische Familie ohne Absprache über die Grenze gebracht und in dem Dorf Niederwutzen [Osinów Dolny] abgesetzt zu haben. Nach Darstellung der Bundespolizei sollen Beamten am Morgen des 14. Juni bei Altmädewitz im Märkisch-Oderland eine fünfköpfige afghanische Familie gestoppt haben. Die Afghanen sollen demnach versucht haben, unerlaubt nach Deutschland einzureisen. Weiter erklärte die Bundespolizei, die afghanische Familie hätte polnische Asylbescheinigungen für die Erwachsenen und polnische Heimausweise für die Kinder bei sich gehabt.

Da von der Familie kein Asylgesuch gestellt wurde, entschlossen sich die Kräfte der Bundespolizei, den polnischen Grenzschutz wegen einer Rückführung zu informieren. „Da eine Reaktion der polnischen Seite auch auf Nachfrage für mehrere Stunden ausblieb, entschieden sich die Beamten dafür, die Familie mit einer Streife an die deutsch-polnische Grenze bei Hohenwutzen zu fahren, um sie von dort nach Polen zu entlassen“, teilte die Bundespolizei mit.

Polens Premier echauffiert sich

Die Rückführung der illegal nach Brandenburg eingereisten Asylanten schlug in Polen hohe Wellen und entwickelte sich sogar zum Politikum: „Ich werde gleich mit Bundeskanzler Scholz über einen inakzeptablen Vorfall zwischen der deutschen Polizei und einer Migrantenfamilie auf unserer Seite der Grenze sprechen. Der Sachverhalt muss ausführlich erläutert werden“, twitterte Polens Ministerpräsident Donald Tusk auf der Mitteilungsplattform „X“.

Kurz darauf folgte eine Entschuldigung der Bundespolizei, die ihr Vorgehen unter Hinweis auf die Nichtreaktion ihrer polnischen Ansprechpartner zunächst verteidigt hatte. Offensichtlich zufrieden mit der Entschuldigung erklärte ein Sprecher des polnischen Grenzschutzes daraufhin: „Wir freuen uns auf die Fortsetzung unserer hervorragenden Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei, die bisher vorbildlich war.“



Hier soll die Bundespolizei eine afghanische Familie nach Polen zurückgeführt haben: Die Oderbrücke bei Hohenwutzen

Statt des Adjektivs „vorbildlich“ hätte zur Beschreibung des bisher üblichen Verhaltens der Bundespolizei möglicherweise das Wort „zurückhaltend“ weitaus besser gepasst.

Im Kontrast zu dem Einzelfall um die afghanische Familie steht eine jahrelange Praxis und eine hohe Zahl von Fällen, bei denen die deutsche Seite darauf verzichtet hat, gegenüber Polen geltendes EU-Recht durchzusetzen. Bei konsequenter Anwendung der Dublin-III-Verordnung wäre die Republik Polen für die Asylverfahren all derjenigen Ausländer zuständig, die in Polen erstmals EU-Gebiet betreten haben.

Im Fall von Zuwanderern aus Tschechien, die zum Großteil über Polen eingereist sind, haben deutsche Behörden über Jahre sogar dann immer wieder auf Rücküberstellungen nach Polen verzichtet, wenn die illegal nach Brandenburg Eingereisten bereits im polnischen Nachbarland Asylanträge gestellt hatten.

Angesichts steigender Zahlen von Tschetschenen in Brandenburg führte im Jahr 2017 eine Kleine Anfrage des damaligen Landtagsabgeordneten Thomas Jung (AfD-Fraktion) zu einer aufschlussreichen Antwort des Innenministeriums in Potsdam. Anlass für die Anfrage waren Berichte über Fälle, in denen auf eine Rücküberstellung von illegal über Polen eingereisten Tschetschenen gemäß Dublin-Abkommen verzichtet wurde.

Tschetschenen bleiben hier

Die Antwort des Innenministeriums schaffte dann Klarheit: „Die Landesregierung verfolgt jedoch gegenüber dem Bund das Ziel, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – bei grundsätzlichem Festhalten am Dublin-System – bei Asylbewerbern aus der Russischen Föderation verstärkt von der Möglichkeit des Selbsttritts in ein nationales Asylverfahren Gebrauch macht.“ Faktisch hat die damalige SPD-geführte Landesregierung damit

freiwillig das Nachbarland Polen von einer Vielzahl von Asylverfahren entlastet.

Mehr noch: Das Vorgehen steht auch im Kontrast zur Grundgesetzregelung 16 a, der einen Anspruch auf Asyl ausschließt, wenn eine Einreise nach Deutschland über sichere Drittstaaten erfolgt ist. Die Landesregierung begründete ihre Haltung mit dem Argument, so „könnten abgelehnte Asylbewerber von Deutschland direkt in die Russische Föderation abgeschoben werden, sofern sie nicht freiwillig ausreisen“.

Tatsächlich finden aber Rückführungen oder freiwillige Ausreisen nur in geringem Umfang statt. Derzeit sind solche laut einem Bericht des Senders rbb unter anderem aufgrund „fehlender Direktflugverbindungen“ nicht möglich. Mittlerweile leben in Berlin und Brandenburg etwa 16.000 Tschetschenen. Brandenburgs Verfassungsschutz stuft 80 von ihnen als Kern der Islamistszene in der Mark Brandenburg ein.

WASSERSTOFF

Wassermangel bremst die Industrie aus

Brandenburg plant den Ausbau der Wasserstoffproduktion – Dafür braucht es Wasser, das es nicht hat

Brandenburgs Landesregierung warnt eindringlich vor einem künftigen Mangel an Wasser in der Lausitz und im Großraum Berlin. Gleichzeitig will die rot-schwarz-grüne Landesregierung aber Brandenburg auch zu einem Zentrum der Wasserstoffherstellung machen. Beides passt schlecht zusammen, da für die Herstellung von Wasserstoff große Mengen an Wasser benötigt werden.

Erst vor Kurzem haben die Regierungschefs von Berlin, Brandenburg und Sachsen anlässlich eines „Wassergipfels“ vor den Auswirkungen des Kohleausstiegs in der Lausitz gewarnt. Nach dem für 2038 beschlossenen Ende der Lausitzer Braunkohleförderung wird laut Aussage von Experten kaum noch Grundwasser in die Spree gepumpt werden.

Eine Studie des Umweltbundesamtes prognostiziert sogar, dass die Spree nach dem Braunkohle-Aus in trockenen Som-

mermonaten örtlich bis zu 75 Prozent weniger Wasser führen könnte. Der Fluss ist wiederum wichtig für die Trinkwasserversorgung in Berlin.

In einer Erklärung warnten die drei Regierungschefs nach dem „Wassergipfel“, „eine eingeschränkte Wasserverfügbarkeit dürfe die Lebensgrundlagen wie auch den Strukturwandel in der Region nicht gefährden“. Verbunden war dies mit einer Aufforderung an den Bund, „nötige wasserwirtschaftliche Anpassungen finanziell abzusichern“.

Ideen zur Abhilfe des drohenden Wassermangels werden längst diskutiert. Das Umweltbundesamt empfiehlt etwa Wasserüberleitungen von Flüssen wie der Oder, der Lausitzer Neiße und der Elbe in die Spree. Die Landesregierung kündigte Ende vergangenen Jahres sogar eine Machbarkeitsstudie an, in der es um eine Wasserversorgung Berlins und Branden-

burgs durch entsalztes Ostseewasser gehen soll.

Parallel zur Diskussion um die Wasserknappheit verfolgen Berlin und Brandenburg das Ziel, die Region zu einem Zentrum der Wasserstoffherstellung zu machen. Im Mai präsentierte Wirtschaftsminister Jörg Steinbach dazu eine Studie, in der es um die Frage ging, ob Brandenburg als eine der trockensten Regionen Deutschlands der richtige Ort für solche Pläne ist.

Strukturwandel ist gefährdet

Steinbach erklärte bei der Präsentation der Studie, Wasserstress werde gerne als Argument dafür verwendet, dass die Wasserstoffproduktion nicht funktionieren könne. Laut dem SPD-Minister zeige die Studie aber: „Brandenburg hat genug Wasser für die Wasserstoffproduktion.“ Die Aussage steht im Kontrast zur aktuel-

len Warnung an den Bund, wonach eine „eingeschränkte Wasserverfügbarkeit“ den Strukturwandel gefährde.

Auch ein Blick in die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen „H₂O-Studie Brandenburg“ lässt daran zweifeln, ob ausgerechnet die Mark Brandenburg eine geeignete Region ist, um in großem Maßstab wasserverbrauchende H₂-Elektrolyse zu betreiben.

Die Studienautoren räumen selbst ein, dass „die Pläne für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf eine angespannte Situation des regionalen Wasserhaushalts“ treffen. Genannt werden Möglichkeiten, wie zusätzliches Wasser bereitgestellt werden kann, etwa durch Aufbereitung von Abwasser.

Deutlich wird aber auch, dass damit zusätzliche Kosten entstehen, welche die Wasserstoffherstellung per Elektrolyse weiter verteuern werden. H.M.

KOLUMNE

Jung, männlich

VON VERA LENGSELD

Berlin kann sein Gewaltproblem nicht länger leugnen. Polizeipräsidentin Barbara Slowik musste gerade zugeben, dass die Tätergruppe, die der Hauptstadt am meisten zu schaffen macht, „jung, männlich und nicht-deutsch“ sei. Die Meldungen an den Tagen danach bestätigen diese Aussage. Im noblen Westen, genauer gesagt in Wilmersdorf, wurde ein verletzter Mann in einem Treppenhaus gefunden. Außer dass er jung und männlich war, wurde nichts zu seiner Identität gesagt. Aber Zeugenhinweise gab es, die zur Verhaftung des vermeintlichen Täters – jung, männlich – in Bernau geführt haben. Der Verletzte starb wohl an einer Messerattacke, obwohl die Polizei das nur vermuten wollte.

Es wird nach wie vor um den heißen Brei herumgeredet. Die Verhältnisse sind inzwischen so, dass es immer weniger gelingt, die einschlägigen Taten zu verschleiern. In Kreuzberg, am Cottbusser Tor, wurde ein Mann erstochen. Bei dem Toten handelt es sich um einen 26-jährigen Tunesier, der auf dem Bahnsteig der U8 aus einer Personengruppe heraus angegriffen und tödlich verletzt wurde. Vorher hätte es eine „milieutypische Auseinandersetzung“ unter sechs Männern gegeben. Der U-Bahnverkehr musste zeitweise eingestellt werden.

Immer häufiger kommt es in U- und S-Bahn zu Meldungen, dass „wegen eines Polizeieinsatzes“ die Züge unregelmäßig verkehren würden oder ganz ausfielen. Die Kriminalität der Neuhinzugekommenen, wie man sie neuerdings nennen soll, beeinträchtigt inzwischen das Leben in der Stadt massiv. Wie um von dem nicht mehr zu leugnenden Problem abzulenken, gab es eine Meldung über einen „rassistischen Angriff“ auf einen afrikanischen Jungen, für den es bisher keine Beweise gibt. Was macht die Politik? Sie erklärt, in Berlin sei noch Platz und macht sich für die Aufnahme von mehr jungen Männern stark.

MELDUNG

Missbrauch bei Förderung von Lastenrädern

Potsdam – Ähnlich wie das Land Berlin hat auch Brandenburg mittlerweile ein Förderprogramm, bei dem der Kauf von Lastenrädern bezuschusst wird. Als Auflage müssen geförderte Gemeinden, Vereine und Gewerbetreibende die Bedingung erfüllen, dass die Lastenfahrräder der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Laut Recherchen des Landtagsabgeordneten Daniel Münschke (AfD-Fraktion) sind in drei Fällen auch Fördergelder an Empfänger gegangen, die Adressen in Berlin haben. In einer ganzen Reihe von Fällen sollen Fördernehmer auf ihren jeweiligen Internetseiten keine Hinweise geben, dass die Lastenräder der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. In Einzelfällen verfügen Fördergeldempfänger offenbar nicht einmal über eine Internetseite. Der Landtagsabgeordnete kritisierte zudem, dass die Landesregierung Kleine Anfragen zu dem Förderprogramm wiederholt nur mangelhaft und unzureichend beantwortet hat. H.M.

● MELDUNGEN

Verdacht der Korruption

Kiew – Laut einem Bericht der Online-Zeitung „Ukrainska Prawda“ litt die bisherige Verteidigung von Char-kiw gegen die russischen Invasoren darunter, dass etliche Befestigungsanlagen zwar in Auftrag gegeben und auch bezahlt, aber nie gebaut worden sind. Ein erheblicher Teil der von der regionalen Militärverwaltung zur Verfügung gestellten sieben Milliarden Hrywnja (über 160 Millionen Euro) sei ohne jede Ausschreibung an Scheinfirmen geflossen, die sich beispielsweise dazu verpflichteten, Holz für Unterstände zu liefern, aber das Geld unterschlugen. Zu diesen Unternehmen gehörten der „Ukrainska Prawda“ zufolge Hertz Industry und Satisbud, als deren Gründer die Geschäftsfrauen Victoria Smolyak und Natalia Koval auftraten. Außerdem soll Igor Chaus nur drei Monate nach seiner Registrierung als Einzelunternehmer Millionenverträge mit der Militärverwaltung über Holzlieferungen abgeschlossen haben. W.K.

Vorhersage „nicht perfekt“

Sydney – Der gewaltige Ausbruch des pazifischen Unterwasservulkans Hunga Tonga-Hunga Ha'apai im Januar 2022 könnte bis ins Jahr 2030 hinein Auswirkungen auf das globale Wetter haben. Das geht aus einer Studie australischer Wissenschaftler um den Klimaforscher Martin Jucker von der University of New South Wales hervor. Da der höchste Punkt des Vulkans 150 Meter unter dem Meeresspiegel lag, wurde bei der Eruption vor allem Wasserdampf in die Hochatmosphäre geschleudert, der zum einen der Ozonschicht schadet und zum anderen die Luftströmungen beeinflusst. Jucker und dessen Kollegen nehmen an, dass die Winter in der Nordhälfte Australiens deshalb in den nächsten Jahren kälter und feuchter ausfallen. Währenddessen sei für Nordamerika mit dem Gegenteil zu rechnen. Auch in Europa könne es zu strengeren Wintern kommen, was vor allem für Skandinavien gelte. Allerdings bezeichnen die Forscher ihr Vorhersagemodell als „nicht perfekt“. W.K.

Wieder mehr russisches Gas

London – Laut ICIS, dem Preis-Informationsdienst für den Handel mit chemischen Produkten und Energie, bezieht Europa wieder mehr Gas aus Russland. Im vergangenen Monat erreichten demnach per Pipeline oder als Flüssiggas (LNG) geliefertes Gas aus Russland einen Marktanteil von 15 Prozent in Europa, während der aus den USA auf 14 Prozent kam. Zwar sei es den EU-Staaten gelungen, sich weniger abhängig von russischen Lieferungen zu machen, indem mehr Gas aus Norwegen und den USA bezogen wurde, allerdings stieg die Bedeutung der russischen Lieferungen seit Jahresbeginn wieder leicht, aber kontinuierlich. Als ein Grund wird der Ausfall eines LNG-Terminals in den USA angegeben, den Rückgang sehen ICIS-Experten daher als vorübergehend. Mit einem Anteil von knapp 30 Prozent ist Norwegen derzeit der wichtigste Gaslieferant für Europa. MRK

WAHL IN GROSSBRITANNIEN

Im freien Fall

Die Konservativen stehen vor dem Abgrund – Labour triumphiert – Das Thema Brexit wird gemieden

VON CLAUDIA HANSEN

In knapp einer Woche, bei der Parlamentswahl am 4. Juli, dürfte es zu einem Erdbeben kommen. Während Labour auf einen Erdrutschsieg zusteuert, droht der regierenden Konservativen Partei laut Umfragen eine derart extreme Niederlage, dass die Fraktion in Westminster nur noch ein Trümmerhaufen sein wird. Die Tories tappen von Skandal zu Skandal, ihre Umfragewerte sind teils unter 20 Prozent gesunken. Zuletzt hat ihnen die Affäre um heimliche Wetten auf den Wahltermin schwer geschadet. Personen aus dem Umfeld von Premier Rishi Sunak haben Glücksspieleinsätze auf den Termin 4. Juli platziert. Die staatliche Wettkommission und die Polizei ermitteln gegen mehrere Tory-Politiker und einen Wahlkampfleiter, ob Insider-Wettregeln verletzt wurden. Das Publikum wendet sich angewidert ab.

Für den Premierminister sieht es mittlerweile rabenschwarz aus. Nach weniger als zwei Jahren in der Downing Street droht dem 44 Jahre alten Ex-Finanzminister und Ex-Investmentbanker, der einst als politisches Wunderkind gefeiert wurde, eine demütigende Abwahl. Labour attackiert ihn gezielt als abgehobenen superreichen Multimillionär, der die Sorgen der einfachen Leute nicht verstehe. Sunak fehlt das Charisma, das seinen Vorgänger Boris Johnson 2019 inmitten der Brexit-Kämpfe zum Sieg führte. Die Tories wirken nach 14 Jahren an der Macht – mit fünf Premierministern sowie zahlreichen Skandalen und Kurswechsellern – weitgehend zerstritten, erschöpft und verbraucht.

Rishi Sunaks größter Fehltritt während der Wahlkampagne

Nun könnten sie auf das schlechteste Ergebnis seit der Wahl von 1906 fallen, meinen Analysten. Seit Jahresanfang haben

sie laut Umfragen nochmal ein Drittel ihrer Wähler verloren. Sunaks größter Fehltritt während der Wahlkampagne war, dass er Anfang Juni bei den Feierlichkeiten des „D-Day“ zum 80. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie vorzeitig abreiste. „Unpatriotisch“ nannte ihn daraufhin Nigel Farage, der Chef der rechtsgerichteten Reform-Partei.

Die frühere Brexit-Partei erlebt in den Umfragen einen erstaunlichen Höhenflug auf bis zu 16 Prozent und nimmt den Tories entscheidende Stimmen weg. Farage dürfte den Wahlkreis Clacton gewinnen. Ansonsten winken seiner Partei aber höchstens ein halbes Dutzend Sitze in Westminster. Farage ist ein Meister im Spiel mit den Medien, ein begnadeter Selbstdarsteller, der enorm viel Aufmerksamkeit auf sich zieht. Er gewinnt enttäuschte Ex-Tory-Wähler von 2019, die einst für Johnson stimmten. Einige Beobachter in Westminster glauben, dass er nur noch das Ziel habe, die Konservative

Partei vollständig zu vernichten, und irgendwie darauf hoffe, die Trümmerteile zu übernehmen.

„Mit Labour wird Großbritannien außerhalb der EU bleiben“

Der lachende Dritte der Spaltung des konservativ-rechten Lagers dürfte Keir Starmer sein, der etwas langweile Vorsitzende von Labour. Aus einfachen Verhältnissen stammend, hat er als Menschenrechtsanwalt und oberster Staatsanwalt gearbeitet, bevor er in die Politik ging. Vor fünf Jahren wollte er noch dem linksextremen Labour-Chef Jeremy Corbyn in die Downing Street helfen, seitdem hat er die linksradikalen Seilschaften gekappt. Starmer verspricht, keine Steuern für die arbeitende Bevölkerung zu erhöhen. Labour wolle einen wachstumsfreundlichen Kurs anstreben. Doch er habe „keinen Zauberstab“, sagt er auch. Seine persönlichen Zustimmungswerte sind nicht gerade berauschend hoch: Nur ein Drittel der Wähler bevorzugt ihn als Premier, mehr als die Hälfte will weder Sunak noch Starmer.

Interessant ist, dass das Thema Brexit im Wahlkampf fast gar nicht vorkommt. Inzwischen sehen zwar laut Umfragen deutlich mehr als 50 Prozent der Briten den EU-Austritt als Fehler an, doch die großen Parteien machen einen großen Bogen um das Thema. Im Labour-Wahlprogramm taucht das Wort Brexit nur ein einziges Mal, auf Seite 117 auf. Dort heißt es: „Mit Labour wird Großbritannien außerhalb der EU bleiben. Aber um die vor uns liegenden Chancen zu ergreifen, müssen wir den Brexit zum Erfolg führen.“ Labour betont, dass sie weder in die EU-Zollunion noch in den EU-Binnenmarkt zurückwollten. EU-Freunde in Britannien, die vor allem Liberaldemokraten und Grüne wählen, dürften enttäuscht werden.

Auf der anderen Seite sind auch die Brexit-Anhänger tief enttäuscht. Die Tories konnten ihre Versprechen nicht halten. Sunak sagte jüngst, er verstehe, dass Wähler „frustriert und wütend“ seien. Die Einwanderungszahlen seien „zu hoch“, anders als beim Brexit-Votum versprochen. Seine Regierung hat Abschiebeflüge illegaler Immigranten nach Ruanda geplant, doch dazu wird es wohl nicht mehr kommen. Labour hat angekündigt, diesen Versuch abzubrechen.



Anders als die Staatslenker Frankreichs, Deutschlands und der USA ließ sich Premier Rishi Sunak bei der 80-Jahr-Feier des D-Day durch seinen Außenminister vertreten: David Cameron, Emmanuel Macron, Olaf Scholz und Joe Biden am Omaha Beach (v.l.)

CHINA

Auf den Spuren der USA und des Westens

Nun versucht auch Peking im Ausland für seine Weltanschauung und sein Regierungssystem zu werben

Wie der Westen versucht auch die Volksrepublik China, ihre Werte und ihre Weltanschauung sowie ihr Regierungssystem in Entwicklungsländer zu exportieren. Diesem Zweck dienen unter anderem „Business-Trainings-Programme“ für Regierungsbeamte in der Dritten Welt. Das geht aus dem von Niva Yau verfassten Bericht „A Global South with Chinese characteristics“ (Ein globaler Süden mit chinesischer Prägung) des Global China Hub der US-amerikanischen Denkfabrik Atlantic Council hervor. „Der Atlantic Council ist“ laut Wikipedia „eine Denkfabrik und Public-Policy-Gruppe in Washington, D.C. Ihr Auftrag ist die Förderung der US-Führungsrolle und des Engagements in internationalen Angelegenheiten auf Basis der zentralen Rolle der atlantischen Gemeinschaft bei der Bewältigung der internationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Atlantic Council zeichnet sich

laut LobbyPedia durch die Zusammenarbeit von Wirtschaftsführern global agierender Großunternehmen – größtenteils aus den USA – ehemaligen Regierungschefs und Spitzenbeamten auch aus dem militärischen Bereich aus.“

Yau hat fast 1700 Akten der Academy for International Business Officials (AIBO), die dem Peking Handelsministerium untersteht, analysiert. Dabei fand sie heraus, dass die AIBO innerhalb von zwei Jahren 795 Online-Seminare veranstaltet hat, an denen über 21.000 Mitarbeiter von Regierungsbehörden in Afrika, Lateinamerika und Asien teilnahmen.

Laut Yau war ein Drittel der Weiterbildungsprogramme darauf ausgerichtet, nichtdemokratische Regierungspraktiken zu vermitteln und damit autokratischen Ansätzen Vorschub zu leisten. Ein weiteres Drittel der Schulungsmaßnahmen habe das Ziel gehabt, Zugang zu geheim-

dienstlich relevanten Informationen zu erlangen und parallel dazu auch hier das chinesische Modell der umfassenden Bevölkerungskontrolle anzupreisen. Und beim letzten Drittel habe zumindest die Weltanschauung der Kommunistischen Partei Chinas und Werbung für die Neue Seidenstraße auf dem Lehrplan gestanden. Dabei sei ebenfalls vermittelt worden, dass die Volksrepublik China ihre wirtschaftlichen Erfolge einzig und allein dem autoritären Kurs von Partei und Regierung zu verdanken habe.

Da der chinesische Staatspräsident Xi Jinping vor wenigen Tagen anlässlich der Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung beteuerte, China werde „immer ein Mitglied des globalen Südens bleiben“, und weitere Bemühungen um eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Dritte-Welt-Ländern ankündigte, ist eine

Fortsetzung derartiger politischer Bildungsarbeit beziehungsweise PR-Bemühungen zu erwarten.

Deshalb warnte der Wirtschaftsfachmann Cheng Cheng-ping von der National Yunlin University of Science and Technology in Taiwan vor einer „Beeinflussung und Beherrschung der globalen Ordnung“ durch Peking, die „unsere Vorstellungskraft übersteigt“. Immerhin sei das internationale Gewicht der Volksrepublik bereits „jetzt in vielen Bereichen größer als das der Vereinigten Staaten.“ Darüber hinaus meinte Cheng, die oberste Priorität der Regierungen in den ärmeren Ländern der Welt liege darin, die eigene politische Vorherrschaft zu sichern. Und da Chinas Wirtschaft sich gut entwickelt habe und das Regierungssystem sehr stabil wirke, stelle das eine große Versuchung dar, den chinesischen Weg zu beschreiten. Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Mit Energiewende, Innerer Sicherheit und Zuwanderung gibt es eigentlich schon genug Problemthemen, die SPD, Grünen und FDP als Regierungsparteien im nächsten Wahlkampf auf die Füße fallen können. Nun kommt die Warnung, dass zusätzlich noch das Versagen der Ampel beim Wohnungsbau ein wichtiges Wahlkampfthema wird.

Durch Massenzuwanderung ist die Nachfrage nach Wohnungen extrem hoch, gleichzeitig werden aber immer weniger Anträge zum Bau neuer Wohnungen gestellt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sind von Januar bis April bundesweit nur 57.100 Neubauwohnungen genehmigt worden. Auch wenn man die Genehmigungen zum Umbau von Wohnungen hinzuzählt, steigt die Zahl nur auf 71.100 Wohnungen. Gemessen am Vorjahreszeitraum waren das 21 Prozent weniger.

Mit Blick auf diese Zahlen sagte Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, dass damit mittlerweile das Niveau vom Jahresbeginn 2013 erreicht sei. Laut Müller gebe es allerdings einen Unterschied: Seither ist die Bevölkerungszahl in Deutschland um 3,7 Millionen Menschen gewachsen. „Wenn wir also nicht schnellstens die Trendwende einläuten, wird die Wohnungsnot das beherrschende Thema im Bundestagswahljahr 2025“, sagte er voraus.

Tatsächlich werden sich die Parteien der Ampelkoalition darauf vorbereiten müssen, dass ihnen im Wahlkampf beim Wohnungsbau ein massives Versagen vorgeworfen wird. Vollmundig angekündigt hatten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag: „Unser Ziel ist der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen.“ Bislang wurde dieses Ziel in jedem Jahr der laufenden Wahlperiode deutlich verfehlt.

Die sinkende Zahl von Baugenehmigungen im ersten Quartal dieses Jahres deutet obendrein auf keine Trendwende hin, die sich im Wahljahr 2025 als Erfolg der Bundesregierung verkaufen ließe. Zudem ist nicht einmal auf einzelnen Segmenten des Marktes ein Lichtblick zu sehen. Der Einbruch bei den Baugenehmigungen betrifft alle Bereiche des Wohnungsbaus: Ein- und Zweifamilienhäuser, am stärksten aber den Bau von dringend benötigten Mehrfamilienhäusern.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie kommentiert diese Entwicklung folgendermaßen: „Seit Mai 2022 kennen die Baugenehmigungszahlen für Wohnungen in Deutschland nur eine Richtung – abwärts“. Und Felix Pakleppa,



Wann wird das Dach aufgesetzt? Von einem Bauboom ist Deutschland derzeit weit entfernt

Foto: imago/Wolfilser

WOHNUNGSBAU

Eine Baustelle zu viel für die Ampelregierung

Die Wohnungsnot könnte das nächste große Wahlkampfthema werden – Neue Förderprojekte nur „gesetzliche Schnellschüsse ins Leere“

Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, spricht sogar von einem „regelrechten Absturz“, wobei ein Ende der Abwärtsspirale nicht absehbar sei. „Was heute nicht genehmigt wird, können wir morgen nicht bauen und wird den Mieterinnen und Mietern am Markt fehlen.“ Schon jetzt müssten eigentlich Hunderttausende Wohnungen zusätzlich beauftragt werden.

Ein „Schmalspur-Projekt“

Führende Verbände der deutschen Bau- und Immobilienbranche hatten bereits im Frühjahr von Bund und Ländern eine „Ad-hoc-Förderung des Staates für den Wohnungsneubau“ gefordert. Aus Sicht des Verbändebündnisses „Soziales Wohnen“ werden jährlich 23 Milliarden Euro an Subventionen für den Wohnungsbau be-

nötigt. Davon sollen pro Jahr 15 Milliarden Euro in den Bau von 100.000 neuen Sozialwohnungen fließen, weitere acht Milliarden Euro in den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen.

Sowohl Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck als auch Bauministerin Klara Geywitz haben auf dem Wohnungsbau-Tag des Verbändebündnisses der Forderung nach mehr Geld eine Absage erteilt. Inzwischen streitet die Ampel-Koalition um massive Einsparungen beim Haushalt 2025. Zusätzliches Geld zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ist damit in weite Ferne gerückt. Auch die von Geywitz und Habeck angekündigte Entbürokratisierung und Verschlinkung von Bauvorschriften kommt bislang nicht in Gang.

Umgesetzt hat Geywitz eine Idee, die von Experten als ein „Schmalspur-Pro-

jekt“ bezeichnet wird: 34 Jahre nach Abschaffung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau hat Geywitz innerhalb der Ampel wieder eine steuerliche Förderung durchgesetzt, wenn Vermieter Wohnungen dauerhaft unter dem Marktpreis anbieten. Am Widerstand von Christian Linder gescheitert ist die Bauministerin allerdings bei der Schaffung von Investitionszulagen im gemeinnützigen Wohnungsbau. Ein großer Wurf zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ist Geywitz damit nicht gelungen. Der Berliner Mieterverein (BMV) sprach sogar von einem „gesetzlichen Schnellschuss ins Leere“. Von der Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau werden bundesweit laut dem Gesetzentwurf der Ministerin lediglich 100 Unternehmen mit rund 105.000 Mieter profitieren.

UKRAINE

Noch keine Lösung mit privaten Anleihegläubigern

Die Gläubiger bieten einen Schuldenschnitt von 20 Prozent an – Kiew aber fordert 60 Prozent Nachlass

Nach dem Beginn des Ukrainekrieges hatten neben Staaten auch private Kreditgeber einem zweijährigen Schuldenmoratorium für die Ukraine zugestimmt. Die Bundesrepublik und andere Staaten haben inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, über die zwei Jahre hinaus bis 2027 auf die Rückzahlung zu warten.

Mehr Probleme hat die Ukraine mit privaten Anleihehaltern, die nicht mehr weiter auf Zinsen und Tilgung verzichten wollen. Ende August läuft ein Zahlungsaufschub für ein Anleihepaket im Wert von 20 Milliarden US-Dollar aus. Verhandlungen, die von ukrainischen Regierungsvertretern mit den privaten Gläubigern zwischen dem 3. und 14. Juni geführt wurden, sind nach Angaben des ukrainischen Finanzministeriums gescheitert.

Zu den Anleihegläubigern, die zwei Jahre auf die Rückzahlung verzichtet haben, gehören der große US-amerikanische Vermögensverwalter Blackrock, der französische Amundi-Fonds und der in London ansässige Hedgefonds Amia Capital.

Bei den Verhandlungen mit diesen Investoren hat das ukrainische Finanzministerium offenbar einen Abschlag von 60 Prozent vorgeschlagen. Blackrock und andere Gläubiger bezeichneten den von der Ukraine vorgeschlagenen Schuldenschnitt in einer gemeinsamen Erklärung als deutlich über den Erwartungen des Finanzmarktes. Vertretbar sei lediglich ein Schuldenschnitt von 20 Prozent.

Die Gläubigergruppe verband ihren Vorschlag mit der Warnung an Kiew, das Vertrauen künftiger Investoren drohe er-

heblichen Schaden zu nehmen. In der Tat droht bei einem Scheitern der Verhandlungen über eine Verlängerung des Schuldenmoratoriums oder eine Restrukturierung der Anleiheschulden, dass die Ukraine in die Zahlungsunfähigkeit abrutscht. Dem osteuropäischen Staat wäre damit ein weiteres Anzapfen des Kapitalmarktes wohl für längere Zeit verwehrt.

Die US-Bank JP Morgan hat unterdessen als Kompromiss einen Abschlag zwischen 30 und 42 Prozent ins Spiel gebracht. Am Finanzmarkt werden die ukrainischen Anleihen derzeit mit 27 bis 31 Cent pro Dollar Nennwert gehandelt. Damit handelt es sich um hochspekulative Werte. JP Morgan geht erklärtermaßen davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit eines „harten Zahlungsausfalls“ der Uk-

raine geringer sei als die einer Einigung zwischen Investoren und der ukrainischen Regierung bis Ende August.

Für eine Einigung mit Blackrock und den anderen Investoren spricht die Abhängigkeit der Ukraine von weiteren Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF). Im April vergangenen Jahres hatte der IWF der Ukraine bereits einen Kredit über 15,6 Milliarden Dollar gewährt. Der IWF hatte dafür mit der bis dahin bestehenden Regelung gebrochen, dass Länder, die sich im Krieg befinden, keinen IWF-Kredite erhalten können.

Ebenfalls für die Ukraine hat der Währungsfonds die Kreditaufgabe gelockert, dass Staaten von ihm nur Darlehen erhalten, wenn sie Kredite anderer Staaten pünktlich zurückzahlen. H.M.

MELDUNGEN

Umschichtung bei Volkswagen

Wolfsburg – Der Volkswagen-Konzern, der ursprünglich 180 Milliarden Euro für die Entwicklung neuer Elektrofahrzeuge eingeplant hatte, will von dieser Summe laut dem Konzernfinanzchef Arno Antlitz nun ein Drittel abzwacken, um „Verbrenner-Autos in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten“. Bislang gehörte der Wolfsburger Automobilhersteller zu den vehementesten Verfechtern der Elektromobilität und ging noch vergangenes Jahr davon aus, dass im Jahr 2030 um die 80 Prozent aller Neuwagen in Europa elektrischen Antrieb besitzen. Allerdings verkaufen sich die Elektromodelle von Volkswagen derzeit immer schlechter, sodass bereits Produktionsunterbrechungen nötig waren und die Händler erhebliche Rabatte gewähren müssen, um die Wagen an den Mann zu bringen. Dennoch plädierte der Konzernchef Oliver Blume erst kürzlich wieder für die Beibehaltung des bereits beschlossenen Verbrenner-Verbotes ab 2035. W.K.

Vorwurf gegen Smartphones

Stockholm – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) macht weniger die Schulschließungen während der Corona-Pandemie, denn eine übermäßige Nutzung von Smartphones für den Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler in den PISA-Bildungsstudien verantwortlich. So sagte der Leiter des OECD-Direktorats für Bildung, Andreas Schleicher, der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“: „Der Zusammenhang zwischen den Schulschließungen und dem Wissensverlust ist nicht so stark wie der Zusammenhang, den wir zwischen Smartphone-Nutzung der Schülerinnen und Schüler und den sinkenden Lernleistungen sehen.“ Aus diesem Grund haben Schweden und Dänemark dafür gesorgt, dass Schüler die Geräte in Bildungseinrichtungen nur noch stark eingeschränkt nutzen dürfen. W.K.

Von der NSA zu OpenAI

San Francisco – Ex-General Paul Nakasone, bis Februar dieses Jahres Oberbefehlshaber des United States Cyber Command (USCYBERCOM) und Direktor des US-Geheimdienstes National Security Agency (NSA), ist diesen Monat in den Verwaltungsrat von OpenAI berufen worden. Das 2015 gegründete Software-Unternehmen mit Sitz in San Francisco befasst sich mit Künstlicher Intelligenz und hat das bekannte und vielgenutzte Sprachmodell ChatGPT entwickelt. Dass OpenAI mit einem ehemaligen hochrangigen Geheimdienstler kooperiert, begründet das Unternehmen mit dessen „Expertise“ auf dem Gebiet der Cybersicherheit. Dahingegen sagte der ehemalige NSA-Mitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden zu der Personalentscheidung von OpenAI: „Sie haben ihre Masken vollständig fallen gelassen: Vertraut niemals OpenAI oder dessen Produkten (ChatGPT etc.) ... Dies ist ein vorsätzlicher, kalkulierter Verrat an den Rechten jedes Menschen auf der Erde. Ihr seid gewarnt.“ W.K.

STAATSPOLITIK

Gute Miene, böses Spiel

BODO BOST

Nach innen tut sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit sogenannten Populisten schwer. Nach außen macht er gute Miene zum bösen Spiel. So war es beim G7-Treffen, als er sich gut gelaunt neben Gastgeberin Giorgia Meloni positionierte. Und so war es in Berlin beim Staatsbesuch des argentinischen Präsidenten Javier Milei, den der Bundeskanzler allerdings nicht mit militärischen Ehren empfangen ließ. Womöglich stieß ihm sauer auf, dass man Milei zuvor in Scholzens Heimatstadt Hamburg mit einer nach dem neoliberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek benannten Medaille geehrt hatte.

Überhaupt dürfte wohl auch Scholz damit gerechnet haben, dass Milei angesichts seiner „Kettensägen-Politik“ nur wenige Wochen durchhalten würde. Doch trotz einer besonders bitteren Armut im Land steigerte Milei nach mehr als einem halben Jahr im Amt seine Beliebtheitswerte.

„Ich bin der König, ich bin der Löwe“: Mit aufgestellter Mähne und gekreuzten Armen brüllte Milei den Song „Panic Show“ der argentinischen Hardrock-Band La Renga. An diesem 22. Mai bot die legendäre Konzerthalle im Luna Park von Buenos Aires, die nur wenige Schritte von der Casa Rosada, dem rosa Präsidentenpalast, entfernt liegt, dem Präsidenten ein Ventil, das er zu genießen schien. Die Fans sprangen auf und sangen den Text mit ihm: „Bitte laufe nicht vor mir weg / Ich bin der König einer verlorenen Welt / Ich bin der König und ich werde dich zerstören.“ Mit seiner rauhen Stimme und der schwarzen Lederjacke wirkte der argentinische Präsident selbst wie ein Rockstar, als er vor Tausenden von Anhängern anlässlich der Vorstellung seines neuen Buches auch mit einer E-Gitarre auftrat.

Der ultraliberale Präsident strahlte in einer Show, die eine Mischung aus Wirtschaftsvorlesung, Wahlkampfveranstaltung und Rockkonzert darstellte, ungewöhnlich selbstverherrlichend. Es war die perfekte Werbung für sein 13. und neuestes Wirtschaftsbuch mit dem Titel: „Kapitalismus, Sozialismus und die neoklassische Falle“.

Der Präsident der drittgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas gab eine lokale Hardrock-Melodie zum Besten und erntete dafür stehende Ovationen

von 10.000 Menschen, die sich seiner Sache verschrieben hatten. Alle Plätze im Luna Park waren ohne Probleme weggegangen, als Milei seine erste richtige Kundgebung seit seiner Präsidentschaftskampagne 2023 abhielt. In der Nähe des Saals wurden seine Bücher und Mützen verkauft, die mit einem seiner Lieblingsbeschwörungsformeln versehen waren: „Die Kräfte des Himmels“.

Ein inkonsequenter Westen

Mit „himmlischen“ Kräften hat es Milei geschafft, die Wirtschaft des höchstverschuldeten Landes der Erde mit einer Radikalkur wieder in Fahrt zu bringen. Mit Massenentlassungen im öffentlichen Sektor und Sozialkürzungen konnte Argentinien bereits im Januar erstmals seit Jahrzehnten sozialistischer Misswirtschaft einen kleinen Haushaltsüberschuss verbuchen.

Außerdem hat Milei es geschafft, sein Land als größtes des globalen Südens aus dem von Russland und China dominierten BRICS-Bündnis herauszuhalten. Beides hätte durchaus dem Westen imponieren können und müssen. Außer dem ukrainischen Präsidenten war jedoch kein bekannter westlicher Staatschef zu seiner Amtseinführung im November 2023 nach Buenos Aires gekommen.

Als Brasiliens neuer alter linker Staatspräsident Lula da Silva, der immerhin mehr als ein Jahr lang wegen Korruption im Gefängnis gesessen hatte, ein Jahr zuvor eingeführt wurde, hatten sich die westlichen Staatschefs die Klinke nur so in die Hand gegeben. Dabei hatte der sich Russland und China in die Arme geworfen.

Spanien drohte beim ersten Besuch Mileis in Madrid gar, seine Beziehungen mit Argentinien abzubrechen, und Deutschland empfing Milei ohne großen Staatsbahnhof. Es scheint, als brauche die Welt kein korruptionsfreies und wirtschaftlich erfolgreiches Argentinien. Das alte linke, peronistische, korrupte Land, das mehrmals militärisch versucht hatte, die Falklandinseln zurückzugewinnen, war dem Westen scheinbar lieber. Aber auch von dieser bewussten Missachtung durch die Führungsländer des Westens lässt sich Milei von seinem Reformkurs nicht abbringen. Er hat dafür, wie sich jetzt zeigt, die Unterstützung seines eigenen Volkes – ganz im Unterschied zu Scholz.



Welche Katastrophe kommt als nächste? Vor allem regierungnahe Medien schüren immer wieder Ängste

KOLUMNE

Mit Angst Politik machen

FLORIAN STUMFALL

Aus der unseligen Ära Merkel ist ein besonders auffälliges Stück in Erinnerung, die sogenannte Ökosteuer auf Kraftstoffe. Sie wurde mit der Begründung eingeführt, die geschädigte Umwelt verlange nach einem erhöhten Finanzaufwand und zudem könne man mit diesen Erträgen die Rentenkasse aufbessern. Zwei Rücksichten sind es, die hierbei Aufmerksamkeit verdienen.

Zum einen konstruierte die Kanzlerin einen klassischen Zielkonflikt: Geht der Autoverkehr zurück, bleiben für die Rente keine zusätzlichen Gelder. Wird aber weiterhin so viel gefahren wie bisher, dann muss der Nutzen für die Umwelt leiden. Dies ist die eine Seite, die unter das Rubrum „Unredlichkeit“ fällt, in der Politik kein Alleinstellungsmerkmal.

Das andere ist der Umstand, dass diese Steuererhöhung ohne jeden Widerstand beschlossen werden konnte. Im Vorfeld waren die Ängste der Menschen um Mensch, Natur und Weltall derart gekannt geschürt worden, dass niemand daran dachte, Einwände gegen eine weitere finanzielle Last zu erheben. Seit der Sektsteuer weiland des Kaisers Wilhelm II. wurde kein Anziehen der staatlichen Dauerschrauben derart beglückt aufgenommen wie die Merkelsche Ökosteuer.

Natürlich war das Spiel mit der Angst nicht neu gewesen, und es war auch nicht zum letzten Mal, dass sich Politiker der Angst bedienen, um die Bürger fügsam zu halten und auf solche Weise ihre Pläne durchzusetzen. Vielmehr erlebt diese Methode, die Menschen durch ihre Ängste zu beugen, derzeit ein Allzeithoch. Die Liste der Beispiele aus den regierungsnahen Medien ist lang: da gibt es die Schädlichkeit von Asbest, Formalin und Deosprays, in diesem Zusammenhang kommt die einstige Jahrhundertkatastrophe Ozonloch. Hat ein Schreckbildnis seine Kraft verloren, gibt es neue: Rinderwahn, Feinstaub und Dioxin. Einen breiten Raum nehmen allerlei Allergien ein, Weichmacher und Killerbakterien. Man wundert sich, dass die Menschen angesichts solcher Abgründe immer älter werden.

Erst die Prophetie des Club of Rome

Freilich sind manche Ängste von nur geringer Lebensdauer, teils, weil sich ihr Inhalt als unsinnig erweist, teils aber auch, weil sie von noch eindringlicheren Mel-

dungen überlagert und schließlich ausgelöscht werden. Doch sie alle erfüllen ihren taktischen Zweck als propagandistische Elemente, denjenigen nämlich, die Menschen zu konditionieren und in einem unentwegt bestehenden Erregungszustand zu halten, der sie für die nächste Hiobsbotschaft empfänglich macht.

Erstmals von strategischer Bedeutung war indes die Prophetie des Club of Rome in den 70er Jahren, wonach es um die Jahrtausendwende keinen Wald und keinen Baum mehr geben werde. „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch“, laute-

Wie man mit Angst das Wahlvolk gefügig macht

te damals die Parole. Nun – das 21. Jahrhundert brach an, und seit den dumpfen Warnungen des Club of Rome sind die Wälder, jedenfalls in Deutschland, nicht nur nicht verschwunden, sondern mehr geworden. Auch Menschen gibt es noch.

Trotzdem hat jene falsche Vorhersage nirgendwo anders derart eingeschlagen wie gerade hier, und noch heute können Demagogen aus diesem falschen Metall einen Pfennig schlagen. Denn mit der Angst verhält es sich so, dass es sie in geringem Umfang kaum gibt, und man sie dort, wo sie nur in Resten vorhanden ist, leichter Hand gewaltig aufbauschen kann. Dafür haben die kleinen, taktischen Ängste gesorgt: dass es weit herum eine Stimmung der Unsicherheit und der Besorgnis gibt. Wer daran nicht teilhat, ist nachgerade unanständig, denn Angst zu haben, gilt als Ausweis erhöhter Moralität.

Rückblickend allerdings erscheint die Strategie des Waldsterbens als die Generalprobe für eine weitaus größere Planung – die sogenannte Klimakatastrophe. Auch sie beschränkt sich nicht auf einzelne Schadensfälle oder Regionen, sondern sie ist universell und betrifft alle Lebensbereiche. Es sind Bücher in diesem Sinne und andere entgegen geschrieben worden, und hier ist nicht der Platz für eine ausführliche Argumentation über diesen Gegenstand. Nur eines: Die Absicht, eine allgemeine Stimmung der Angst zu schaffen, gelingt mit der Lehre von der Klima-

katastrophe noch weitaus besser als einst mit dem Baumsterben.

Dann die „Klimakatastrophe“

In diesem Rahmen und unter solchen Voraussetzungen fällt es politischen Strategen leicht, die verunsicherten Gemüter gutgläubiger Bürger in ihrem Sinne zu lenken. Wer zögert, darin zu folgen, wird bald durch eindringliche Beispiele zur Ordnung gerufen. Dazu eine der unschönen Erinnerungen an die Corona-Krise, deren Charakter mehr politischer als medizinischer Natur gewesen ist: Wissenschaftler, die der staatlich vorgelegten Linie nicht haben folgen wollen, mussten damit rechnen, ihre Lehrbefugnis zu verlieren oder gar rechtliche Ahndung zu erfahren.

Hier tritt wieder das Momentum der Angst in den Vordergrund, und zwar sehr aufdringlich. Wenn es in einem Staat, den man über Jahrzehnte als rechtlich einwandfrei und freiheitlich gekannt hat, möglich geworden ist, dass ein Wissenschaftler um seine Existenz bangen muss, weil er eine andere als die öffentlich favorisierte Meinung vertritt, dann betrifft das nicht nur die akademische Welt. Die Meinungsfreiheit ist ein unerlässlicher Bestandteil der bürgerlichen Freiheit. Sie durch Warnungen oder Drohungen und gar Zwangsmaßnahmen einzuschränken, gefährdet die freiheitliche Ordnung insgesamt.

Doch das Manipulieren mit der Angst erweckt den Verdacht, dass gerade das die Absicht sein könnte – im Sinne von Mao Tse-tung, der sagte: „Bestrafe einen, erziehe hundert“. Abschreckende Beispiele trennen die Helden von denen, die sich beugen. Der Helden aber wird man schnell habhaft, und man kann sie in ihrer Wirksamkeit hindern, während Gleichgesinnte, weniger heldenhaft, sich zurückziehen und an ihr Recht der Redefreiheit nicht mehr zu denken wagen.

Wenn es aber um kulturfremde Messerstecher und Gruppenvergewaltiger geht, dann ist im Gegenteil, Angst vor ihnen zu haben, bereits ein Nachweis mangelnder politischer Korrektheit. Denn wenn die Angst einen politischen Charakter annimmt, ist es auch eine politische Entscheidung, wo sie zulässig ist und wo nicht.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON VEIT-MARIO THIEDE

Zu seinen Lebzeiten war Friedrich Gottlieb Klopstock (1724–1803) Deutschlands angesehenster Dichter. Nachfolger wie Goethe, Schiller oder Hölderlin verdanken ihm wertvolle Anregungen. Aber es gab Schriftstellerkollegen, die sich über Klopstocks Werk lustig machten. So nutzt der Teufel in Grabbes Komödie „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ Klopstocks umfangreiches Versepos „Messias“ als „unfehlbares Schlafmittelchen“. Heute ist der am 2. Juli 1724 geborene Klopstock fast vergessen. Sein 300. Geburtstag bietet Gelegenheit, ihn und sein Werk ins Rampenlicht zu stellen.

Klopstocks Geburtshaus steht am Fuße von Quedlinburgs Schlossberg. In dem Fachwerkgebäude mit dem markanten, von zwei Säulen flankierten Eingang wird Klopstock mit einer Dauerausstellung geehrt. Sie beginnt mit dessen Kindheit, bringt uns den Menschen und sein Schaffen nahe und beleuchtet sein Nachleben.

Klopstock war das älteste von 17 Kindern eines verschuldeten Juristen. Beim Rundgang entdecken wir Devotionalien wie Schreibfedern und eine Haarlocke des Dichters. In großer Zahl sind seine Schriften ausgestellt. Berühmt gemacht haben ihn die 1748 veröffentlichten ersten drei Gesänge des „Messias“. Bis zur vorläufigen Vollendung seines Opus magnum dauerte es bis 1773. Seine 20 Gesänge lobpreisen Christus und dessen Erlösungswerk in fast 20.000 Versen. Aber bis fast an sein Lebensende sorgte Klopstock für Verbesserungen: Nach der „Ausgabe letzter Hand“ (1781) erschien die „Ausgabe des letzten Fingers“ (1799).

Zu seinem Schaffen fühlte sich Klopstock von Gott berufen. Das Rüstzeug vermittelte ihm das in einem ehemaligen Zisterzienserkloster eingerichtete Internat von Schulpforte, in dem er von 1739 bis 1745 lebte. In Schulpforte studierte er intensiv die Bibel und las die antiken griechischen und römischen Autoren Vergil, Homer, Horaz und vor allem Cicero.

Die aus der alten Fürstenschule hervorgegangene heutige Landesschule ehrt



Der Messias aus Quedlinburg

Verehrt und verspottet – Vor 300 Jahren wurde der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock geboren

Häusliche Ordnung eines Verseschmiedes: Das Klopstockhaus in Quedlinburg mit dem Porträt des Dichters in der Mitte Foto: tws

ihren neben Nietzsche berühmtesten Abgänger mit der im Internet und im Besucherzentrum dargebotenen Sonderausstellung „Lies Klopstock“. An einer Wand sind zahlreiche Bildnisse Klopstocks aufgehängt, die ihn in allen Lebensaltern zeigen. An einer anderen Wand steht in riesigen Lettern ein spöttisches Epigramm, das der Dichter und Kritiker Lessing 1753 verfasste: „Wer wird nicht einen Klopstock loben? Doch lesen sollt ihn jeder? – Nein. Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein.“

Die Sonderschau ermuntert dazu, Klopstock zu lesen – und zwar laut. Zu dessen Zeit war es üblich, die Texte zu deklamieren, und im Hinblick darauf hat er sie Wort für Wort komponiert. Textblätter zu elf Oden, Hymnen und Auszügen aus längeren Schriften können mitge-

nommen werden. Sie geben uns Einblick in seine Hauptthemen. „Der Messias“ ist mit dem ersten Gesang vertreten. Zeichen geben an, ob die Silben lang oder kurz zu betonen sind.

Das zieht einem die Stiefel aus

Das noch heute gern gelesene Liebesgedicht „Das Rosenband“ ist ebenso vertreten wie die nicht minder bewunderte Hymne auf die Freundschaft: „Der Zürcher See“. „Hermann und Thusnelda“ gehört seinen vaterländischen Dichtungen an. Seine Verehrung der Natur bringt uns das Gedicht „Die Frühlingsfeyer“ nahe. Auf dieses wiederum spielte Goethe an, wenn in seinem „Leiden des jungen Werthers“ die bei einem Gewitterregen neben dem Titelhelden stehende Lotte emphatisch ausruft: „Klopstock!“

Das Neuartige an Klopstocks Dichtkunst war ihre Ausdrucksintensität. Er gilt mit seinen Oden und Elegien als Erfinder der empfindsamen Liebeslyrik. Aber nicht jedem gefiel diese gestelzte und umständlich feierliche Ausdruckskunst. Der für seine spöttischen Aussprüche gefürchtete Lichtenberg tat kund: „Klopstock hebt an: ‚Du, der Du niedriger bist als ich, – und dennoch mir gleich – befreie mich von der Last des staubauffangenden Kalbfells! – Während ich einfach sage: ‚Johann, zieh mir die Stiefel aus.‘“

Wenige Wochen vor Klopstock starb Johann Wilhelm Ludwig Gleim, mit dem er seit 1750 befreundet war. Gleims Haus steht neben dem Halberstädter Dom. Es beherbergt als Museum der deutschen Aufklärung den umfangreichen Nachlass an Büchern und Briefen sowie 120 Port-

räts, die Gleim von seinen Freunden gesammelt hatte: Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und auch einige Frauen, etwa Klopstocks Mutter.

Das Gleimhaus präsentiert die Sonderschau „Klopstock und die Freundschaft“. Im Blickpunkt stehen die von Klopstock gepflegten Freundschaften und der hohe Stellenwert der Freundschaftskultur für die Literaturentwicklung. Beleuchtet wird etwa die Beziehung des jungen Poeten zum Züricher Literaturpapst Johann Jakob Bodmer, ohne dessen Förderung er nie zu Ruhm gekommen wäre. Der Fürsprache des dänischen Kanzlers Johann Hartwig Ernst von Bernstorff verdankte Klopstock, dass der dänische König ihm eine seit 1750 jährlich ausbezahlte Rente zur Vollendung des „Messias“ bewilligte. Eine zweite setzte ihm Markgraf Karl Friedrich von Baden aus.

Den Schwerpunkt der Sonderschau bilden die Verbindungen zu ihm abweisenden Cousine Maria Sophia Schmidt, die innige Beziehung zu seiner ersten Ehefrau aus Hamburg, Meta Moller, und das langjährige harmonische Zusammenleben mit Johanna Elisabeth von Winthem, die seine zweite Gattin aus der Hansestadt war. Sie sang mit empfindsamer Stimme seine von berühmten Komponisten vertonten Lieder.

Die für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten „Geistlichen Lieder“ beurteilte Klopstock als seine nach dem „Messias“ wichtigste Aufgabe: „Ich halte dieß für eine der schwersten Sachen, die man unternehmen kann. Mann soll, wo nicht dem gemeinen Haufen, doch den Meisten verständlich seyn; und doch der Religion würdig bleiben.“ Aber über die schrieb Lessing an Gleim: „Was sagen Sie zu Klopstocks geistlichen Liedern? Wenn sie davon schlecht urteilen, werde ich an Ihrem Christentum zweifeln; und urteilen Sie gut davon, an ihrem Geschmacke. Was wollen Sie lieber?“

● Schulpforte: www.liesklopstock.de; Klopstockhaus und Festprogramm Quedlinburg: www.quedlinburg-info.de; Gleimhaus Halberstadt: www.gleimhaus.de

BIOGRAPHIE

Klopstock wieder besucht

Zum Jubiläum ist ein solides biographisches Porträt des Dichters erschienen

Kai Kauffmann beurteilt seine neue Biografie über Klopstock als dessen „erste Gesamtdarstellung seit 1888“. Das Werk des Professors für Neuere Literatur an der Universität Bielefeld stellt Klopstock von der Wiege bis zur Bahre in all seinen Facetten vor und zeichnet seine Lebensreise von Quedlinburg über Schulpforte, Jena, Leipzig und Bad Langensalza, Zürich sowie Kopenhagen bis Hamburg nach.

Interessant ist eine Episode aus Klopstocks früher Jugend. Sein Vater pachtete 1732 das „Königlich-Preußische Ober- und Unteramt Friedburg“ in der Grafschaft Mansfeld. Hier verbrachte Klopstock fröhliche Kindertage in freier Natur. Keine fünf Jahre später musste der Vater die Pacht wegen hoher Schulden wieder abgeben. Die vielköpfige Familie zog zurück nach Quedlinburg. Von den Schulden kamen die Eltern nicht mehr herunter, und so musste der zeitlebens nicht eben finanzstarke Klopstock nach dem Tod des Vaters die Familie unterstützen.

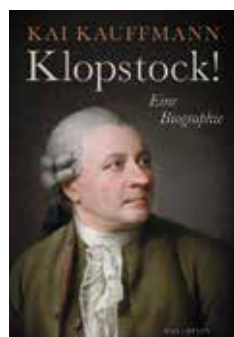
Immer wieder kommt Kauffmann auf Goethe zurück, der in jungen Jahren ein begeisterter Leser des „Messias“ war. Klopstock und Goethe lernten sich persönlich kennen. Aber bei ihren Treffen

sprach Klopstock lieber über die von ihm betriebenen Sportarten Schlittschuhlaufen und Kunstreiten als über Goethes Publikumsfolge „Götz von Berlichingen“ und „Die Leiden des jungen Werthers“. Später kam es zu ernsthaften Irritationen, weil Klopstock ihm nach Weimar schrieb, er solle zu einem soliden Lebenswandel zurückkehren, statt mit seinem Dienstherrn Herzog Carl August zechend das Fürstentum unsicher machen. Ausführlich untersucht Kauffmann überdies das Verhältnis von Klopstocks „Messias“ zu den Fassungen von Goethes „Faust“.

Kauffmann urteilt: „Nichts ist so falsch wie das von der gängigen Literaturgeschichte überlieferte Bild eines Dich-

ters, dessen Bedeutung sich mit den ersten Gesängen des Messias und einigen frühen Oden erschöpft habe.“ Klopstocks Schriften stellt er vom ersten bis zum letzten Gesang des „Messias“ vor. Ebenso die biblischen und vaterländischen Dramen, die Liebeslyrik, die Lobgesänge auf die Französische Revolution und die harschen Anklagen gegen die auf sie folgende Schreckensherrschaft Dantons. Er interpretiert die Stücke und liefert den Lesern reichlich Auszüge aus Klopstocks Werken. Zum spannend geschilderten Lebens- und Werklauf treten allerdings wissenschaftlich trockene Ausführungen zu Klopstocks aus der antiken Dichtung übernommenen, variierten oder von ihm selbst entwickelten Versformen.

Der Biograf zeigt Klopstock als einen beeindruckenden und eigenwilligen, zuweilen tragikomischen, stets jedoch von seiner Berufung durch Gott überzeugten Poeten. Auch Klopstocks zweite Ehefrau Johanna Elisabeth von Winthem, die in der Literatur viel zu wenig Beachtung gefunden habe, erfährt hier eine gründliche Würdigung. Der Autor hat jedenfalls alles dafür getan, uns für Klopstock und dessen Werk einzunehmen. V.-M. Thiede



Kai Kauffmann: **Klopstock! Eine Biographie**, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, gebunden, 420 Seiten, 36 Euro

KLOPSTOCK IN HAMBURG

Die Auferstehung

Bestattung des Dichterstars war ein Großereignis

Eine ganz besondere (Liebes-)Beziehung hatte Klopstock zu Hamburg. Denn von 1754 bis zu ihrem Tod 1758 war der Dichter mit der Hamburger Kaufmannstochter Margareta „Meta“ Moller verheiratet. Von der Familie offenbar angetan, heiratete der Witwer im Alter von 67 Jahren deren ebenso verwitwete Nichte Johanna Elisabeth von Winthem geborene Dimpfel.

Ihr zuliebe lebte er in Hamburg, wo er am 14. März 1803 auch gestorben ist. Bestattet wurde der damalige Dichterstar begleitet von einem Trauerzug Tausender Hamburger neben seiner ersten Frau Meta auf dem kleinen Kirchhof der Christianskirche im heutigen Hamburger Stadtteil Ottensen. Zu Klopstocks Zeiten war

Ottensen noch ein eigenständiges Dorf, das zum Herzogtum Holstein und damit zur dänischen Krone gehörte. Zu Lebzeiten hielt sich Klopstock drei Jahre lang in Dänemark auf und erhielt von Friedrich V., dem König von Dänemark und Norwegen sowie Herzog von Holstein, eine Lebensrente, die es ihm ermöglichte, sein Riesenepos „Der Messias“ nach 50 Jahren dichterischer Arbeit zu vollenden.

Zudem verdankt ihm die Musikwelt, dass Gustav Mahlers zweite Sinfonie, die „Auferstehungssinfonie“, in Hamburg entstanden ist. 1894 hörte Mahler bei der Trauerfeier des berühmten Dirigenten Hans von Bülow in der Hamburger St.-Michaelis-Kirche, dem „Michel“, einen Chor das Klopstock-Gedicht „Auferstehung“ singen, das ihn unmittelbar zum finalen Chorsatz seiner Sinfonie („Auferstehen, ja auferstehen wirst du ...“) inspirierte.

Unter anderem auch von der enormen Breitenwirkung Klopstocks erzählt die Ausstellung „Vom Klang der Dichtung. Klopstock und die Musik“ in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek vom 2. Juli bis 15. September (weitere Informationen dazu im Internet unter www.sub.uni-hamburg.de). H. Tews



Das Klopstock-Grab in Ottensen

MIELE & CIE. KG

Qualität und Innovation

Als die Miele & Cie. KG vor einem Vierteljahrhundert 100 Jahre alt wurde, war Miele die meistverkaufte Marke im elektronischen Elektrofachhandel. Im Segment Bodenstaubsauger ist Miele europäischer Marktführer. Väter des Erfolgs sind handwerkliche Qualität und Modernität. Das Unternehmen folgt damit der Philosophie seiner beiden Gründer. Einer von ihnen ist der Namensgeber des Unternehmens: Carl Miele.

Der 1869 im damals preußischen Herzebrock bei Gütersloh geborene Sohn eines Maurers und Betreibers eines Baugeschäftes erwarb 1895 eine Baustoff- und Eisenwarenhandlung, deren Sortiment er um Haus- und Küchengeräte erweiterte. In dieser Eigenschaft bekam er Besuch von einem Kundenbetreuer gleichen Jahrgangs einer Hagener Eisenwaren-Großhandlung: Reinhard Zinkann. Beide wurden sich einig, in einem gemeinsamen Unternehmen Milchzentrifugen herzustellen. Mit Wirkung vom 1. Juli 1899 gründeten sie die Zentrifugenfabrik Miele & Cie. mit Sitz in Herzebrock. Der Betrieb begann mit elf Mitarbeitern in einer vormaligen Korn- und Sägemühle. Der technisch versierte Miele übernahm die Konstruktion und Fertigung der Maschinen, Zinkann deren Vermarktung.

Das erste Produkt, die Milchzentrifuge „Meteor“, verkaufte sich gut. 1900 kamen Buttermaschinen hinzu, Holzfässer mit einem handgetriebenen Rührwerk. 1901 entwickelte Carl Miele aus der Buttermaschine die erste Waschmaschine des Unterneh-



Miele-Logo

Foto: Miele

mens. Herzu kippte er das Rührwerk in die Senkrechte und ersetzte die gelochten Schaufeln durch Holzstäbe. 1914 erhielt die Maschine zusätzlich einen E-Motor.

Miele hatte mit Haushaltsgeräten seine Kernkompetenz gefunden und brachte weitere Produkte wie Geschirrspülmaschinen oder Staubsauger auf den Markt. 1907 wechselte das mittlerweile 60 Mitarbeiter zählende Unternehmen nach Gütersloh in eine vormalige Pumpen- und Metallwarenfabrik. Die dort vorgefundenen Produktionshallen sprachen ebenso für den Umzug des expandierenden Unternehmens wie der dortige Anschluss an die Stammstrecke der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft. Dort hat das Unternehmen noch heute seinen Stammsitz.

So wie die beiden kongenialen Partner im selben Jahr zur Welt gekommen waren, so starben sie auch beide kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Miele 1938 und Zinkann im Juli 1939. Es ist seitdem gute Tradition in dem Unternehmen, dass sowohl die Miele als auch die Zinkanns mit mindestens einem Familienmitglied in der Unternehmensführung vertreten sind. Zurzeit sind das Markus Miele und Reinhard Zinkann von der vierten Generation. Ihre Familien halten mit 51,1 und 48,9 Prozent jeweils rund die Hälfte des Kapitals. Wie bis zum Tod der beiden Gründer ist Miele auch danach ein expandierendes, innovatives Unternehmen mit interessanten Produkten. *Manuel Ruoff*



Waren nicht immer herzlich willkommen: Ausländer in der DDR

Foto: imago/teamwork

AUSLÄNDER- UND EINWANDERUNGSPOLITIK

Erfüllte die SED/„Linke“ in der DDR ihre heutigen Forderungen in der Opposition?

Konkrete Beispiele vom Umgang des real existierenden Sozialismus auf deutschem Boden mit ausländischen Gästen aus Polen, Palästina, Vietnam und Griechenland in den 60er, 70er und 80er Jahren

VON HEIDRUN BUDDE

Grundsätzlich gilt zumindest in der Bundesrepublik: Je linker eine Partei ist, desto mehr Immigration fordert sie. Nun hat die ganz links im Bundestag sitzende „Linke“, als sie sich noch „SED“ nannte, jahrzehntlang weitestgehend unbeeinflusst von Koalitionspartnern oder Opposition die DDR regieren können, einschließlich der Bestimmung der Ausländer- und Einwanderungspolitik. Da lohnt ein Vergleich, inwieweit sie als damalige Regierungspartei ihren eigenen Ansprüchen als heutige Oppositionspartei gerecht geworden ist.

Am 28. November 1971 nahm der polnische Staatsbürger Janusz N. seine Arbeit in einem Uhrenwerk in der DDR auf. 1974 heiratete er eine DDR-Bewohnerin und wurde Vater von Zwillingen. Janusz N. bekam eine unbefristete, ständige Aufenthaltsgenehmigung. Allerdings zerbrach die Ehe und der Mann wurde strafällig (Zollvergehen). Am 10. Juni 1983 trat er eine Freiheitsstrafe in der Strafvollzugseinrichtung Zeithain an, die am 23. September 1984 endete. Während seiner Haft, am 16. Dezember 1983, beantragte er die Verleihung der DDR-Staatsbürgerschaft, bekam aber keine Antwort.

Intern trafen zuständige Mitarbeiter der Deutschen Volkspolizei diese Entscheidung: „Durch die Ehescheidung am 26.9.79 trifft diese Begründung zur Genehmigung des ständigen Aufenthaltes in der DDR nicht mehr zu. Außerdem besteht auf Grund seines bisherigen Verhaltens im Wohngebiet und an der Arbeitsstelle ... sowie durch seine mehrfachen Verstöße gegen das Zollgesetz, das Devisengesetz und das Edelmetallgesetz kein staatliches und gesellschaftliches Interesse an einem weiteren Aufenthalt in der DDR.“ Janusz N. wurde am Tag seiner Haftentlassung direkt aus dem Strafvollzug nach Polen abgeschoben. An dieser

angeblich „brüderlich verbündeten“ Arbeitskraft hatte man kein „staatliches Interesse“ mehr. Seine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung wurde kurzerhand für ungültig erklärt, ohne Gerichtsverfahren und ohne Rechtsschutz.

Keine Antwort, keine Begründung

Am 13. April 1983 wurde Ahmed S., ein Palästinenser, in der DDR ins Flugzeug gesetzt. Handschriftlicher Aktenvermerk: „Die Ausreise sei ohne Vorkommnisse erfolgt, jedoch mit Bemerkungen der PLO, da der S. persönlich sehr niedergeschlagen war und laut heulend zur Maschine gebracht wurde, daß evtl. mit Selbstmordabsichten zu rechnen sei, weil die Trennung von ‚Frau‘ und vierjährigem Kind eine nichtzuverstehende menschliche Tragödie sei.“

Ahmed S. war nicht kriminell. Er durfte an der TU Dresden studieren und verliebte sich in eine DDR-Bewohnerin. 1979 wurde ein gemeinsames Kind geboren und die beiden bemühten sich sehr um eine Eheschließungsgenehmigung, die ohne Begründung abgelehnt wurde. Ahmed S. musste das Land verlassen. 1983 erlitt er eine Bauchschussverletzung und reiste zu medizinischen Versorgung wieder in die DDR ein. Sein größter Wunsch war, zu heiraten und mit seiner Familie zusammenzuleben. Am 13. April 1983 wurde diese Hoffnung zerstört. Er wurde gegen seinen Willen abgeschoben. Einen Gerichtsweg gab es nicht.

Am 6. April 1989 war ein Ehepaar aus Vietnam, das als Vertragsarbeiter in der DDR tätig war, überglücklich. Ihre beiden kleinen Kinder, sieben und eineinhalb Jahre alt, durften zu Besuch kommen. Die Volkspolizei hatte ihnen eine schriftlich genehmigte Einladung für 90 Tage ausgehändigt. Doch ein Visum wurde nur für vier Wochen erteilt. Das Ehepaar wurde aufgefordert, die „Kinder nach dem 30.4.89 unverzüglich aus der DDR zu bringen“, wie es in einer Eingabe des Va-

ters zu lesen ist. Diese Entscheidung war für die Eltern ein Schock. Der Vater schreibt: „Der Betrieb VEB Greika ist nicht dagegen, wenn die Kinder in der DDR bleiben. Ich habe meine Aufgaben im Betrieb immer gut gemacht, und noch gegen kein Gesetz verstoßen. Ich kann meine Kinder gut betreuen. Meine Kollegen würden mir dabei gern mithelfen. Selbst meine deutschen Kollegen in meinem Betrieb können das nicht verstehen. Es tut ihnen auch sehr leid. Diese Festlegungen sind für mich und meine Kinder zu hart ... Der Termin innerhalb von 20 Tagen, daß meine Kinder aus der DDR ausreisen müssen, ist von der Humanität zu hart. Wenn ich vorher gewußt hätte, daß meine Kinder nur für 30 Tage in der DDR bleiben dürfen, hätte ich sie nicht hierhergebracht. Die Reise von Hanoi nach Berlin ist lang und anstrengend, daß die Kinder doch brauchen bestimmte Zeit, um sich zu erholen.“ Der Vater erreichte, dass die Kinder noch bis zum 5. Juni 1989 bleiben durften. Dann mussten die Eltern Abschied nehmen. Die zugesicherte Besuchszeit von 90 Tagen wurden einfach verkürzt, und begründen musste das niemand.

Einen Rechtsweg gab es nicht

In der DDR war völlig unbekannt, nach welchen Grundsätzen diese hier beispielhaft aufgeführten Vorgänge entschieden wurden. Öffentlich war nur die Propaganda von der angeblichen „Internationalen Solidarität“ zu hören. Heute zeigen die einstmals geheim gehaltenen Akten, dass die SED-Funktionäre ein grundsätzliches und tiefes Misstrauen gegenüber jeglicher Fremdheit hatten. Innenminister Friedrich Dickel regelte in „Vertraulichen Verschlusssachen“, dass jeder Ausländer, der sich längere Zeit, beispielsweise zum Studium oder zur Ausbildung, in der DDR aufhielt, anlasslos eine „Ausländerakte“ bekam, die von den Abteilungen Pass- und Meldewesen geführt wurde.

Die Polizei war verpflichtet, regelmäßige „Ermittlungsberichte“ zu erstellen. Der Verdacht auf eine Straftat war dafür nicht erforderlich. Das Anliegen war eine grenzenlose, heimliche Kontrolle über alles, was Ausländer in der DDR taten. Der Ermittlungsauftrag beinhaltete beispielsweise diese Fragen: „Welchen Lebenswandel führt er? Mit welchen Personen hat er Kontakt? Mit welchen Personen verkehrt er, die auf Grund von Tatsachen bekannt sind (negativ bekannt)? Fährt er nach Berlin? Wo ist er beschäftigt?“

Am 20. August 1962 berichtete beispielsweise ein Polizist über ein griechisches Ehepaar, das Asyl bekam: „Im Heim werden sie bestens beleumundet. Ihr moralisches Verhalten in der Öffentlichkeit ist in jeder Beziehung einwandfrei ... Die Familie E. verkehrt in keinen bestimmten Gaststätten, noch in einem bestimmten Personenkreis.“ Dennoch wurde das Ehepaar weiter turnusmäßig überwacht. Am 10. November 1970 ist in einem Bericht zu lesen: „Im gesellschaftlichen und politischen Leben im Wohnbezirk nehmen sie nur wenig Anteil. Ihre Einstellung gegenüber der DDR und SU ist zurückhaltend. An bisher durchgeführten Pflegearbeiten am Haus nahmen sie teil. Anlässlich von Staatsfeiertagen ist keine Beflaggung ersichtlich.“

Diese Berichte der Polizei kamen zustande, weil Hausbewohner, Kneipenwirte und Arbeitskollegen hinter dem Rücken der Betroffenen befragt wurden. Ausländische Mitbürger waren vom Wohlwollen der deutschen Einwohner abhängig und vernichtende Beurteilungen konnten für die Betroffenen erhebliche Folgen haben, denn einen Rechtsweg gab es nicht. Dieser Umgang suggerierte den Bürgern eine staatlich organisierte nationale Überheblichkeit. Fremde hatten sich anzupassen und unterzuordnen. Das Bleiberecht war von einer willkürlichen Entscheidung abhängig.

VON TRISTAN CSAPLÁR

Am 4. Juli 1954, vor 70 Jahren, ereignete sich das wohl berühmteste Ereignis der deutschen Fußballgeschichte – das sogenannte Wunder von Bern. Im Endspiel der Fußballweltmeisterschaft von 1954 konnte sich die nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals wieder startberechtigte deutsche Nationalmannschaft gegen die als haushohe Favoriten geltenden Ungarn durchsetzen.

Der 3:2-Sieg der deutschen Elf nach einem anfänglichen Rückstand von 0:2 zählt zweifelslos zu den besonderen Ereignissen der Fußballgeschichte. Vielmehr noch trug das „Wunder von Bern“ dazu bei, das nationale Selbstbewusstsein der Deutschen nach dem verlorenen Krieg wiederaufzubauen, und beförderte damit sowohl das Selbstwertgefühl als auch die Identifikation vieler Westdeutscher mit der noch jungen Bundesrepublik. Zum „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre gesellte sich nun auch ein sportliches Wunder.

Doch während der überraschende Sieg der als Außenseiter geltenden deutschen Nationalmannschaft „Balsam für die deutsche Seele“ war, löste die unerwartete Niederlage in Ungarn einen Sturm der Enttäuschung und Entrüstung aus. Im Land der Magyaren, das ebenso wie Deutschland ein Verlierer des Zweiten Weltkriegs gewesen, zudem gegen seinen Willen in den Ostblock gezwungen worden war und nun von der kommunistischen Partei beherrscht wurde, brach sich in Folge der Niederlage ein in der Bevölkerung lange aufgestauter Unmut Bahn. Wie so oft gilt auch hier, dass des einen Freud des anderen Leid ist.

Die Hochphase des ungarischen Fußballs

Die „Goldene Elf“ des ungarischen Fußballs und die mit ihr verbundene Hochphase der Fußballgeschichte des Landes wird aus heutiger Sicht oft als eine Art Anomalie wahrgenommen. Dies ist jedoch nicht korrekt, da es sich vielmehr um den Höhepunkt einer langfristigen Entwicklung handelt, welche anschließend in einem Wirrwarr aus Enttäuschung und politischer Einflussnahme endete.

Die Anfänge des Fußballs in Ungarn unterscheiden sich dabei gar nicht so sehr von denen in Deutschland – gleichwohl der Fußball in Teilen der deutschen Bevölkerung selbst nach 1945 noch als Sport der Proletarier angesehen wurde. In Ungarn öffnete sich der 1888 gegründete bourgeois-jüdische MTK (Magyar Testgyakorlók Köre) bereits zur Jahrhundertwende dem Fußball, und auch die gutsituierten und intellektuellen Schichten der ungarischen Hauptstadt wandten sich mit Begeisterung dem Ballsport zu. In Ungarn galt der Fußball als modern, gar avantgardistisch, kam er doch aus der damals fortschrittlichsten Nation der Welt – Großbritannien. Die Ungarn revolutionierten den Sport in den folgenden Jahren, und der Trainer des MTK, der Engländer Jimmy Hogan, wurde zum Gründungsvater der sogenannten Donau-Schule. Er wird noch heute als Pionier des modernen Fußballs betrachtet.

Nicht nur die ungarischen Spieler und Vereine feierten Anfang des 20. Jahrhunderts zahlreiche Erfolge, auch die Trainer des Landes waren zu jener Zeit global aktiv und hochgefragt. Sie beeinflussten die Entwicklung des Fußballs weltweit, angefangen von den Niederlanden über Spanien bis hin zu den Vereinen in Argentinien und Brasilien. Auch in der italienischen Liga waren die ungarischen Trainer stark präsent und zwischen 1920 und 1945 waren insgesamt 60 ungarische Übungsleiter in Italien tätig.

Fußball als Opium für das Volk

Die Blütezeit der Vor- und Zwischenkriegsjahre setzte sich zunächst auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort, wurde jedoch zunehmend von den neuen politi-



Ein schicksalhaftes Tor: Der 3:2-Siegtreffer von Helmut Rahn (hinten) im WM-Finale von 1954. Vorn der geschlagene und später vom kommunistischen Regime drangsalierte ungarische Torwart Gyula Grosics

Foto: action press

SPORTGESCHICHTE

Der Deutschen Freud, der Ungarn Leid ...

Das „Wunder von Bern“ 1954 gilt als zweite Geburtsstunde der Bundesrepublik. Für die unterlegenen Ungarn bedeutete es den Anfang großer Unruhen. Das gilt auch für die zuvor als „Goldene Elf“ gefeierte Nationalmannschaft

schen Machthabern für ideologische und politische Zwecke vereinnahmt.

Nach dem Krieg entdeckte das stalinistische Regime von KP-Generalsekretär Mátyás Rákosi den Fußball für sich und investierte, nach Popularität und Zustimmung strebend, große Summen in den Sport. Nicht Religion, sondern Fußball sollte zum Opium für das Volk werden. Tatsächlich bot der Ballsport den Menschen eine gewisse Kompensation für die zahlreichen Missstände im Land, ein Phänomen, welches sich noch heute in vielen Ländern unter anderem in Lateinamerika beobachten lässt.

Die wachsende Einflussnahme der Politik auf den Sport führte zu einer zunehmenden Politisierung und Instrumentalisierung des Fußballs. Das Spielfeld wurde zu einem Austragungsort der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, zu einem symbolischen Schlachtfeld zwischen Kapitalismus und Kommunismus – ein Kampf, den es aus kommunistischer Sicht um jeden Preis zu gewinnen galt.

Misstrauen der Machthaber

Die bestehende Fußball- und Vereinskultur wurde von den neuen Machthabern jedoch stets kritisch betrachtet, und in vielen Aspekten wurden Versuche unternommen, sie nach den eigenen politischen Vorstellungen zu formen. So mussten Fußball-Clubs ihre althergebrachten Farben und Namen aufgeben, wodurch ihre individuelle Identität und Kultur gebrochen oder zumindest verwässert wurden.

Zwei Vereinen in Besonderen wurde eine Verbindung zu den sogenannten Volksfeinden unterstellt, im Falle von MTK zur jüdischen Bourgeoisie und im Falle von Ferencváros zu nationalistischen Bewegungen. Bei beiden Vereinen sollten diese Bindungen und Identitäten durch die oben erwähnten Maßnahmen zurückgedrängt werden. 1950 wurde MTK daher kurzerhand zu „Textile“, die Mannschaft der Textilarbeitergewerkschaft,

und Ferencváros wurde in ÉDOSZ, den „Verein der Arbeiter der Nahrungsmittelbranche“, umbenannt.

Die Spieler aller Mannschaften wurden im Zuge dieser Entwicklungen zu Repräsentanten des kommunistischen Regimes, und der Sport hatte sowohl Volk und Land als auch der Idee des Kommunismus zu dienen. Und die „goldene Elf“ der ungarischen Nationalmannschaft waren somit nicht nur Sportler oder Privatpersonen, sondern wurden vielmehr Teil des Staats- und Propagandaapparates – die allermeisten von ihnen unfreiwillig.

Die „Goldene Elf“

Dies lässt sich auch daran erkennen, dass alle Spieler des Vereins Budapest Honvéd, dem offiziellen Verein der Ungarischen Volksarmee, einen militärischen Rang erhielten und somit auch ein Teil der Volksarmee wurden. Der Trainer der ungarischen Nationalmannschaft, Gusztáv Sebes, war zugleich stellvertretender Verteidigungsminister. Die Spieler des Fußball-

klubs Újpest, dem Verein der ungarischen Polizei, waren wiederum formal auch Mitglieder der ungarischen Polizei.

Galionsfigur von Honvéd und der „Goldenen Elf“ gleichermaßen war das fußballerische Wunderkind Ferenc Puskás, der vom Regime und Volk gleichermaßen geliebte Sohn einer Proletarierfamilie aus Kispest. Als Spieler des Fußballklubs Budapest Honvéd wurde demnach auch Puskás ein militärischer Dienstgrad verliehen. Der Rang des Offiziers brachte dem Ausnahmefußballer den Spitznamen „der galoppierende Major“ ein.

Die Rechnung der kommunistischen Führung schien anfänglich aufzugehen. Die sportlichen Erfolge der ungarischen Nationalmannschaft gaben der von der Geschichte gebeutelten Nation etwas Selbstbewusstsein zurück. Die Ungarn identifizierten sich mit der „Goldenen Elf“, und die Erfolge machten die Bevölkerung handzahn, genau wie es sich das Regime erhofft hatte.

Nach der Niederlage von Bern

Mit der überraschenden Niederlage im Finale der Weltmeisterschaft vom 4. Juli 1954 verkehrte sich der Effekt jedoch schlagartig ins Gegenteil und wurde für Regime wie Mannschaft zum Problem.

Die Enttäuschung über die unerwartete Niederlage der zuvor vier Jahre lang ungeschlagenen und bei den Spielen von 1952 Olympiasieger gewordenen ungarischen Nationalmannschaft war immens, und mit der Frustration über die spielerische Leistung der „Goldenen Elf“ brach sich auch der aufgestaute Frust über die politische und wirtschaftliche Lage Bahn, welcher zuvor durch die sportlichen Erfolge niedergehalten worden war. Die Spieler mussten regelrecht nach Hause geschmuggelt werden, stiegen teilweise frühzeitig aus dem Zug und wurden anschließend mit dem Auto zurückgefahren, da sie in der aufgeheizten Stimmung den Zorn der enttäuschten Menge fürchteten.

Der Schlusspfiff des Finales von Bern wurde somit zum Anpfiff für die erste Welle landesweiter Proteste gegen das kommunistische Regime von Mátyás Rákosi, welche die Staatsschutzbehörde erst nach mehreren Tagen wieder vollständig unter Kontrolle bekam. Wenn in Deutschland das „Wunder von Bern“ zuweilen als das „eigentliche Gründungsdatum der Bundesrepublik“ bezeichnet wird, dann kann in der Niederlage von 1954 und den darauffolgenden Protesten bereits die Saat des ungarischen Volksaufstandes von 1956 gesehen werden.

Der Ausbruch ebenjenes Volksaufstandes besiegelte das Ende sowohl der „Goldenen Elf“ als auch des ungarischen Fußballs auf Weltklasseniveau. Nach der Niederschlagung durch die Sowjetische Armee und der Wiederherstellung der kommunistischen Herrschaft löste sich die „Goldene Elf“ endgültig auf, da es viele Spieler aufgrund der drohenden Repressalien nicht wagten, nach Ungarn zurückzukehren. Zu jenen, die beschlossen, nicht zurückzukehren, sondern zu dissidieren, gehörte auch Ferenc Puskás. Andere, wie Torwart Gyula Grosics, kehrten trotz drohender Repressionen in ihre Heimat zurück.

Die geflohenen Spieler konnten jedoch zunächst ihre sportlichen Karrieren im Ausland nicht fortsetzen, da der ungarische Fußballverband aufgrund ihres Status als Dissidenten eine Sperrung beim Weltverband FIFA beantragte. Puskás fand seine neue sportliche Heimat schließlich im rechtsgerichteten Spanien Francisco Francos, wo er als politisch Verfolgter des Kommunismus mit offenen Armen willkommen geheißen wurde. Von 1958 bis 1966 spielte er für Real Madrid und erreichte zahlreiche sportliche Erfolge, darunter dreimal den Europapokal der Landesmeister. Puskás sollte jedoch ebenso wie viele seiner Mannschaftskameraden nie wieder für die ungarische Nationalmannschaft aufs Feld laufen.

Triumph des Sports

Das kommunistische Regime ging entschlossen gegen das Andenken der ehemaligen Nationalhelden vor und versuchte, sie aus der Erinnerung zu verbannen. Letztendlich erfolglos, doch der Schaden war angerichtet. Die ungarische Fußballkultur, die Tradition der großen Vereine, Spieler und Trainer war zerbrochen.

Dass der Mythos der „Goldenen Elf“ letztlich stärker war als die Verbannungsversuche der Kommunisten zeigt sich am Schicksal Gyula Grosics'. Jahrzehnte später beschrieb der Torwart seine Rückkehr nach dem verlorenen Finale: wie die Mannschaft noch vor Budapest den Zug verlassen musste und in ein Trainingslager gebracht wurde, das sie nicht verlassen durfte. Und wie dann Generalsekretär Rákosi mit dem Innenminister, dem Verteidigungsminister und hochrangigen Leuten der ungarischen Staatssicherheit kam und Rákosi sagte, auch der zweite Platz sei ein schönes Ergebnis, weshalb niemand Angst haben solle, bestraft zu werden. „Als dieser Satz fiel“, so Grosics, „wusste ich, dass er genau das Gegenteil bedeutete. ... Ich wusste, sie hatten es auf mich abgesehen.“ Der Torwart behielt recht. Er wurde verhaftet und sogar wegen angeblicher Spionage vor Gericht gestellt, ohne zu sagen, für welches Land er spioniert haben soll.

Es folgten ein Hausarrest, monatelange Drangsaliierungen und Verhöre durch die kommunistischen Machthaber sowie die Versetzung zu einem Provinzverein. Sogar sein Vater wurde mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft.

Doch als Grosics am 13. Juni 2014 starb, wurde er vom heute bürgerlichen Ungarn wie ein Heiliger in der Budapester St.-Stephans-Basilika beigesetzt.

● **Tristan Csaplár** ist Forschungskoordinator am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäischen Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC). www.mcc.hu <https://magyarnemetintezet.hu/de/>

VON WOLFGANG KAUFMANN

Glaubt man Visionären wie Elon Musk, dem Chef des kommerziell hochechsten privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX, dann steht der Mensch dicht davor, immer tiefer ins Weltall vorzudringen und andere Himmelskörper zu besiedeln. Allerdings gibt es ernstzunehmende Hinweise darauf, dass der Homo sapiens zum Siedeln anderswo als der Erde weder physisch noch psychisch in der Lage ist.

Ein Aufenthalt im Kosmos verursacht viele negative körperliche Veränderungen, welche teilweise unumkehrbar sind. Dazu gehören die Versteifung der zum Gehirn führenden Blutgefäße, eine überschnelle Alterung des Immunsystems, die Abflachung der Augäpfel mit daraus resultierender Sehschwäche sowie eine allgemeine Verkümmern der Muskeln und Knochenschwund. Hier ließe sich zwar durch künstliche Gravitation einige Abhilfe schaffen, das gilt jedoch nicht für die ebenfalls drohenden Schäden durch kosmische Strahlung, welche zum einen von der Sonne stammt und zum anderen aus den Tiefen der Galaxis kommt.

Sonnenstürme erreichen den Raum zwischen Erde, Mond und Mars sehr schnell und können akute Strahlenerkrankungen auslösen. Diese beginnen in der Regel mit Erbrechen, was in einem Raumanzug bereits lebensgefährlich wäre. Dazu kommt später der Rückgang der Zahl der roten und weißen Blutkörperchen, welcher zu Infektionen und Sauerstoffmangel führt. Und je nach Dosis folgt dann ein schneller Tod aufgrund von unstillbaren Blutungen und Kreislaufversagen oder ein langsames Sterben an Krebs. Das gilt insbesondere bei Strahlungsausbrüchen durch Sternexplosionen oder ähnliche unvorhersehbare kosmische Ereignisse, weil die hierbei entstehenden, besonders energiereichen Teilchen kaum durch Abschirmungen zurückgehalten werden können.

Wenn Astronauten durchdrehen

Ähnlich schwerwiegend sind die psychischen Probleme, die Raumfahrern drohen. Einer 2021 im Fachblatt „Clinical Neuropsychiatry“ erschienenen Studie zufolge reichen diese von emotionaler Instabilität und verminderter geistiger Belastbarkeit über Schlafstörungen und Kommunikationsprobleme bis hin zu ernsthaften Angststörungen und Psychosen. Welche Folgen so etwas im All haben kann, zeigt der Fall der Astronautin Sereña Auñón-Chancellor.

Die US-Amerikanerin geriet im August 2018 während ihres Aufenthalts in der Internationalen Raumstation ISS in seelische Nöte und bohrte deshalb wahrscheinlich auch ein winziges Loch in den Druckkörper der angekoppelten Kapsel Sojus MS-09, um so ihre vorzeitige Rückkehr zur Erde zu erzwingen. Ebenso wur-



Permanent kosmischer Strahlung ausgesetzt: Entwurf für eine menschliche Siedlung auf dem Mars

Foto: pa/Science Photo Library

RAUMFAHRT

Der Traum von Kolonien auf fremden Planeten könnte zerplatzen

Vieles spricht dafür, dass menschliches Leben jenseits der Erde gar nicht für längere Zeit existieren kann. Neben den immensen Kosten führen Skeptiker vor allem gravierende gesundheitliche Risiken ins Feld

de das von 1991 bis 1993 dauernde Experiment „Biosphere 2“, bei dem ein zwei Jahre dauernder Weltraumflug von acht Personen in einem geschlossenen Ökosystem auf der Erde simuliert werden sollte, nicht zuletzt aufgrund zwischenmenschlicher Konflikte und anderer psychologischer Faktoren zum Misserfolg.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg in die Tiefen des Weltalls sind die immensen Kosten. Das Artemis-Programm, in dessen Verlauf die NASA 2027 wieder Menschen auf dem Mond absetzen will, soll mindestens 42 Milliarden US-Dollar verschlingen, was freilich noch zu niedrig kalkuliert sein dürfte, denn für die sechs Apollo-Mondlandungen von 1969 bis 1972 musste der amerikanische Steuerzahler nach heutigem Geldwert 120 Milliarden Dollar aufbringen. Und ein Flug zum Mars könnte am Ende sogar mit bis zu 400 Milliarden zu Buche schlagen. Das wiederum führt dazu, dass solche Vorhaben wenig populär sind, weshalb es künftig immer

stärker an politischer Unterstützung mangeln wird.

2018 und 2020 ergaben repräsentative Befragungen von US-Bürgern durch die Meinungsforschungsinstitute Pew und Morning Consult ernüchternde Ergebnisse: Nur etwa jeder zehnte US-Amerikaner hielt es für wichtig, zum Mond oder zum Mars zu fliegen, wohingegen die Probanden anderen Vorhaben der Raumfahrt wie der Erforschung des Erdklimas oder der Entwicklung von Technologien zur Asteroidenabwehr deutlich höhere Priorität beimaßen.

Kleinste Defekte wären tödlich

Häufig kontern Befürworter der Raumfahrt das Kostenargument mit dem Hinweis auf die vielen neuen Erfindungen im Zuge der kosmischen Projekte, die von allgemeinem Nutzen seien – so wie beispielsweise die integrierten Schaltkreise, die man ursprünglich für den Bordcomputer der „Apollo“-Kommandokapsel

entwickelt habe. Dem entgegen Kritiker allerdings, dass sich der technische Fortschritt auf der Erde auch ohne den teuren Umweg über den Bau von Raumfahrzeugen vorantreiben lasse.

Und dann wären da noch allerlei ethische Aspekte. Ist es überhaupt vertretbar, Menschen in Bereiche des Kosmos zu schicken, in denen schon ein kleiner technischer Defekt den sicheren Tod bedeuten kann? Und dürfen wir riskieren, andere Planeten mit irdischen Mikroorganismen zu verseuchen und damit vielleicht das dortige Leben zu vernichten? Ebenso besteht die Gefahr der Kontamination der Erde durch eingeschleppte Mikroben von den besuchten Himmelskörpern.

Gänzlich ungeklärt ist zudem die Frage, wie sich der Homo sapiens verhalten sollte, wenn er im Zuge seiner Raumflugaktivitäten auf intelligentes Leben im All stößt. Oder anders gesagt: Wäre es tatsächlich klug, so weit in den Kosmos vorzustoßen, dass die Wahrscheinlichkeit

solcher Kontakte zunimmt? Immerhin könnten feindliche Wesen die Erde übernehmen oder vernichten.

Aus all dem schloss der US-amerikanische Science-Fiction-Experte Gary Westphal in seinem viel beachteten Essay „Argumente gegen den Weltraum“, dass die sogenannte Eroberung des Kosmos mit Sicherheit nicht die Zukunft der Menschheit sei. Dagegen argumentieren die Raumfahrtenthusiasten, wenn sich die Erde in Zukunft aus irgendeinem Grund in einen lebensfeindlichen Ort verwandle, hänge der Fortbestand unserer Spezies von der Besiedlung anderer Welten ab – egal, was diese letztendlich koste.

Und damit haben sie im Prinzip recht. Denn in spätestens fünf Milliarden Jahren wird der Wasserstoffvorrat im Inneren der Sonne verbraucht sein, woraufhin sie sich zu einem Roten Riesen aufbläht. Dann sollte der Homo sapiens eine neue Heimat gefunden haben – oder er endet im solaren Feuer.

ERDGESCHICHTE

Als die Erde zum gigantischen Schneeball wurde

Mehrfach ist unser Planet ganz oder fast völlig eingefroren. Wie konnte das passieren? Und kann es wieder geschehen?

Die Erde existiert seit 4,6 Milliarden Jahren. In dieser Zeit hat sich das Klima auf unserem Planeten mehrmals dramatisch verändert. Eine der frühesten großen Zäsuren war dabei das Pongola-Glazial vor 2,9 Milliarden Jahren, als es erstmals zur Bildung von Gletschern kam. Dem folgte 500 Millionen Jahre später die Huronische Vereisung mit einem sogenannten Schneeball-Erde-Ereignis.

Damit bezeichnen Geowissenschaftler den Prozess, dass sich eine Eisdecke über den gesamten Planeten oder zumindest wesentliche Teile davon mit Ausnahme eines schmalen eisfreien Gürtels am Äquator legt. Im ersten Fall wird vom

„Harten Schneeball“ und im zweiten vom „Weichen Schneeball“ gesprochen.

Nach dem Auftauen am Ende der Huronischen Vereisung begann die „Langweilige Milliarde“ der Erdgeschichte, in der relativ wenig passierte, bis dann eine Epoche anbrach, in der die ersten mehrzelligen Pflanzen und wirbellosen Tiere entstanden, während der Superkontinent Rodinia zerfiel. Dann setzte vor 720 Millionen Jahren eine neuerliche Kaltzeit ein. Sie war durch zwei Phasen geprägt, in denen sich die Erde wiederum in einen „Schneeball“ verwandelte: Die Sturtische Vereisung, die unseren Planeten vor 717 Millionen

Jahren erfasste und 57 Millionen Jahre dauerte, sowie die Marinoische Vereisung, welche etwa zehn Millionen Jahre später begann und vor rund 632 Millionen Jahren endete.

Danach folgte das Zeitalter des „sichtbaren Lebens“. Denn nun bildeten sich massenhaft nährstoffreiche Algen, die größeren und komplexeren Organismen als Nahrungsquelle dienen konnten und damit für eine rapide Zunahme der Artenvielfalt sorgten – wobei am Ende dieses Prozesses auch die Entstehung des Menschen stand.

Warum die Erde mehrmals zum „Schneeball“ mutierte, ist nach wie vor

umstritten. Manche Experten vermuten eine zeitweilige drastische Abschwächung der Sonnenaktivität, während andere von Vulkanismus als Ursache ausgehen oder den Einschlag großer Meteoriten beziehungsweise Asteroiden als wahrscheinlichsten Auslöser ansehen.

Durch Vulkanausbrüche gelangen Schwefelpartikel in die Hochatmosphäre und reflektieren das Sonnenlicht, woraufhin es kälter wird und Eis entsteht, das den Rückstrahlungseffekt verstärkt. Deswegen könnten sich die Gletscher in manchen Vereisungsphasen bis zum 35. Breitengrad vorgeschoben haben, wodurch die Erde so wenig Sonnenwär-

me aufnahm, dass sie schließlich komplett zufror.

Beim Einschlag eines großen kosmischen Geschosses wiederum folgt die Abkühlung aus der Aufwirbelung riesiger Staubmassen, die dann ebenfalls das Sonnenlicht abschirmen. Entsprechend alte Krater wurden zwar bislang noch nicht entdeckt, doch könnten diese auf dem Meeresgrund oder unter dem Eis der Antarktis beziehungsweise Grönlands liegen.

Auf jeden Fall wäre ein neuerliches Schneeball-Erde-Ereignis eine existentielle Bedrohung für die Menschheit, gegen welche die vielbeschworene Klimaerwärmung eher harmlos erscheint. W.K.

GROSS ARNSDORF

Kant wissenschaftlich und familiär

In der Christkönigkirche fand eine gut besuchte Konferenz zu Ehren Immanuel Kants statt

VON UWE HAHNKAMP

In diesem Jahr dreht sich wegen seines 300. Geburtstags weltweit alles um den großen Philosophen Immanuel Kant aus Königsberg. Ein Ort, in dem er vier Jahre lang gelebt und als Hauslehrer gewirkt hat, ist Groß Arnsdorf nahe Mohrunen. Dort wurde er am 8. Juni mit einer populärwissenschaftlichen Konferenz geehrt, welche die Christkönigsgemeinde des Dorfes und die Gesellschaft der Freunde Kants und Königsbergs aus Berlin organisiert hatten.

Spuren von Kant sind außerhalb von Königsberg kaum zu finden, sagt man ihm doch zu Recht nach, dass er aus seiner Heimatstadt so gut wie nie herausgekommen ist. Als junger Mann jedoch war er in Groß Arnsdorf einige Zeit Erzieher der Söhne von Major Karl Friedrich von Hülsen. Im Ort erinnern an diese Tatsache seit 30 Jahren zwei Tafeln auf Deutsch und Polnisch. Außerdem ist bei der Christkönigkirche eine Grünanlage mit einem lebensgroßen Denkmal Kants aus Holz gestaltet worden. Seit dem 8. Juni ist Kant darüber hinaus mit einer Wandmalerei an der Giebelwand der frisch renovierten ehemaligen Schule im Dorf verewigt.

Einen Philosophen im Alltag ehren

Dort begann 1994 die Konzentration auf Kant im südlichen Ostpreußen. Die damalige Schuldirektorin Zofia Bielińska erinnert sich: „Es kam ein Vorschlag von Professor Janusz Jasiński, dem Vorsitzenden der Historischen Gesellschaft in Allenstein, an der Schule zwei Tafeln anzubringen, die an Kants Aufenthalt erinnern.“ Das gelang auch dank der Unterstützung der Deutschen Minderheit in Mohrunen und der Kreisgemeinschaft Mohrunen in der Bundesrepublik. Zur Enthüllung war sogar die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Dorothee



Eröffnete die Veranstaltung: Pfarrer Jarosław Janowicz, Propst der Christkönigkirche

Foto: U.H.

Boden, anwesend. Wegen Schäden an den Tafeln und des schlechten baulichen Zustands der Schule wurden einige Jahre später die Tafeln erneuert und am Glockenturm neben der Kirche befestigt.

Neben den Schrauben, die damals an der Schule die Tafeln hielten, prüfte der Schultheiß von Groß Arnsdorf, Jarosław Maletka, noch einmal den Haken zum Halt der Schärpe, die zu einem großen Teil die neue Wandmalerei zu Kant verdeckte und zur Enthüllung fallen sollte. „Eine Woche haben die Vorbereitungen gedauert, heute noch einmal eine halbe Stunde, und dann fällt das Tuch in zehn Sekunden herunter“, seufzte er, strahlte dabei aber wie die Sonne, die an diesem Sonabend die Einwohner seines Dorfes und ihre Gäste wärmte.

Initiator der Wandmalerei war Leszek Meller, dessen Sohn Sebastian von den Freunden Kants und Königsberg mit Gerfried Horst, dem Vorsitzenden der Freunde Kants, die Konferenz mitorganisierte. Die Sorge um das Andenken Kants im Ort trägt heute vor allem Jarosław Janowicz, der Propst der Christkönigkirche. Partner der Konferenz war außerdem das Staatsarchiv in Allenstein, das vor der Kirche die Ausstellung „Königsberg-Albertina-Kant“ präsentierte. Ihr Direktor Norbert Kasperek widmete seinen Vortrag ebenfalls der Albertina, der Universität von Königsberg, und ihrem Einfluss auf die Republik Polen. Einen vielseitig gebildeten Freund von Kant, Christian Jakob Kraus, nahm sein Kollege vom Archiv Cezary Rzepczyński unter die Lupe.

In Augenschein nahmen die Zuhörer nach den Vorträgen in der mit 200 Personen sehr gut gefüllten Kirche – es folgten noch Forschungen zu Groß Arnsdorf, zur Philosophie Kants sowie zur aktuellen Promotion des Wissens über ihn – eine Sondermarke im Wert von 4,90 Złoty, welche die polnische Post Anfang Juni zum 300. Geburtstag Kants herausgegeben hat.

Gesellig wie Kant selbst

Nach der offiziellen Enthüllung der Wandmalerei durch Meller, Horst und den Gemeindevorsteher von Maldeuten, Marcin Krajewski, ging die Veranstaltung fließend in ein stimmungsvolles Integrationsfest über – zu Ehren Immanuel Kants, der selbst ein geselliger Mensch war.

MELDUNGEN

Kochen in Bunkern

Mauerwald – Vor einem Jahr fand man im Bunkerkomplex des Oberkommandos Heer in Mauerwald Fragmente einer Schmalspurbahn, die zur Errichtung der Anlage verwendet und danach zugeschüttet worden war. In diesem Jahr kamen Überreste von Küchenausstattung und Stahllöfen hinzu. Kein Wunder, gab es doch im Oberkommando Casinos und Küchen, eine Post, eine Sauna und ein Gestüt. Dem Betreiber des privaten Museums auf dem Gelände der Anlage zufolge lagen die Gegenstände einen Meter unter dem Erdboden. Mit einem Bagger soll jetzt tiefer gegraben werden, die dazu nötige Erlaubnis der Oberförsterei Borken als Grundbesitzer und des Denkmalpflegers sind beantragt. Die Schatzsuche begann vor acht Jahren mit der Behauptung, dort seien Elemente des Bernsteinzimmers oder Raubkunst zu finden. U.H.

Festmahl in Gerdauen

Gerdauen – Vom 12. bis 13. Juli findet auf der Burg Gerdauen ein Festival mit dem Titel „Festmahl Gerdauen“ statt. Zu der Veranstaltung werden auch Gäste aus Weißrussland erwartet. Erstmals wurde ein solches Fest im vergangenen Jahr durchgeführt. Da die Burg noch eine Ruine ist, die laut einer Entscheidung aus dem Herbst 2021 wiedererrichtet werden soll, werden für die Zeit des Festivals Zelte für die Besucher aufgestellt. Laut Jewgenij Maslow, dem Chef der regionalen Denkmalschutzbehörde, hat der Eigentümer der Burg bereits einen Investor gefunden. Die Finanzierung soll mithilfe von Spenden an eine Wohltätigkeitsorganisation erfolgen. MRK

ALLENSTEIN

Ist Immanuel Kant immer noch relevant?

Ein sogenannter Philosophie-Slam im Museum der Moderne unterstrich, dass der Philosoph auch heute noch von Bedeutung ist

Ende Mai gingen im Museum der Moderne in Allenstein die fünf Teilnehmer des Philosophie-Slams „Nach 300 Jahren. Relevant? Kant!“ auf spannende und unterhaltsame Weise der Frage nach Kants Aktualität nach. Organisiert wurde er zum Kant-Jahr 2024 von der Gesellschaft der Freunde Kants und Königsbergs in Berlin und der Stiftung „Kunst der Freiheit“ in Hirschberg bei Osterode, um den Zuhörern die Ideen des großen Philosophen aus Königsberg anders und weniger trocken nahe zu bringen.

Immanuel Kant blickte den Vortragenden von der Leinwand aus über die Schulter. Die im Saal des Museums der Moderne präsentierten Nobelpreisträger und Erfinder Ostpreußens schauten interessiert zu, und die fünf Kandidaten des Slams entwickelten in zehnmütigen Vorträgen ihre Gedanken. Olga Żmijewska, die Gründerin und Leiterin der Stiftung „Kunst der Freiheit“, führte auf Deutsch und Polnisch über 50 Gäste durch die allgemein verständliche Philo-

sophie-Schau, die dank der finanziellen Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes möglich wurde.

Müssen schwierige Ideen wie die von und über Kant immer langweilig gezeit werden? Von wegen! Dank kurzer und

knackiger Vorträge wurden die Zuschauer sehr angenehm überrascht. Schwierig war für sie nur die sprachliche Vielfalt des Slams mit Deutsch, Russisch, Englisch und Polnisch, doch dagegen halfen hervorragende Simultan-Übersetzungen.

Exotischste Vertreterin im Kreis der Kandidaten war die seit acht Jahren in der Bundesrepublik lebende Iranerin Marzieh Nasiri. Sie kam mit Kant während des Philosophiestudiums in Teheran in Berührung und sieht in ihm einen politischen Philosophen, eine Bastion der Demokratie, die für ihr Land und besonders die iranischen Frauen wichtig sei.

Den „Schweinehund“ überwinden

Den Reigen auf der Bühne eröffnete jedoch ein Lokalmatador, der Musiker und Doktorand der Philosophie Michał Biedziuk. Er erläuterte den Unterschied zwischen Egoismus und Narzissmus und konzentrierte sich auf den gesellschaftlichen Narzissmus, den manche Politiker an den Tag legen. Als dritte nach Nasiri präsentierte mit Justyna Artym erneut eine Allensteinerin und Studentin der Philosophie ihre Gedanken. Ihr Thema war die Auseinandersetzung der Philosophin Martha Nussbaum mit Kants reiner Vernunft.

Der Vierte im Bunde war der Dozent der Philosophie an der Universität Duisburg-Essen, Jan Podacker. Er hat dem einsamen Wolf Kant eine Frau und Kinder voraus, die einen anderen Blick auf die Philosophie haben. Er sprach über den inneren „Schweinehund“, den es zu bekämpfen gilt, und die Schwierigkeiten beim Befolgen des kategorischen Imperativs von Kant vor allem, wenn er unserer Intuition entgegenläuft.

Den Imperativ hatte sich auch Anna Winkelmann als letzte Kandidatin vorgenommen. Die Russin lebt seit 2022 im Exil in den Niederlanden, gab ein Interview auf Deutsch, hielt ihren Vortrag auf Russisch und nahm begleitet von ihrer Ukulele das Publikum mit auf eine musikalische „kategorische Reise“ – auf Englisch.

Der Lohn für die mutigen Menschen, die auf der Bühne Kant in Schlaglichtern beleuchteten, war lebhafter Beifall. Den ersten Platz teilten sich Justyna Artym und Anna Winkelmann. U.H.



Philosophischer Schlagabtausch: Eröffnung des Wettbewerbs

Foto: U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. Till, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Gottuck, Liesbeth, geb. Jerosch, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. Niedzwetzki, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

Seichner, Waltraud, geb. Ostaschinski, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Jacklewski, Waltraud, geb. Wrase, aus Schlieve, Kreis Mohrungen, am 3. Juli
Kammler, Liesbeth, geb. Pedak, aus Liskan, Kreis Lyck, am 30. Juni
Mekwinski, Heinrich, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 4. Juli
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Spieß, Elfriede, geb. Nowak, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brauer, Edeltraud, geb. Falk, aus Lyck, am 1. Juli
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Gleibs, Gerhard, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 29. Juni
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Manke, Joachim Dr., aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. Korytkowski, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Weiser, Herta-Johanna, geb. Rohmann, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. Mielke, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Eberhardt, Ruth, geb. Nass, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Fischer, Else, geb. Salusko, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Majer, Gertraud, geb. Hellwig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Pfeiffer, Paul, aus Skomanten, Kreis Lyck und Kleschen, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Richter, Ruth, geb. Fritzenwanker, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni

Rüffler, Waltraud, geb. Lenski, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Stawström, Anneliese, geb. Kummertz, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bettker, Otto, aus Wiskiauten, Kreis Fischhausen, am 4. Juli
Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni
Danger, Herta, geb. Bundt, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 29. Juni
Mairose, Elfriede, geb. Mantwill, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Mischel, Erwin, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Juni
Senst, Ruth, geb. Stachhel, aus Mohrungen, am 3. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beseler, Gertrud, geb. Januschkiwitz, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juni
Glaser, Ingrid, geb. Raudies, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Kiy, Günter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni
Kornitzki, Erwin, aus Dosnitten, Kreis Mohrungen, am 29. Juni
Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Haase, Ingetraud, geb. Paleit, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli
Kaffka, Erich, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Maulhardt, Adelgunde, geb. Zerulla, aus Fischhausen
Müller, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Petrucek, Gertrud, geb. Bethke, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Juni
Rock, Siegfried, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Schreiber, Hildegard, geb. Fernholz, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 28. Juni
Wurm, Karl-Heinz, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bitter, Annelore, geb. Bolz, aus Kaiser-Wilhelm-Straße 5, Lyck, am 28. Juni
Krause, Heinz, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 28. Juni
Kunze, Gertrud, geb. Bombeck, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Kuseler, Lotti, geb. Kuschewitz, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Mischke, Anton, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mrotzek, Helmut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Pell, Walter, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni
Schadenberg, Hannelore, geb. Semrau, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Schulzky, Elfriede, geb. Ballay, aus Modelkau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Schweiger, Dietmar, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juli
Stannehl, Hannelore, geb. Dasse, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Wessolowski, Ruth, geb. Kempka, am 28. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bilitza, Helga, geb. Klesz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni
Eisermann, Fritz, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 28. Juni
Fleischer, Helga, geb. Witte, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Heucker, Christel, geb. Samlinski, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 3. Juli
Hofmann, Wilfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Kowalzik, Hans-Albert, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. Juli
Liljeholm, Ursula, geb. Moritz, aus Treuburg, am 4. Juli
Nogga, Manfred, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Olbricht, Else, aus Preußenburg, Kreis Lötzen, am 1. Juli
Pizzo, Ursula, geb. Schulz, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Pokern, Alfred, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 3. Juli
Rogall, Ursula, geb. Diesing, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 28. Juni
Sadra, Reinhold, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Schröder, Hanna, geb. Becker, aus Gumbinnen, am 4. Juli
Wöllner, Irmgard, geb. Sabitzki, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 30. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahlers, Waltraud, geb. Schettkat, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Andree, Edeltraud, geb. Koschorrek, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 29. Juni
Hasse, Horst, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Hermann, Hans-Jürgen, aus Schwiddern, Kreis Lötzen, am 1. Juli
Kröhnert, Reinhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Krusse, Marianne, geb. Keßler, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Otto, Irmgard, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, am 29. Juni
Reck, Heinz, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 3. Juli
Ulle, Edelgard, geb. Holzlehner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 1. Juli

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Wermke, Ulrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Damrau, Ursel, geb. Stankewitz, aus Millau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Fuchs, Veronika, geb. Feder-mann, aus Cranz, Kreis Fischhau-sen, am 28. Juni
Günther, Kurt, aus Ortelsburg, am 3. Juli
Rachor, Gisela, geb. Basmer, aus Goldberg, Kreis Wehlau, am 2. Juli
Rothenberger-Behr, Karin, geb. Neimann, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 3. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE



Zusendungen für die Ausgabe 28/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2024 (Erstverkaufstag 12. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 2. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Mit Kunst zu Kant

2024 wird weltweit an den 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) erinnert. Im Film „Mit Kunst zu Kant“ wählt Regisseurin Anke Kältür einen ungewöhnlichen und ganz persönlichen Zugang zu Kant und seinem Werk: Sie besucht internationale Künstlerinnen und Künstler in ihren Ateliers oder lässt sich ihre Werke in der Ausstellung der Bundeskunsthalle zum Kant-Jubiläum von Kuratorin Agnieszka Lulinska zeigen. Dabei geht sie der Frage nach, warum die Künstlerinnen und Künstler sich in ihren Gemälden, Zeichnungen, Installationen, Mikrogrammen oder Performances mit Kant beschäftigen. Was hat sie jeweils fasziniert – seine Person, ein bestimmtes Werk wie die „Kritik der reinen Vernunft“ oder die Schrift „Zum ewigen Frieden“?

Vorgestellt werden Werke von Leo Katunarić Kadele, Zagreb/Kroatien, Werner Horvath, Linz/Österreich, Philipp Goldbach, Köln, Ralf Peters, Köln, Alevtina Kakhidze, Kyiv/Ukraine, und Anselm Kiefer, Paris. Die große Aktualität für unsere heutige Zeit und das vielfältige Spektrum von Kants The-

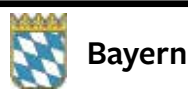
men macht auch der Philosoph Marcus Willaschek in seinen Ausführungen über Kants Philosophie deutlich. Ein Film, der neugierig macht, mehr über moderne Kunst und den Philosophen Kant zu erfahren!

Der Film entstand im Auftrag des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE) und des Vereins Freunde Kants und Königsbergs e.V. in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa (im Rahmen des Jahresthemas 2024 Kant und Königsberg) und mit freundlicher Unterstützung der Karin und Uwe Hollweg-Stiftung. Projektkoordination: Maria Luft (BKGE), auf der Basis des Projekts Immanuel Kant in Werken der modernen Kunst von Matthias Weber und der Publikation „Immanuel Kant 1724 – 2024. Ein europäischer Denker“.

Ab dem 19. Juni ist der Film auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums abrufbar (<https://www.youtube.com/c/DeutschesKulturforum%C3%B6stlichesEuropa>). Eine weitere Präsentation findet am 27. Oktober, um 11 Uhr im Bundesplatzkino Berlin statt.



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommer in Ostpreußen

Hof – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Jahnheim: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zum Thema „Sommer in Ostpreußen“. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Agnes Miegel – Nur eine begnadete Balladendichterin?

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zu ihrer monatlichen Zusammenkunft im Jahnheim. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und wünschte den Geburtstagskindern des letzten Monats viel Glück und Gesundheit.

Nach der Vorstellung des Prominenten des Monats „Manfred Schaefer“ durch Kulturwart Bernd Hüttner stimmte zweite Vorsitzende Jutta Starosta mit dem Gedicht „Es war ein Land“ die zahlreichen Besucher auf das Thema ein. Joachim begann seinen Vor-

trag mit der provokanten Frage, ob Agnes Miegel nur eine begnadete Balladendichterin oder doch eher ein Aushängeschild des Nationalismus war.

Miegel wurde 1879 in Königsberg geboren. Vom Vater erfuhr sie viel über die Geschichte ihrer Heimatstadt, die Mutter brachte ihr Volkslieder und Gedichte nahe. Erste Verse schrieb sie bereits als 15-Jährige, verbrannte diese aber wieder. Bereits 1896 erhielt sie für die Ballade „Elfkönig“ das erste Honorar. Schon damals dichtete sie mit ganz eigener Sprache und zeigte ihre Gedankenwelt. 1901 erschien im Klassikerverlag Cotta ihr erster Gedichtband. Nach verschiedenen Stationen, unter anderem als Erzieherin in England, einer Schwesternausbildung und abgebrochenen Ausbildungen, pflegte sie ihre Eltern bis zu deren Tod. Als nun 40-Jährige fand sie eine Anstellung bei der „Ostpreußischen Zeitung“. Durch ihre Arbeit dort schrieb sie nun auch Prosa und veröffentlichte große historische Erzählungen aus verschiedenen Epochen der ostpreußischen Geschichte. 1907 erschien ihr zweites Buch „Balladen und Lieder“. Zunehmend bekannter werdend, unternahm sie zahlreiche Leserreisen und erhielt bedeutende literarische Preise, zum Bei-

spiel den Schiller-, Kleist- und Herde-Preis, sowie die Ehrendoktorwürde der Königsberger Universität und 1940 den Goethepreis der Stadt Frankfurt.

Sprache der Menschlichkeit

Ihre Themen kamen den neuen Machthabern 1933 sehr gelegen, glaubten diese doch, in Miegels Texten ihre Ideologie wiederzuerkennen. Aber in den Werken der Dichterin findet sich eine deutliche Sprache der Menschlichkeit, Toleranz und Verständigung als höchstes Lebensgesetz. Agnes Miegel liebte ihre Heimat. Die in dieser Zeit geschriebenen Gedichte sind vor allem emotional, nicht politisch zu verstehen. Schon 1940 waren in der Ballade „Nachtgespräch“ Vorahnungen betreffend der Flüchtlingsströme zu erkennen. Entsetzt hörte sie nach dem Krieg von den Gräueltaten der Nationalsozialisten. Sie litt schwer unter ihrem Irrtum Hitler betreffend. Ihr Entnazifizierungsurteil lautete ausdrücklich „unbelastet“.

Nach der Flucht 1945 aus dem zerstörten Königsberg und anderthalb Jahren in einem Lager in Dänemark fand sie mit ihrer Adoptivtochter Elise ihre Altersheimat im niedersächsischen Bad Nenndorf. Von ihren Landsleuten liebevoll „Mutter Ostpreußen“ genannt, schrieb sie Erzählungen und Märchen, die in alle Welt gelangten. Die Veröffentlichung des siebten Bandes ihrer „Gesammelten Werke“ erfolgte kurz nach ihrem Tod 1964. Fünf Jahre später gründeten alte Freunde die Agnes-Miegel-Gesellschaft, die es sich zum Ziel machte, ihr Gesamtwerk in seiner literarischen Qualität in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Zum 10. Todestag der Dichterin wurde in ihrer Wohnung eine Gedenkstätte eröffnet. Auch im heutigen Königsberg ist Agnes Miegel unvergessen.

Joachim schloss seinen interessanten und ausführlichen Vortrag mit der Schilderung einer persönlichen Begegnung mit der Dichterin und deren Gedicht „Die Frauen

von Nidden“. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch ein Frühlingsquiz von Starosta und einem humorvollen Gedicht, das Peter von Lossow vortrug. J. S.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Grillfest

Wetzlar – Sonnabend, 6. Juli, Gaststätte „Zum Matchball“, beim Tennisplatz, Im Bodenfeld: Grillfest.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Sommerstammtisch

Bonn – Dienstag, 9. Juli, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch, lockere Gespräche zu aktuellen Themen – insbesondere aus landsmannschaftlicher Sicht.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 3. Juli, 16 Uhr, TSB-Heim: Grillen. Eine Anmeldung war erforderlich bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170, oder per E-Mail: rehekunde@aol.com.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mittel-deutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten dort einmal entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungsschloßwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130,- Euro) und Einzel-

zimmer (85,- Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de, Internet: www.badnenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Wochenende, 24. und 25. August, Hotel Mercure, Raum Berlin: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 24. August, 11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20; 14 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13; 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen; 17.30 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure; 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin, Hotel Mer-

Fortsetzung auf Seite 16



In jungen Jahren: Agnes Miegel

Foto: LO

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre PrämiePrämie 1:
Leuchtglobus

Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2:
Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

cure mit einem Bildvortrag von Professor Siegmund Fröhlich zum Thema „Reise durch das Land der Prußen“.

Sonntag, 25. August, 10 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Veranstaltungsräume; die Kreisgemeinschaft Treuburg ist zu Gast; 11 Uhr: Feierstunde in den Räumen „Berlin“, „Siegen“ und „Köln“, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure; 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Büchertisch erhältlich.

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin - Donnerstag, 11. Juli, 13 Uhr, Rolandufer 6, Restaurant „Ännchen von Tharau“, nahe S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke: Sommertreffen. Es erwarten Sie Berichte über die Ostpreußentreffen in Anklam und Wolfsburg, auf denen Memel stark vertreten war. Ferner aktuelle Berichte aus Memel.

Ich freue mich, wenn Sie wieder meiner Einladung zahlreich folgen können! Bitte versäumen Sie es nicht, sich aus organisatorischen Gründen rechtzeitig, spätestens eine Woche zuvor, bei mir anzumelden unter Telefon (030) 40100473, bitte auf den AB sprechen, oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de

Hans-Jürgen Müller

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen und Wahl

Herne - Sonntag, 15. September, ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreistreffen.

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa per E-Mail: m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglich-

keit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen. Dieses findet wie gewohnt am dritten Sonntag im September statt.

Sensburg

Kreisvertreter: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Kreistreffen

Remscheid - Sonntag, 14. Juli, 11 Uhr, m/k-Hotel, Bismarckstraße 39: Sensburger Kreistreffen. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Die Feierstunden werden musikalisch begleitet und als Festredner wird Professor Dr. Günther Sokoll dabei sein.

KLAIPĒDAS VOKĒČŪ BENDRĪJA VEREIN DER DEUTSCHEN IN KLAIPĒDA

Besuch in Haren

Memel - Anfang Oktober 2023 empfing der Verein der Deutschen in Memel Vertreter des Heimatvereins Haren (Ems) e.V. und des Gymnasiums Haren im Simon-

Dach-Haus. Im Hermann-Sudermann-Gymnasium erfolgten Gespräche über mögliche gemeinsame Projekte und über eine Partnerschaft zwischen den Vereinen und den Gymnasien. Leider konnte der Heimatverein Haren (Ems) eine Orchesterreise und ein Konzert in Memel im Herbst 2024 nicht realisieren, aber erste Schritte wurden unternommen. Der Heimatverein lud Mitte Juni die Folkloregruppe „Alka“ mit ihren 23 Mitgliedern zur Klassiknacht ein, einem der größten musikalischen Events in Haren. „Alka“ ist eine der ganz wenigen Folkloregruppen, die authentische Musik des Memellandes und im weiteren Sinne des Preußisch-Litauens vorträgt. Memelländische Trachten, alte Musikinstrumente, Lieder, in denen Deutsch und Litauisch vermischt vorkommen, sind die Visitenkarte dieser Folkloregruppe, die im Ethnologischen Zentrum der Stadt Memel beheimatet ist. Mit Rasa Müller, Vorstand und Kulturmanagerin, war auch der Verein der Deutschen in Memel in Haren vertreten. Marta Einars und Asta Alminė hatten eine doppelte Mission, sie vertreten den deutschen Verein und zugleich das Hermann-Sudermann-Gymnasium.

Am 14. Juni besuchten der Verein das Gymnasium Haren, wo die Mitglieder herzlich empfangen wurden. Die Folkloregruppe hat ihr Programm sogar zweimal gezeigt, wobei die Schüler beim Reigen mitgetanzt haben und mehr über das Memelland erfahren konnten.

Der 15. Juni war der große Tag der Klassiknacht an der Mersmühle mit dem Auftritt von „Alka“. Ulrich Schepers, 1. Vorsitzender des

Heimatvereins Haren (Ems), hat die Vertreter des Vereins der Deutschen in Memel als Ehrengäste dem Publikum vorgestellt. Der Abend mit den Auftritten von Akrobaten und irischen Tänzen war kurzweilig. Es freut uns auch, dass das Programm unserer Folkloregruppe mit großem Interesse von zahlreichem Publikum verfolgt wurde. Die volle Aufmerksamkeit galt dem Symphonieorchester und seinem vielfältigen Programm.

Nach dem Konzert kamen die Vertreter des deutschen Vereins aus Memel mit der stellvertretenden Bürgermeisterin, der Schuldirektorin, der stellvertretenden Vorsitzenden des Partnerschaften Forums Haren und anderen ins Gespräch. Eine Stadtführung durch Haren und eine Besichtigung der Orte Meppen, Landegge mit dem Schloss Dankern, Ter Apel in Holland, wobei die Kartbahn und die BattleKart Dankern besonderes Interesse fanden, gab es auch noch. Ohne Schepers' Bemühungen, dessen Vorfahren in Memel lebten und 1944 die Stadt verlassen mussten, wäre die Reise nicht zustande gekommen. Als Dank be-

kam Schepers den Schal, der die Verbindung zwischen dem Verein der Deutschen in Memel und dem Hermann-Sudermann-Gymnasium symbolisiert. Der Verein ist stolz darauf, dass Schepers ihn während der Klassiknacht getragen und seine Symbolik dem Publikum erklärt hat.

Im September wird der Gegenbesuch in Memel erwartet. Durch Ostpreußen werden 50 interessierte Bürger aus Haren und der Gymnasialchor mit 40 Schülern kommen. Der Chor aus Haren wird mit dem Chor des Hermann Sudermann Gymnasiums an einem gemeinsamen Programmproben und danach in der Franziskaner Kirche in Memel auftreten.

Der Verein freut sich auf die Gelegenheit, den Gästen aus Haren das schöne Memelland zu zeigen. Geplant ist, einen Partnerschaftsvertrag zwischen dem Verein der Deutschen in Memel und dem Heimatverein Haren (Ems) zu unterzeichnen. Eine feste und langjährige Partnerschaft zwischen den Vereinen und den Gymnasien wäre sehr wünschenswert.

R. M.



Moderiert die authentische Folkloregruppe Alka an: Rasa Müller, Vorstandsmitglied des Vereins der Deutschen in Memel

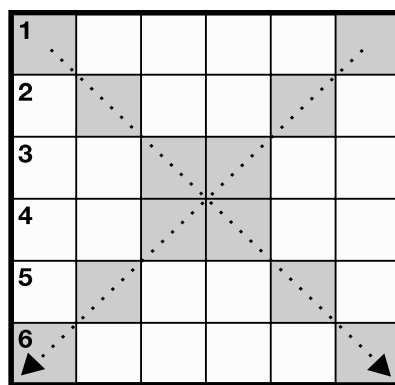
Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'englisch: eins', 'jeder ohne Ausnahme', 'TV-Radiosender (Abk.)', 'Backwerk', 'Holzart', 'enthaltend lebender Mensch', 'Pflanze mit Brennhaaren', 'Bodenfläche, Gelände', 'griechische Friedensgöttin', 'empfindsam, feinfühlig', 'hinterster Teil eines Schiffes', 'steigern, heraufsetzen', 'Küchengerät, Filter', 'Stadt und Fluss in Böhmen', 'Figur bei Lessing', 'Spaß; Unfug', 'Signal zum Rennbeginn', 'Schiffsbesitzer, Reeder', 'symbolkräftiges Schmuckstück', 'Hubschraubeflügel', 'Halbton über f (Musik)', 'zum Verzehr geeignet', 'Schutzkardon für Bücher', 'Ansprache, Vortrag', 'Gepflogenheit, Brauch', 'Nachschlagewerk', 'frühere ital. Währung (Mz.)', 'greiser griech. Sagenkönig', 'Staat in Westafrika', 'Koseform für Großvater', 'Abk. für Zentraler Omnibusbahnhof', 'beschämend', 'Singstimme', 'Altwarenhändler', 'Acker, Nutzland', 'hasten', 'knappes Oberteil (engl.)', 'jedoch, hingegen', 'Längsrinne, Rille', 'Betrieb, Unternehmen', 'ein Europäer', 'Felsenklippe im Meer', 'Papstname', 'Begriff aus der chin. Philosophie', 'Weinstock', 'zarte, anmutige Märchengestalt', 'Zierpflanze; Wappensblume', 'Ausdehnungsbegriff', 'zeitlich später, hinterher', 'spanischer Nationalheld', 'linker Nebenfluss der Fulda', 'hoher, weiter Ball beim Tennis', 'rhythmischer Sprechgesang', 'Beruf in der Viehwirtschaft', 'Himmelswesen', 'Geliebte des Zeus', 'Amts-, Geschäftsbereich', 'Himmelskörper', 'mehrmals, wiederholt', 'Oper von Verdi', 'Bundesstaat der USA', 'Sinnesorgan', 'sich schrittweise fortbewegen', 'locker, wacklig', 'Kirchengalerie', 'Kopfbedeckung', 'Fremdwortteil: neu (griech.)', 'Kegel beim Bowling', 'Versehen, Fehler', 'amerikanischer Tanz (Kzw.)', 'je, für (lateinisch)', 'die Lage, Richtung bestimmen', 'Zahlen Glücksspiel', 'Platz, Stelle', 'Eingang', 'munter, lebhaft', 'Farbe', 'fließend, hellviolett', 'Helfer in der Not', 'rätselhafte Weisung', 'Herrscherstuhl', 'Fischeier', 'Lebenshauch', 'böse, schlimm', 'deutsche Skiläuferin (Martina)', 'deutlich', 'Ausruf der Verwunderung', 'Kfz-Zeichen Hansestadt Rostock', 'französisches Adelsprädikat', 'Titelheldin bei Jane Austen', 'Fleck; Zeichen', 'kleine Metallschlinge', 'Schlüssel einer Geheimschrift', 'Zaubergewalt über Personen', 'sich rentieren, von Nutzen sein', 'PAZ24_26'

Sudoku

A 6x6 Japanese number puzzle grid. The grid contains numbers 1-9 in some cells, with empty cells for the solver to fill. The numbers are: Row 1: (1,2)=9, (1,3)=5, (1,4)=7, (1,5)=3; Row 2: (2,1)=2, (2,2)=3, (2,5)=6, (2,6)=5; Row 3: (3,4)=6; Row 4: (4,1)=7, (4,2)=2, (4,3)=4, (4,4)=3, (4,5)=8, (4,6)=1; Row 5: (5,1)=9, (5,6)=3; Row 6: (6,1)=5, (6,2)=1, (6,3)=9, (6,4)=8, (6,5)=4, (6,6)=7; Row 7: (7,4)=3; Row 8: (8,1)=1, (8,2)=4, (8,5)=2, (8,6)=6; Row 9: (9,2)=7, (9,3)=2, (9,4)=6, (9,5)=9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

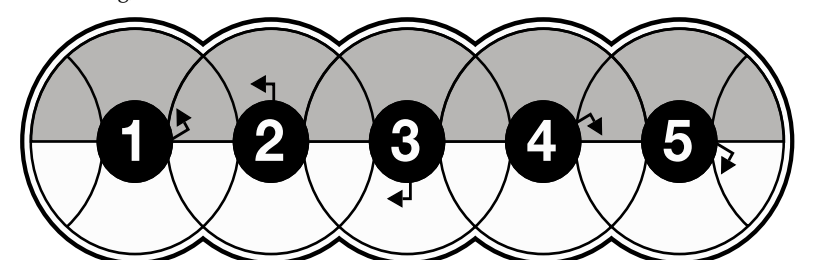
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bootstypen.

- 1 Arbeitsniederlegung
- 2 Blume des Bieres; Gisch
- 3 Bruchteil
- 4 religiöser Brauch; Zeremoniell
- 5 Verliererin bei einem Wettkampf
- 6 Neuerfindung (englisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für hochachtungsvoll.

- 1 asiatischer Affe, 2 Sieger, Bester, 3 Südslawin, 4 Kurzwort für Jugendliche(r), 5 beständig, kontinuierlich



Ostpreußisches Landesmuseum



Programm für den Monat Juli

Ausstellung

Noch bis 13. Oktober: „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung.

Veranstaltungen

Mittwoch, 3. Juli, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro (inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) Wiederholungstermin: **Kants Freunde - Kaleidoskop der Welt. Führung und Vortrag mit Dr. Tim Kunze im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“**. Keinen Tag verbrachte Kant ohne seine Freunde, berühmt wurden seine Tischrunden im Alter. Dr. Tim Kunze, Kurator der aktuellen Kant-Ausstellung, stellt in Führung und Vortrag die Freunde Kants vor und fragt nach ihrer Bedeutung für sein Denken. Er bietet einen Einblick in die reiche Kulturwelt Königsbergs und eröffnet einen neuen, konkreten Blick auf das Leben und Denken Immanuel Kants. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131)

759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 7. Juli, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg, öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Katja Eichhorn**. Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 9. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro: **Was ist Schönheit? Philosophischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Oskar Freitag**. Die Kinder beschäftigen sich mit dem Begriff der Schönheit. Was versteht die Gruppe unter Schönheit und was ist Schönheit für Kant? Nach einem ersten Einstieg wird der Schönheit in der Ausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ nachgegangen und anschließend eigene Konzepte von Schönheit malerisch umgesetzt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung un-

ter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 11. Juli, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **Welches Tier lief denn hier? Kinderclub mit Noemi Ronge**. Bei einem Besuch der Naturabteilung werden die Kinder zu Naturdetektiven und lernen Tierspuren zu erkennen. Mit einem selbst hergestellten Fährtenführer können die Kinder auch in Zukunft in Feld, Wald und Wiese die richtigen Spuren lesen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 16. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro: **Was macht ein Philosoph? Philosophischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Dr. Jörg Bernardy**. Die Kinder beschäftigen sich mit den Tätigkeiten eines Philosophen, vor allem dem Stellen der richtigen Fragen. Nach einem ersten Ein-

stieg wird den Gedanken und Fragestellungen Kants in der Ausstellung 11Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ nachgegangen, anschließend werden Bilder und Fragen kreativ und schriftlich umgesetzt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Der Maler und Grafiker Lovis Corinth im Ostpreußischen Landesmuseum Führung und Vortrag mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“**. Lovis Corinth zählt zu den bedeutendsten Künstlern Ostpreußens. In dieser Führung mit Vortrag werden bedeutende Gemälde und verschiedene Entwicklungsstufen des Malers und Grafikers einem genaueren Blick unterzogen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 23. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro Eintritt: **Was ist Frei-**

heit? Philosophischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Berit Krondorf.

Die Kinder beschäftigen sich mit dem Begriff der Freiheit. Was versteht die Gruppe unter Freiheit und was ist Freiheit für Kant? Nach einem ersten Einstieg wird der Freiheit in der Ausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ nachgegangen und anschließend kreativ der Freiheit der Kunst nachgespürt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 25. Juli, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **„Kindheit bei Kant – Jung sein im 18. Jahrhundert“**. Kinderclub mit Oskar Freitag.

Bei einem Besuch der Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ erfahren die Kinder, was Kindheit früher, zu Kants Zeiten, bedeutet hat. Wo liegen Unterschiede zu heute und wie sehen die Kinder ihre eigene Kindheit? Diese Fragen werden diskutiert und kreativ umgesetzt. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose

Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 30. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro: **„Wie arbeitet ein Schriftsteller?“ Philosophischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Katja Eichhorn**.

Die Kinder beschäftigen sich mit der Arbeitsweise von Autoren und Schriftstellern. In der Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ und der Dauerausstellung wird den Arbeitsweisen von Autoren nachgegangen und anschließend eigene Geschichten malerisch und schriftstellerisch umgesetzt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Noch freie Plätze für die Studienreise nach Ahrenshoop

Künstlerkolonien im Vergleich: Ahrenshoop - Nidden - Schwaan: Studienreise nach Ahrenshoop, Schwaan und Ribnitz-Damgarten vom 8. bis 10. Oktober: Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Jörn Barfod, Autor des Buches „Nidden: Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“. Kostenbeitrag: 410,- Euro im Doppelzimmer (Einzelzimmer-Zuschlag 110,- Euro)

Als Künstler am Ende des 19. Jahrhunderts das Land für sich entdecken, stießen sie an der Ostseeküste auf das Fischerdorf Ahrenshoop. Zu den ersten, die sich ab 1892 dort ansiedelten, gehörte Paul Müller-Kaempff (1861-1941), der als Begründer der Malerkolonie gilt. Im Jahr 1894 errichtete er die erste Malerschule, das heutige Künstlerhaus Lukas. Aus der Malerkolonie entwickelte sich ein Künstlerort mit besonderer Ausstrahlung, der bis heute Künstler und Künstlerfreunde in seinen Bann zieht. Die Künstlerkolonie Nidden entwickelte sich wiederum ab etwa 1880 im Fischerdorf Nidden um das Gasthaus von Hermann Blode. Hier traf sich im Sommer ein Kreis von Künstlern mit dem Maler Ernst Bischoff-Culm (1870-1917) und weiteren. Hieraus erwuchs der später weithin bekannte Ruf als Künstlerort auf der Kurischen Nehrung.

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise nach Ahrenshoop und Schwaan ein. Erfahren Sie mehr über die Geschichte der Künstlerkolonien in Deutschland. Welche Faktoren trugen zu ihrer Entstehung bei?

Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie prägten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild der Orte? Welche Kunststile und -techniken waren besonders populär? Während der Exkursion haben Sie die einzigartige Möglichkeit, Parallelen und Unterschiede der Künstlerkolonie Ahrenshoop zur ostpreußischen Künstlerkolonie Nidden festzustellen, da das Kunstmuseum Ahrenshoop vom 21. September bis zum 30. März 2025 die Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden“ zeigt. Auf dem Programm steht

auch eine Besichtigung des Kunstmuseums in Schwaan, das ausdrucksstarke Landschaften der Künstlerkolonie Schwaan im 19. und 20. Jahrhundert zeigt. Diese Künstlerkolonie wird oft als Worpswede von Mecklenburg bezeichnet. Die Besichtigung des Bernsteinmuseums in Ribnitz-Damgarten rundet das Programm ab. Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum; Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Telefon (04131) 7599515; E-Mail: a.kern@ol-ig.de



FOTO: OSTPREÜSSISCHES LANDESMUSEUM

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Wir nehmen Abschied von unserem Ehrenmitglied

Horst Tuguntke

* 25. 1. 1931 † 24. 5. 2024
Wartenburg, Ostpr. Hagen

Der Verstorbene war seit 1955 Mitglied, seit 1985 Schriftführer und Pressesprecher der Kreisgemeinschaft. Er war beteiligt an dem Zustandekommen des Freundschaftsvertrages zwischen der Gemeinde Hagen a.T.W. und seinem Geburtsort Wartenburg und des Patenschaftsvertrages zwischen der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land und dem Landkreis Olsztyn in Polen.

In all den Jahren unserer Zusammenarbeit haben wir seine herzliche Art und seine fachliche Kompetenz geschätzt. Seinen Angehörigen gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.

Kreisgemeinschaft Allenstein e.V.

Der Vorstand

Andreas Galenski	Andreas Grunwald	Artur Korczak	Jan August Hacia
------------------	------------------	---------------	------------------



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Horst Tuguntke

* 25. Januar 1931 † 24. Mai 2024
in Wartenburg in Hagen

Der Verstorbene war langjähriges Vorstandsmitglied und Schriftführer der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land sowie Schriftleiter des jährlich erscheinenden Heimatjahrbuchs.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO Herrn Horst Tuguntke im Jahre 2001 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

INDUSTRIE IN OSTPREUSSEN

Schnittige Autos aus Elbing

Komnick-Automobile waren bis Ende der 1920er Jahre erfolgreich – In den 1930er Jahren begann der Niedergang

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das vorwiegend agrarisch geprägte Ostpreußen war einige Jahrzehnte lang auch ein Zentrum der deutschen Automobilindustrie. Dies resultierte vor allem aus dem Wirken von Franz Komnick. Der gelernte Schmied gründete 1906 auf dem ehemaligen Gelände der Leinen-Industrie AG in Elbing eine Maschinenfabrik mit angeschlossenem eigenem Stahlwerk, das im Jahr darauf erste Personenkraftwagen auf den Markt brachte. Zuvor hatte sich Komnick bereits als Erfinder und Hersteller von Wasserhebewerken, Dampfdreschmaschinen und -pflügen sowie Pressen für die Herstellung von Kalksandsteinziegeln einen Namen gemacht.

Die Komnick-Automobile wirkten von Anfang an recht schnittig, weil der Kühler hinter dem Vierzylinder-Reihenmotor saß, und bewährten sich auf den vom Kaiserlichen Automobilclub veranstalteten Prinz-Heinrich-Fahrten von 1907 und 1908, der Riga-Fahrt des Ostdeutschen Automobilclubs 1910 sowie der Großfürstin-Victoria-Fahrt von Königsberg nach Sankt Petersburg 1912. Bei der großen russischen Kaiserpreis-Fahrt von Sankt Petersburg nach Sewastopol auf der Krim belegte ein Wagen aus dem Hause Komnick 1911 sogar den ersten Platz.

Modelle aus dem Hause Komnick

Zwischen 1908 und 1914 baute die Komnick-Maschinenfabrik sieben verschiedene Pkw-Typen, die vor allem in Königsberg, Danzig und Elbing etliche Liebhaber fanden. Dazu kamen ab 1913 auch Lastkraftwagen mit drei beziehungsweise fünf Tonnen Nutzlast und Stahlguss-Speichenrädern samt Vollgummireifen. Ab Mitte 1914 lieferte Komnick dann nur noch Lkw für das Militär aus.

Infolge der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges gelangte das bislang westpreußische Elbing zu Ostpreußen. Gleich-



Einst ein erfolgreiches Unternehmen: In der Komnick-Fabrik (o.) wurden Qualitätsfahrzeuge hergestellt, die der gelernte Schmied Franz Komnick (u.r.) entwickelt hatte. In der Mitte ein Firmenschild

Fotos: Bildarchiv Ostpreußen



zeitig geriet die Firma Komnick in wirtschaftliche Schwierigkeiten: Der Absatz stockte aufgrund des Ausbleibens von Staatsaufträgen, zudem mangelte es an Material und Arbeitskräften. Um mehr Kapital zu erlangen, wurde das Unternehmen Franz Komnick & Söhne im Mai 1922 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Diese startete anschließend ihr neues Pkw- und Lkw-Programm. Daraus resultierte eine breite Produktpalette, zu der von Josef Vollmer entwickelte Pkw C2 mit zuletzt 45 PS, der bis 1927 gebaut wurde, die Lkws der Typen 3W, 5L, 5W, 1T und 2T

sowie der Bus 2N und zwei Arten von 40-PS-Universal-Traktoren gehörten.

Als Abnehmer der Nutzfahrzeuge und Reisebusse fungierten die Reichswehr, die Reichspost, die Schutzpolizei, diverse Behörden sowie etliche städtische Verkehrsbetriebe und private Busunternehmen. Die große Nachfrage verdankte die Komnick AG der Qualität ihrer Produkte, die sie auch erneut bei internationalen Wettbewerben unter Beweis stellte. So gewannen die Komnick-Lkws gemeinsam mit den Lastkraftwagen der Daimler-Motoren-Gesellschaft 1924 die über 5300 Kilo-

meter führende Allrussische Zuverlässigkeitsfahrt von Leningrad nach Tiflis. Dazu kam 1925 ein erster Preis für die beste Gesamtleistung bei der Internationalen Allrussischen Automobil-Prüfungsfahrt Leningrad-Moskau-Kursk.

Dennoch machte die Komnick AG in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zunehmend Verluste. Die dringend erforderliche Steigerung der Produktion wäre nur durch den Übergang zur Fließbandfertigung möglich gewesen, doch für die dazu nötigen Investitionen fehlten die finanziellen Mittel. In dieser Situation soll-

ten staatliche Darlehen helfen, und zunächst war die Preußische Staatsbank auch bereit, 667.000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Doch dann wurde die Kreditzusage im März 1930 zurückgezogen, weil Berlin die Meinung vertrat, dass es für die Förderung der ostpreußischen Großindustrie ausreiche, die Elbinger Schichauwerke mit Staatsgeldern zu sanieren. Also musste die Komnick AG am 2. April 1930 Konkurs anmelden, woraufhin sie von der Büssing AG übernommen wurde.

Demontage nach 1945

Diese führte die Produktion der Komnick-Fahrzeuge eine Zeitlang fort, ließ schließlich aber auch in der Elbinger Niederlassung nur noch Büssing-Busse montieren. Der inzwischen 73 Jahre alte Komnick und dessen Söhne gründeten parallel dazu in den verwaisten Hallen des Elbinger Flugplatzes eine neue Familiengesellschaft zur Herstellung von Dampfmaschinen und Ölmotoren. Außerdem schickte die Reichspost aufgrund der guten Erfahrungen mit der Komnick AG ihre Postbusse, Telegraf-Bautruppewagen und Schlepper weiterhin zur Grundüberholung nach Elbing. Ebenso begann die Firma F. Komnick & Söhne GmbH damit, in großem Stil Fahrzeuge der Pkw-Hersteller BMW, Ford und Fiat zu reparieren. Und schließlich avancierte Komnick 1939 auch noch zur Hauptwerkstatt des KdF-Wagens für Ostpreußen.

Die Geschichte der Elbinger Büssing-Niederlassung und des Komnick-Werkes endete im Januar 1945, als die Rote Armee in die Stadt einrückte und die Beschäftigten mit den letzten vorhandenen Fahrzeugen nach Westen flohen. Danach erfolgte eine Demontage der Fabrikanlagen, die als Reparationsleistung an die Sowjetunion gingen. Heute erinnert kaum noch etwas an die Automobilherstellung in Ostpreußen. So existieren mit Ausnahme einiger weniger Traktoren keine originalen Komnick-Fahrzeuge mehr.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wo die „Gruba“ der gute Onkel der Stadt ist

Die alte Grube von Rybnik hat ihren Weg durch den Strukturwandel gefunden

Es sei die bestgelungene Umstrukturierung einer Grube zum Kulturobjekt polenweit, heißt es seitens des Vereins Polnischer Stadtplaner. Dieser hatte die historische Hoymgrube [Kopalnia Ignacy] im ober-schlesischen Rybnik 2022 mit dem ersten Preis seines Wettbewerbs für die Gestaltung des öffentlichen Raumes gekürt.

„Hoym-Gruba“, „Onkel-Gruba“, so beschreiben die letzten Arbeiter des 2008 stillgelegten Bergwerks ihren einstigen Arbeitsplatz. Seit 88 Jahren trägt die Grube offiziell den Namen Ignacy, doch kaum jemand von den Einheimischen nutzt die polnische Bezeichnung. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 annektierte Polen die Stadt Rybnik und einen großen Teil des Kreises. Die Stadt hatte mit über 70 Prozent für Deutschland, die Umgebung mehrheitlich für Polen gestimmt.

Die Hoymgrube bekam 1936 zu Ehren des damaligen polnischen Präsidenten Ignacy Mościcki (1867–1946) den Namen „Ignacy-Grube“, die Kumpel aber blieben dem deutschen Namen treu. „Jeder kannte hier jeden, in der Hoymgrube waren fast ausschließlich Einheimische beschäftigt“, so der emeritierte Elektriker Norbert Bąk. Seine Erinnerungen und die anderer Arbeiter kann man in dem historischen Bau-

werk in der ulica Mościckiego in Rybnik-Niewiadom erfahren.

Dass die Hoymgrube im ober-schlesischen Kohlerevier nicht verfiel, ist den ehemaligen Grubenarbeitern und Enthusiasten der Industriearchitektur zu verdanken. Ab 2015 wurden die Grubengebäude sukzessive saniert; als letztes sind 2022 der Schachtkopf und die Maschinenhalle des Schachtes Grundmann (Kościszko) für Besucher zugänglich gemacht worden.

Die Geschichte des Bergwerks begann 1788, als der preußische König Friedrich Wilhelm II. vom Grafen Anton Wengersky das Städtchen Rybnik mit 24 Dörfern kaufte. Damit gingen auch alle auf diesem Gebiet befindlichen Hüttenwerke in königlichen Besitz über. Zur Verwaltung dieser Betriebe wurde im selben Jahr das „Königliche Hüttenamt in Rybnik“ eingerichtet, das der Schlesischen Kriegs- und Domänenkammer in Breslau unterstellt war. Zu dieser Zeit wurden in Schlesien Versuche unternommen, Koks zur Eisenschmelze in Hochöfen zu verwenden. Aus diesem Grund veranlasste der Direktor des Oberbergamtes in Breslau, Friedrich Wilhelm von Reden (1752–1815), die Kohlesuche auf königliche Kosten. Mit der

Suche nach „dem schwarzen Gold“ wurden Bergat Ernst Reichardt und der beedigte Bergmann Salomon Isaac beauftragt.

1788 entdeckten sie Steinkohlevorkommen in der Umgebung von Czernitz [Czernica], Niewiadom und Czerwionka. Ein Jahr später folgen Berichte über weitere Funde in Rydułtau [Rydułtowy] oder Pschow [Pszów]. Diese Vorkommnisse veranlassten das Königliche Hütten-

amt in Rybnik weiterzusuchen. In Birtultau [Biertułtowy] stieß man auf ein mächtiges Flöz, und 1792 wurde dort eine Versuchskohlengrube gegründet, die später „Hoym“ genannt wurde. Benannt wurde sie nach dem preußischen Minister für die Provinz Schlesien, Karl Georg Heinrich von Hoym. 1794 ordnete er eine Inspektion der Anlage an.

Mit der Eröffnung der Eisenbahnlinie 1856 nahm die Produktion der Hoymgru-

be von Jahr zu Jahr zu. Dampfmaschinen zur Entwässerung und später zur Förderung kamen zum Einsatz. 1874 wurde der Schacht Grundmann (Kościszko) und 1899 der Schacht Oppurg (Głowacki) eröffnet. Diese wurden zu Hauptschächten. Der Schacht Grundmann wurde 1995 stillgelegt, 2008 fand die letzte Ausfahrt der Arbeiter über den Schacht Oppurg statt und der Dampf für die Fördermaschinen wurde abgestellt.

Im Schachtkopf Grundmann befindet sich heute eine interaktive Ausstellung zum Zeitalter der Dampfmaschinen. Besucherliebling ist der Wasserturm, von dem aus man bei gutem Wetter die Hohe Tatra und das Riesengebirge sehen kann.

Derzeit lockt die Hoymgrube mit einer Sonderausstellung, die über Frauen in der Industrie erzählt. Auf das Thema kam Kurator Mariusz Gąsior vom Schlesischen Museum zu Kattowitz [Katowice] beim Sortieren von Fotografien aus dem Ersten Weltkrieg. Er habe dabei erstaunlich viele Bilder von Frauen bei Schwerarbeit entdeckt, sagt er. Sein Augenmerk habe er besonders auf die beiden Weltkriege gerichtet. Die Fotoausstellung wird noch bis zum 30. Dezember in der Galerie der Hoymgrube gezeigt. Chris W. Wagner



Nach liebevoller Sanierung: Ehemalige Hoymgrube in Rybnik

Foto: Wagner

POMMERSCHES ARCHIVWESEN

Tatkräftiger Archivar

Karl Robert Klempin – Maßgeblicher Wegbereiter der modernen pommerschen Geschichtsschreibung

VON MARTIN STOLZENAU

Der Historiker Karl Robert Klempin, der das pommersche Archivwesen mit großem Engagement vorantrieb, kam aus Swinemünde. Mit Leopold von Ranke hatte er zudem einen berühmten Lehrer und Förderer. Bis zu seinem Tod vor 150 Jahren war es sein Lebensinhalt, die Geschichte Pommerns zu archivieren.

Klempin entstammte einer pommerschen Pastorenfamilie, die in allen Generationen Theologen hervorgebracht hatte. Allein sein Vater bildete eine Ausnahme. Er ist als Kaufmann in Swinemünde überliefert, wo der Sohn am 19. November 1816 geboren wurde.

Nach gesicherten Verhältnissen in der Kindheit brach für die Familie 1829 eine Welt zusammen. Der Vater starb früh. Die verwitwete Mutter musste ihre insgesamt fünf Kinder nun allein großziehen. Karl Robert besuchte nach der Stadtschule in Swinemünde trotzdem das Gymnasium in Stettin und entwickelte unter dem Einfluss seines Lehrers Ludwig Giesebrecht früh ein besonderes Interesse für Geschichte.

Berühmte Lehrer

Klempin ging anschließend nach Berlin, studierte außer Philologie und Philosophie vor allem Geschichte und hatte berühmte Lehrer. Das reichte von Friedrich Adolf Trendelenburg über August Boeckh und Johann Gustav Adolf Droysen bis hin zu Leopold von Ranke, der ihn bald in sein Seminar integrierte und in seine persönliche Obhut nahm.

Ranke war es auch, der ihn zur Untersuchung der Vinetasage führte und dann zu einer Biographie des Bischofs Otto von Bamberg anregte. Das hatte seine erste „gelehrte kritische Abhandlung“ in den Baltischen Studien von 1842 zur Folge. 1845 wurde Klempin promoviert. An-



Aus Pommersche Lebensbilder, Band I. Stettin, Saunier 1934: Karl Robert Klempin, 1874 wurde er mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse ausgezeichnet

schließend arbeitete er nach Rankes Vermittlung in Greifswald als Privatdozent. Er las zu Geschichtsthemen und arbeitete parallel zu verschiedenen Veröffentlichungen an seiner Habilitation. Allerdings musste er seine Tätigkeit aus Krankheitsgründen zeitweilig unterbrechen, da er sich arbeitsmäßig übernommen hatte.

Leiter des Provinzialarchivs

Danach war es erneut Ranke, der ihn nach seiner Genesung, die er in Swinemünde erreichte, einen Neustart ermöglichte. Klempin wurde 1855 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Stettiner Provin-

zialarchiv, das nach einer Modernisierung verlangte. Der neue Mann legte los, schuf neue Strukturen sowie Zugriffsbedingungen und begann, die ungenutzten Materialien aufzuarbeiten. 1857 übernahm er die Leitung des Provinzialarchivs.

Klempin führte das veraltete Archivwesen in die Moderne, sorgte für eine enge Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde“ und erschloss nun systematisch die großen Bestände. Dazu gehörte die neuartige Erfassung des gesamten pommerschen Urkundenbestandes. Das war eigentlich eine Jahrhundertaufgabe,

die Klempin aber in wenigen Jahren bewältigte. Damit legte er die Basis für die wissenschaftliche Erschließung der Geschichte Pommerns im Stile Rankes.

Dabei stieß der Neuerer auf riesige Bestände an Schriftstücken ohne jede Zuordnung, die vergessen schienen. Das war eine Fundgrube, die er nutzte. Im Ergebnis dessen veröffentlichte Klempin 1859 eine Quellensammlung mit dem Titel „Diplomatische Beiträge zur Geschichte Pommerns aus der Zeit Bogislaws X.“

Parallel erhielt der Archivchef mit Gustav Adolf Kratz einen tüchtigen Hilfsarbeiter, der ihm fortan zur Seite stand. Mit Kratz zusammen brachte er 1863 die nächste große Quellenpublikation über die pommersche Ritterschaft vom 14. bis zum 19. Jahrhundert heraus, die sich als grundlegendes Handbuch zur pommerschen Geschichte erweisen sollte.

Erneut wichtige Publikation

Dazu gesellte sich eine dritte große Sammlung: „Die Städte der Provinz Pommern“. Als Kratz 1865 starb, war das ein großer Verlust für Klempin, der danach den „Codex Pomeraniae diplomaticus“ allein weiterführen musste. Dabei kamen viele Urkunden ans Licht, die ebenfalls lange Zeit vergessen waren. Für dieses spektakuläre Urkundenbuch bewilligte der Landtag sogar ohne Diskussionen die erforderlichen Mittel.

Auch Klempin war es nicht vergönnt, diesen umfangreichen Codex zu beenden. Er kränkelte, litt an einem ausufernden Augenleiden und musste sich ab 1870 mehreren Operationen unterziehen. Seine Arbeit bedeutete ihm alles. Doch letztlich musste er seiner Überarbeitung gesundheitlichen Tribut zollen. Klempin starb am 29. April 1874 im Klosterhof in Stettin im Alter von 57 Jahren. Heute gilt er unter Fachleuten als maßgeblicher Wegbereiter der modernen pommerschen Geschichtsschreibung.

BRASILIEN

Pommern in Brasilien

Internetzeitung „Folha Pomerana“ eingestellt

Gesundheitliche Gründe haben die Herausgeber dazu bewogen, die brasilianisch-deutsche Internetzeitung „Folha Pomerana“ mit der 516. Ausgabe einzustellen. Die Herausgeber danken ihren treuen Lesern für ihr Interesse an der „Folha Pomerana“ und für das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter für ihre vielen interessanten Beiträge, welche die beliebte Zeitung so lesenswert und weltweit bekannt gemacht hat.

Um das Deutschtum in Brasilien auch weiterhin zu unterstützen, wird aus Anlass des 200. Jahrestages der deutschen Einwanderung am 25. Juli das Buch „História do Povo Pomerano“ erscheinen, in dem auch 173 Beiträge aus dem brasilianischen Teil der „Folha Pomerana“ dokumentiert werden.

Eine deutsche Ausgabe unter dem Titel „Die Geschichte der Pommern in Brasilien“ ist bereits geplant. Helmut Kirsch



Publikation: Zum 200. Jahrestag der Einwanderung nach Brasilien

Foto: Seibel

STETTIN

Musik verbindet!

Zwei Jubiläen im Zeichen der Musik

Es ist gleich ein doppelter Geburtstag: In diesem Jahr jährt sich die Einweihung des Stettiner Konzerthauses zum 140. Mal – und die Einweihung der Philharmonie in ihren neuen Räumlichkeiten zum zehnten Mal. Die musikalische Tradition der Vorkriegszeit wird in Stettin mit Erfolg fortgesetzt.

Das einstige Konzerthaus in der Augustastraße wurde von dem Berliner Architekten Franz Schwechten erbaut. Die Grundsteinlegung erfolgte am 2. Mai 1883 und die Einweihung am 18. Oktober 1884. Im Erdgeschoss des Gebäudes gab es ein exklusives Restaurant und ein Wiener Café sowie im ersten Stock den großen und kleinen Konzertsaal. Außerdem Räume, die für Kunstausstellungen, wissenschaftliche Vorträge und weitere Anlässe

genutzt wurden. Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg zwar stark beschädigt, die Fassade blieb jedoch erhalten. Leider entschied man sich 1962 für einen Abriss.

Die Philharmonie in Stettin wurde 1948 gegründet und erhielt ihren Namen nach Mieczysław Karłowicz. Die Philharmoniker traten bis 2014 im Rathaus Stettin auf. Im April 2011 begann der Bau des neuen fünfgeschossigen Gebäudes auf dem Platz des Konzerthauses mit zwei Konzertsälen (953 und 192 Plätze), auf der Bühne ist Raum für 120 Musiker und 110 Sänger. Am 14. September 2014 wurde die neue Philharmonie feierlich eingeweiht. Das außergewöhnliche Gebäude wurde 2014 mit dem Mies-van-der-Rohe-Preis für „Herausragende europäische Architektur“ ausgezeichnet. B. Stramm



Zwei Jubiläen: Das Konzerthaus einst (l.) und die 2014 eingeweihte Philharmonie

MELDUNGEN

Eisbrecher, Zucker und Buchenallee

Hamburg – Der Dampfeisbrecher „Stettin“ lädt vom 24. Juni bis 11. Juli zwischen 10 und 18 Uhr zu Schiffsbesichtigungen in Flensburg ein. Am 15. Juli läuft er nach Kiel aus, am 16. Juli trifft er in Brunsbüttel (Kanal) ein. Und am 17. Juli setzt die „Stettin“ ihre Fahrt nach Büsum fort. TS

Greifswald – Am 5. Juli findet in der pommerschen Universität die Verabschiedung des Kunsthistorikers Michael Lissok in den Ruhestand statt. Neben einer Rede von Kilian Heck sowie einer Laudatio durch Gerd-Helge Vogel ist ein Rügen-Vortrag von Haik-Thomas Porada geplant. TS

Köslin – Am 22. Juni haben Transportarbeiter und Spediteure Straßen bei Köslin blockiert. Die Transportunternehmen protestieren damit gegen die Niederlassung von russischer und weißrussischer Konkurrenz. Auch wollen sie Unterstützung beim Austausch von Fahrtenschreibern. TS

Demmin – Am 22. Juni fand das 38. Demminer Kolloquium zum Thema „Museen in Vorpommern – Geschichte und Neuanfänge“ statt. Bestandteil der Veranstaltung war auch die Verleihung des Dr.-Dagobert-Nitz-Forschungspreises für pommersche Landesgeschichte. TS

Stettin – Das Stettiner Stadtmuseum an der Hakenterrasse zeigt noch bis zum 8. September eine Ausstellung zu pommerschen Trachten. Gezeigt werden die Jamunder, die Pyritzer, die Mönchguter Tracht und weitere – präsentiert werden sie als originale Kleidung, in Fotos und ikonographischer Darstellung. Viele Objekte werden der Öffentlichkeit erstmalig gezeigt. ZS



Pommersche Tracht

Bütow – Die Fassade der Elisabeth-Kirche am Bütower Marktplatz, die nach Stülers St.-Matthäus-Kirche in Berlin-Tiergarten errichtet wurde, soll für etwa 115.000 Euro saniert werden. Die Kirche war bis 1945 protestantisch. Der letzte deutsche Pfarrer war Walter Genge. TS

Pollnow – Die Buchenallee zwischen Pollnow und Köslin wurde dank Umweltaktivisten im vergangenen Jahr als Naturdenkmal in das Denkmalregister aufgenommen. Das Straßennamnt bekräftigte nun nach Kritik am Zustand, dass die 281 alten Buchen aktiv überwacht und gepflegt werden. TS

Pasewalk – Der Ueckermünder Ben Zucker hat am 7. Juni seine Single „Wir stoßen an“ veröffentlicht. Er als einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Musiker mit 400.000 verkauften Einheiten seines Soloalbums und über 50 Millionen Video-Streams. TS

„... ein Recht auf volle Aufklärung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Hochinteressanter Artikel. So etwas kann man nur in der PAZ lesen. Danke dafür!“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Von preußischen Göttern zum Christentum (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 24

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SUMPFF DER INKOMPETENZ
ZUM LESERBRIEF: NICHT ÜBERALL ZU LESEN (NR. 24)

Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen, Herr Dr. Tietze, bedanken, dass nochmals mit Ihrer Hilfe darauf verwiesen wurde, was ich persönlich von dieser Regierung halte: Sie ist ein grünroter Sumpf der Inkompetenz. Massenverdummungen, gleichgeschaltete Medien und die totale Ideologisierung der Gesellschaft halten sie am jämmerlichen Leben.

Danke auch an den Autor des Wochenrückblicks, der mit „Die große Ablenkung“ in der PAZ-Ausgabe Nr. 23 diese Einschätzung mit – wie immer – großer Kompetenz im aktuellen Detail belegt.

Manfred Kristen, Freital

ZU VIELE SCHWARZE STIFTE
ZU: MEHR DURCHBLICK IN SACHEN CORONA (NR. 24)

Geschwärzte Protokolle für eine dunkle Zeit voller Konkurse. Wie viele Firmen sind verschwunden, und dass nicht krankheitsbedingt, sondern aufgrund der Lockdowns? Ich finde, dass die Menschen ein Recht auf volle Aufklärung haben und nicht auf geschwärzte Protokolle.

Es gab schon einmal ein geschwärztes Protokoll von einem, der Kinder vom Jugendamt an Pädophile geliefert hatte. „Haralds Hotel“ betraf das im Jahr 2003. So viel zu geschwärzten Protokollen, wer soll damit geschützt werden, ihr Leute mit den schwarzen Stiften?

Auch dieses Mal sind die Kinder diejenigen, die das größte Opfer gebracht haben, um die alte, am meisten gefährdete Generation zu schützen.

Eine Studie in Oxford betreffend eines Asthmasprays wurde ignoriert. Dafür mussten sich alle an eine Studie aus Oxford über die Lockdowns und die magere Wirkung der Masken halten.

Die Kinder haben Jahre ihres Lebens verloren, viele von deren Eltern ihre Jobs und ihr Vermögen, aber es werden Protokolle geschwärzt. *Valentina Selge, Jork*

GRUNDGESETZ DER MUSLIME
ZU: RISKANTES SENDEBEWUSSTSEIN (NR. 23)

Seit wir in Europa muslimische Einwanderung haben, beobachte ich als mündiger Bürger und Christ, wie die Menschen in islamischen Ländern und bei uns leben. Die Grundlage der islamischen Religion ist der Koran, der in arabischer Sprache geschrieben wurde. In muslimischen Völkern und Ländern gibt es keine Trennung von Religion und Staat. Der Koran ist das Grundgesetz der Muslime. Deshalb kann ein Muslim unser deutsches Grundgesetz nicht anerkennen.

Alfred Tegethoff, Recklinghausen

KRITIK AN EINEM PORTRÄT
ZU: RISKANTES SENDEBEWUSSTSEIN (NR. 23)

Zu Ihrem Porträt muss ich jedoch Kritik äußern. Der Artikel insinuiert, dass Herr Stürzenberger Mitschuld am Tod des Polizisten bei der Messerattacke in Mannheim trägt. Die Schuld liegt jedoch ganz allein bei dem Attentäter. Das Recht auf freie Meinungsäußerung zumindest als „provokant“ hinzustellen, passt ebenso wenig. *Marion Blaschek, Pohlheim*

FRAGWÜRDIGE AUSSAGE
ZU: RISKANTES SENDEBEWUSSTSEIN (NR. 23)

Der Autor unterstellt Michael Stürzenberger, einem der beiden Opfer des Mannheimer Messerstechers Sulaiman A., er sei „politisch auf Abwege geraten“. Es sei zu fragen, wie mitschuldig sich jemand fühlen müsse, für den ein anderer gestorben sei. Diese Aussage ist, vorsichtig formuliert, fragwürdig. Das Mitopfer wird damit zum Mitverantwortlichen der Tat.

Der Autor scheint nicht zu bemerken oder es in Kauf zu nehmen, dass die Grenzen des öffentlich Sagbaren vom Täter vorgegeben werden. Wird dies gesellschaftliche Praxis, treten Zustände ein,

die der französische Schriftsteller Michel Houellebecq in seinem Roman „Unterwerfung“ geschildert hat.

Georg Schirmers Köln

EINE SEKUNDÄRE MITSCHULD
ZU: RISKANTES SENDEBEWUSSTSEIN (NR. 23)

Es gibt frei verkäufliche, zertifizierte Stichschutzwesten und Schnittschutzjacken sowie Halsschutz vor Schnitten und Stichen. Ich frage mich, wieso die Polizei in Mannheim damit nicht ausgestattet war. Der Mord an dem Polizisten hätte sich so vermeiden lassen. Somit besteht meines Erachtens eine sekundäre Mitschuld der Polizeiführung vor Ort.

Jürgen Schaar, St. Wendel

RUSSLAND MIT EINBINDEN?
ZU: NATO UND EU ERÖFFNEN EINE BRANDGEFÄHRLICHE DEBATTE (NR. 21)

Wie oft haben westliche Politiker den russischen Präsidenten Wladimir Putin auflaufen lassen, als dieser jahrelang die Nähe zum Westen suchte und sogar eine strategische Partnerschaft mit der NATO anstrebte? Der NATO-Russland-Pakt war sein Verdienst. Putins Dialogangebot 2001 im Bundestag ist unvergessen.

Besonders nach dem 11.9.2001 suchte er eine enge Zusammenarbeit mit dem Westen. Die USA stiegen aus dem ABM-Vertrag aus, bauten ein Raketenabwehrsystem an der russischen Grenze auf und trieben die NATO-Osterweiterung voran, die auch vor der Ukraine nicht Halt machte. Dann wurde Putin beim G8-Treffen eingeladen, und die Zeit der Wirtschaftssanktionen begann.

Das alles rechtfertigt nicht den Überfall auf die Ukraine, trägt aber dazu bei, die jetzige weltpolitische Gefahrenlage einzuordnen und interessengeleitete Lösungswege zu entwickeln – allerdings unter Einschluss Russlands.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

HÄNDE WEG VOM GG
ZU: DIE UNVOLLLENDETE REPUBLIK (NR. 20)

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum der Verkündung des Grundgesetzes wurde in den Medien hin und her erörtert, ob wir nicht mit der deutschen Einheit eine neue Verfassung gebraucht hätten, wie es das Grundgesetz ursprünglich vorgesehen hat. Diese Diskussion geistert schon lange durch die Gegend.

Als ich nach der Vereinigung an einer Studientagung der Evangelischen Notgemeinschaft teilgenommen habe, auf der ein Staatsrechtler gesprochen hat, kam in der Aussprache aus dem Publikum prompt der Hinweis, dass eine neue Verfassung für das vereinigte Deutschland vorgesehen war. Aber da hat uns der Staatsrechtler belehrt, dass es keine Chance gegeben hat, das jetzige Grundgesetz zu verbessern. Eine neue Verfassung wäre schlechter ausgefallen als das Grundgesetz. Das halte ich auch für ganz plausibel.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren verantwortungsbewusste Leute, die etwas Gutes zustande bringen wollten. Das ist auch gelungen. Denn die 68er-Bewegung hat es damals noch nicht gegeben. Nach der Vereinigung waren sie aber da. Sie hätten alles darangesetzt, ihre Weltanschauung in die neue Verfassung einzubringen. Dasselbe würden die heutigen Abkömmlinge der 68er tun, wenn sie Gelegenheit bekämen, am Grundgesetz rumzufummeln.

Wachsamkeit ist aber auch darum geboten, weil zu beobachten ist, dass man den Inhalt des Grundgesetzes uminterpretieren will. Das Perverse wird zur Normalität erklärt und das, was bisher normal war, wird kriminalisiert. Hier wird auf subtile Weise das Recht zerstört, ohne dass man den Wortlaut ändert.

Der Ruhm des Grundgesetzes, die beste Verfassung zu sein, die Deutschland je hatte, ist auch schon dadurch angekratzt worden, dass man die Präambel verfälscht hat, um sich mit der Teilwiedervereinigung zu begnügen.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BAYREUTH

Ein Schönggeist aus Berlin

Vor Wagner eroberte eine Preußin die Herzen der Bayreuther: Markgräfin Wilhelmine, die Schwester Friedrichs des Großen

VON JOLANTA LADA-ZIELKE

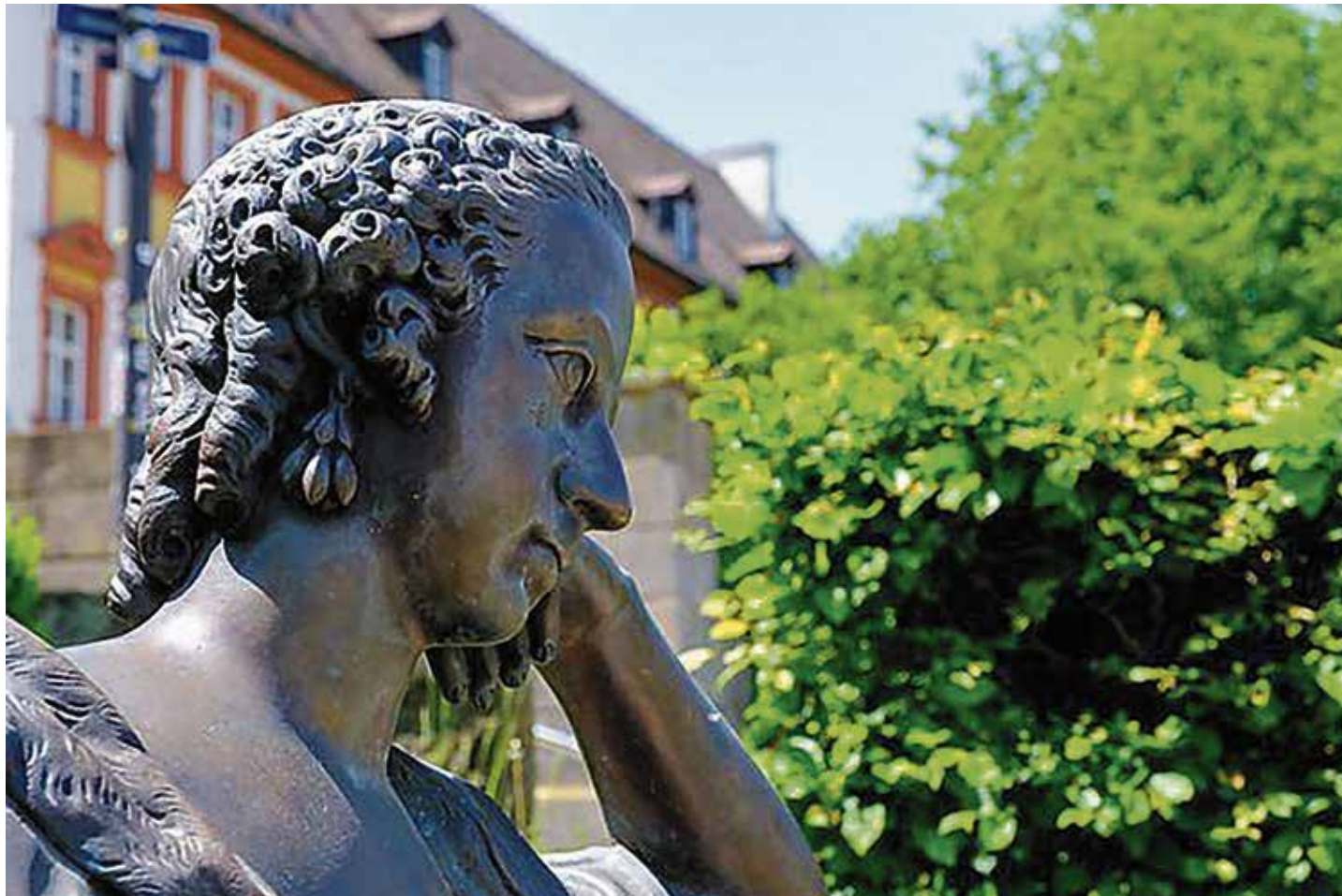
Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth, die älteste Tochter des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. und Schwester seines Nachfolgers Friedrich der Große, kam zur Welt am 3. Juli 1709 in Berlin. Sie hatte eine enge Beziehung zu ihrem drei Jahre jüngeren Bruder. Beide liebten Musik und spielten oft zusammen: Wilhelmine das Cembalo oder die Laute, die sie scherzhaft „Principe“ nannte, während Friedrich seine Flöte als „Principessa“ bezeichnete. Die strenge, von Sadismus nicht freie Erziehung, die sie bekamen, beeinflusste ihr späteres Schicksal.

Am Berliner Hof, der voller Intrigen war, deren Opfer Wilhelmine bereits als Kind wurde, war ihr einziger Zeitvertreib das Lernen und Musizieren. Sie komponierte die Barockoper „Argenore“, von der nur eine Arie erhalten ist, sowie ein Konzert für Cembalo, Streichorchester und Basso Continuo.

Die Schwester Friedrichs des Großen sprach fließend Latein, Englisch, Französisch und schrieb zur eigenen Unterhaltung umfangreiche Tagebücher. In ihnen drückte sie wiederholt ihre Verbundenheit mit ihrem Bruder aus. Sie versuchte ihn von der Flucht nach England abzubringen, die er 1730 als 18-Jähriger unternehmen wollte, weil er die Tyrannei seines Vaters nicht länger ertragen konnte.

Als dieser Plan scheiterte, behandelte der König seinen Sohn als Deserteur und sperrte ihn in der Festung Küstrin ein. Dort musste Friedrich die Hinrichtung seines Lehrers und Freundes Hans Hermann von Katte beobachten, der mit ihm fliehen sollte.

Der junge Thronfolger hätte möglicherweise das gleiche Schicksal geteilt, wenn sich nicht seine Schwester für ihn geopfert hätte. Sie unterwarf sich dem Willen des Königs und erklärte sich bereit, den von ihm vorgeschlagenen Kandidaten – den Erbprinzen des Markgrafentums Bayreuth – zu heiraten.



Dank Wilhelmine wurde Bayreuth zu einer Kulturmétropole: Büste der Markgräfin im Zentrum der Stadt Foto: Imago/imagebroker

Diese Wahl war gegen den Willen von Wilhelmines Mutter Sophie Dorothea von Hannover, von der ihre Tochter viel Unangenehmes erlebte. Prinz Friedrich, später Markgraf von Bayreuth, war ein armer Verwandter der königlichen Familie. Er hatte aber einen guten Charakter, sodass die Ehe zumindest am Anfang glücklich war. Am Bayreuther Hof gab es jedoch auch viele Intriganten, die das Prinzenpaar entzweien wollten.

„Notre Dame de Bayreuth“

Das damalige Markgrafentum Bayreuth mit einer Fläche von 450 Quadratkilometern gehörte zusammen mit Ansbach und Kulmbach ab 1791/92 zu Preußen. 1806 wurde es von Napoleon eingenommen und vier Jahre später in Bayern eingegliedert. Die frisch verheiratete Wilhelmine

kam am 22. Januar 1732 dorthin. Zu ihren Ehren feuerte man drei Kanonensalven ab, und der Bürgermeister begrüßte sie offiziell. Dann ging sie zum Palast, wo sie die abgenutzten Gemälde an der Decke und verbrauchte Möbel sah. Aus dem Polster kamen Fäden heraus und die Vorhänge an ihrem Bett fielen auseinander.

Die Markgräfin begann sofort, Veränderungen vorzunehmen. Später als die intelligenteste Frau im Deutschland des 18. Jahrhunderts sowie als „Notre Dame de Bayreuth“ bezeichnet, hinterließ Wilhelmine einige wichtige Erinnerungsstücke in dieser Stadt. Ihr ist die Gründung des ersten Rokoko-Operntheaters zu verdanken, das seit Juli 2012 auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste steht.

Das Markgräflische Opernhaus entstand in den Jahren 1744 bis 1748 nach

dem Entwurf vom italienischen Architekten Giuseppe Galli Bibiena und dessen Sohn Carlo. Natürlich überschattete das Wagner-Festspielhaus den Ruhm von Wilhelmines Theater, das heute Museumsstatus hat, man organisiert jedoch in seinem Inneren Konzerte. Seit 2020 findet dort das Festival Bayreuth Baroque statt, das bereits internationales Ansehen erlangt hat. Seit 2008 vergibt die Stadt Bayreuth jährlich den Wilhelmine-von-Bayreuth-Preis für Toleranz und Humanität in kultureller Vielfalt in Höhe von 10.000 Euro an politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Persönlichkeiten.

Nach dem Schlossbrand 1753 befahl Wilhelmine, auf den Ruinen eine Residenz im französischen Stil zu errichten. Die Markgräfin gründete ebenfalls die Schlosskirche, die ursprünglich calvinis-

tisch war, weil sie dieser Religion angehörte. Die Kirche wandelte man später in eine katholische um, aber eine Bronzebüste ihrer Gründerin steht in dem umliegenden Garten. Ein ebenso wichtiges Andenken von Wilhelmine ist der Sommerpalast „Eremitage“, den sie 1736 als Geschenk ihres Mannes erhielt und für dessen Erweiterung sie mithilfe des Architekten Saint-Pierre sorgte. Der benachbarte Wald verwandelte sich in einen Park mit einer Orangerie und einem antiken Sommertheater. Diesen Ort mögen besonders Studenten der Universität Bayreuth, die sich dort an warmen Tagen auf Prüfungen vorbereiten. Sonntags gehen ganze Familien in den Park spazieren.

Selbst Napoleon verehrte sie später

Auch als verheiratete Frau gab die Markgräfin ihre früheren Leidenschaften nicht auf. Sie gründete die Akademie der Künste in Bayreuth, an der die Meister aus Frankreich und Italien unterrichteten. Von 1740 an korrespondierte sie mit dem Philosophen Voltaire, der Bayreuth häufig besuchte und an vielen von ihr initiierten intellektuellen Veranstaltungen teilnahm. Sie spielten zusammen in Jean Racines Tragödie „Bajazet“. Am 14. Oktober 1758 starb Wilhelmine in ihrem Lieblingsort Bayreuth.

Zum ersten Mal veröffentlichte man ihre Memoiren im Jahr 1810. Napoleon nannte dieses Ereignis „die zweite Schlacht von Jena“, das heißt: Niederlage und Lächerlichkeit. Wilhelmine stellte die Beziehungen sowohl am Berliner als auch am Bayreuther Hof ohne Verzerrungen dar. Deshalb versuchten die Historiker zunächst, sie zu diskreditieren. Sie behaupteten, die Markgräfin habe absichtlich die Wahrheit manipuliert oder an einer Geisteskrankheit gelitten. Die Leser hielten jedoch ihre Beschreibungen für glaubwürdig, und es gab weitere Editionen davon. Sogar ins Polnische wurden sie 1973 übersetzt. Bereits die ersten Seiten führen uns in die höfische Welt ein, und wir beginnen, sie mit dem kritischen, aber objektiven Auge der Autorin zu beobachten.

ARCHÄOLOGIE

Liebesgöttin Aphrodite lässt wieder grüßen

Zyprische Altertümer nach langer Zeit vereint – Wiedereröffnung des Zypern-Saals im Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel

Seit die Türken 1974 den Nordteil Zyperns besetzt haben, mag die Mittelmeerinsel politisch geteilt sein. Doch in Berlin fand nun eine Wiedervereinigung der besonderen Art statt. Denn im Neuen Museum auf der Museumsinsel hat man den sogenannten Zypern-Saal im Erdgeschoss des Hauses wiedereröffnet. Da in dem Raum ab der Wiederherstellung des im Krieg zerstörten Neuen Museums im Jahr 2009 auch die archäologischen Funde des Troja-Forschers Heinrich Schliemann gezeigt wurden, war immer nur ein Teil der zyprischen Schätze zu sehen. Dieses Problem hat man nach einer umfassenden Neugestaltung nun gelöst.

Damit ist nun die Berliner Sammlung der zyprischen Altertümer vereint, die eine der größten und vielfältigsten Sammlungen deutschlandweit ist und die eine Zeitschiene von 2500 v. Chr. bis zum Ende des 4. Jahrhunderts n. Chr. der zyprischen Vor- und Frühgeschichte illustriert. Die Statue einer Göttin mit Taube (Aphrodite/Astarte), Kleinplastiken aus verschiedenen Tempeln, eine Saugschale aus Kition und Funde aus den Königsgräbern von

Tamassos können somit wieder bewundert werden.

Dank der Tätigkeit des deutschen Archäologen Max Ohnefalsch-Richter, der zwischen 1880 und 1889 seine Forschungen auf Zypern durchführte, gelangten viele Funde nach Deutschland, die im Laufe der Zeit zum Teil weltweit zerstreut wurden. Ein Teil kam nach Berlin und wurde überwiegend dem Antiquarium der königlichen Museen in Berlin, der heutigen Antikensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin, verkauft. Einen größeren Teil der Sammlung kaufte der Bankier und Kunstmäzen Valentin Weisbach von Ohnefalsch-Richter ab und schenkte es 1889 dem Museum für Völkerkunde zu Leipzig. 1974 wurde diese Sammlung aus Leipzig nach Berlin-Ost in das Museum für Deutsche Geschichte überführt.

Erst nach der deutschen Vereinigung gelangten die zyprischen Altertümer der ehemaligen Sammlung von Ohnefalsch-Richter zum Museum für Vor- und Frühgeschichte, dessen eigener Zypern-Bestand ziemlich große Verlustlücken nach dem Zweiten Weltkrieg verzeichnete.

Zypern ist die östlichste Insel des Mittelmeerraums und gilt mythologisch als Geburtsort der Göttin Aphrodite. So gehört zu den Höhepunkten der Berliner Sammlung eine Statue einer Göttin mit



Eine Liebesgöttin mit Friedenstaube? Die Aphrodite/Astarte aus Dali

Taube aus Dali. Da die Taube kultisch der Göttin Aphrodite besonders nahestand, kann man davon ausgehen, dass die Statue die Aphrodite darstellt, die auf Zypern in mehreren Heiligtümern verehrt wurde. Gleichzeitig wird die Statue als eine Vegetationsgottheit oder die Große Göttin von Zypern in Gestalt der Astarte verstanden, die von Phöniziern verehrt und durch die phönizischen Seefahrer nach Zypern gebracht wurde.

Weiterhin stellt eine Saugschale ein extrem seltenes Exemplar dar, bei der mittels eines verborgenen Rohrs der Schalenboden mit einem Stierkopf am Schalenrand verbunden ist. Durch den Stiermund konnte die Flüssigkeit aus der Schale gesaugt werden. Das Strohhalmprinzip entstand auf Zypern also schon zu Beginn des 1. Jahrtausends v. Chr.

In der europäischen Vorgeschichte nahm Zypern seit der Mitte des 3. Jahrtausends v. Chr. einen festen Platz ein, als die Entwicklung des Kupferbergbaus vorangetrieben wurde. Die Kupferlagerstätten zogen neue Siedler an, und in Küstennähe entstanden große Zentren, die den

Abbau und den Handel mit dem Metall organisierten und kontrollierten.

Zeitgleich mit dem Beginn des Neuen Reiches in Ägypten und der Etablierung der Mykenischen Kultur, der ältesten europäischen Zivilisation auf dem griechischen Festland, in der Mitte des 2. Jahrtausends v. Chr. begann in Zypern eine kulturelle Blütezeit. Die Insel etablierte sich zu einer Drehscheibe des ostmediterranen Handels und verband die umliegenden Kontinente Europa, Asien und Afrika. Das Handelsgeflecht zwischen Zypern, Ägypten, der Levante, Anatolien und Griechenland dehnte sich bis in den westlichen Mittelmeerraum aus.

Die Vielfalt der heutigen zyprischen Kunst und Kultur ist das Ergebnis der Besiedlungen verschiedenster Kulturen. So haben zunächst die Phönizier, Griechen und die Ägypter Kolonien auf der Insel gegründet. Anschließend gelangte Zypern in die persische und römische Einflussphäre. Diese kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den Hinterlassenschaften in zahlreichen Zentren wider und prägt die zyprische Gesellschaft bis heute. SPK/tws

● FÜR SIE GELESEN

Düster und geheimnisvoll

Mila Weiss und Jakob Krogh sind die beiden Chefs der neuen Ermittlungseinheit zur Aufklärung von Serienstrafaten. Beide trugen seelische Narben von ihrer vorherigen Arbeit davon. Der erste Fall befasst sich mit brutalen Überfällen auf drei Frauen, die nur knapp überlebt haben und für immer seelisch belastet sein werden. Besonders verwirrt die Ermittler die Tatsache, dass die alte Nachbarin eines Opfers, obwohl sie bereits tot sein soll, von vielen beim Einkaufen gesehen wurde. Ein unscheinbarer Mann wird zu einem psychopathischen Monster. Ihn zu finden verlangt eine kriminalistische Meisterleistung.

Benjamin Cors' „Krähentage“ beginnt mit der Beschreibung der Lebensumstände der Ermittler und den Täuschungsmanövern des Täters. Die Geschichte entwickelt sich zu einem Psychothriller und zeigt einen krankhaften und brutalen Täter, der in die Privatsphäre seiner späteren Opfer eindringt. Ein Krimi, den man besser nicht vor dem Schlafengehen lesen sollte. Der Fernsehjournalist Benjamin Cors hat viele Jahre für die ARD berichtet, heute ist er beim SWR. Durch seine Normandie-Krimis hat er bereits eine große Fangemeinde. Mit „Krähentage“ beschreibt er die dunklen Seiten der menschlichen Seele. *Angela Selke*



Benjamin Cors: „Krähentage“, dtv, München 2024, Taschenbuch, 399 Seiten, 13 Euro

Ein Hund ist neu im Haus

Jedes Kind wünscht sich ein Haustier. Die russische Autorin und Illustratorin Elena Bulay befasst sich in „Dein Hund und du“ mit diesem Thema. Sie sei zwar keine Expertin, berichtet sie, aber Besitzerin der Hündin Jo, die sie über alles liebt. Wie so viele andere, hatte sie nicht die geringste Ahnung, was es bedeutet, sich einen Hund anzuschaffen. In 20 Kapiteln zeigt sie, worauf man achten muss. Zunächst erklärt sie, woher die Hunde kommen, denn sie leben schon seit vielen tausend Jahren mit den Menschen zusammen. Wie kommt man nun „auf den Hund“? Man kann sich einen beim Züchter holen oder aus dem Tierheim. Auch Jo, ihr eigener Hund, war ein Streuner, den sie aus dem Tierheim zu sich nahm. „Was braucht ein Hund?“, „Futter“, „Ausbildung und Erziehung“, „Hundepflege“, „Verhaltensprobleme und Lösungen“ und vieles mehr wird anhand von Zeichnungen verdeutlicht.

Am Ende folgen die fünf wichtigsten Punkte im Leben zwischen Hund und Mensch, Film- und Buchtipps sowie ein Rezept für Hundekekse. Allen, die sich einen Hund anschaffen wollen, ist dieses Werk wärmstens zu empfehlen – und zwar bevor das Tier ins neue Heim einzieht. *Silvia Friedrich*



Elena Bulay: „Dein Hund und du“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2024, gebunden, 96 Seiten, 25 Euro

LEHRBUCH DER WOCHE



Heimische Tier- und Pflanzenwelt

Der aus dem Fernsehen und sozialen Medien bekannte Autor sowie Biologie- und Chemielehrer Thomas Gerl informiert umfassend über unsere heimische Natur

Natur beobachten Ausführlich und reich bebildert führt Thomas Gerl in seinem Lehrbuch „Heimische Natur entdecken für dummies“ in die Grundlagen der Naturbeobachtung ein. In 14 Kapiteln erfährt der Leser alles Wichtige rund um Naturkunde, heimische Lebens-

räume und Jahreszeiten. In zwei Kapiteln weist er auf den Rückgang der biologischen Vielfalt hin und erklärt deren Ursachen. Zahlreiche QR-Codes neben den Abbildungen leiten Interessierte außerdem zu informativen Videos weiter. *MRK*



Thomas Gerl: „Heimische Natur entdecken für dummies“, Wiley VCH GmbH, Weinheim 2024, broschüriert, 430 Seiten, 26 Euro

POLITIK

Ansichten eines Journalisten

Markus Preiß zieht Rückschlüsse als Pressebeobachter seiner Jahre in Brüssel

VON KARLHEINZ LAU

Markus Preiß leitet seit Anfang Juni das ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. 1978 in Thüringen geboren, studierte er Politikwissenschaften und Journalismus. Er begann als „Tagesschau“-Reporter in Köln und Korrespondent in Paris. Er ist ohne Zweifel ein kompetenter Beobachter der politischen Szene.

Preiß gliedert sein Buch „Angezählt. Warum ein schwaches Deutschland Europa schadet“ in zehn Kapitel, die jeweils in einzelne Abschnitte unterteilt sind. Anstelle einer strikten chronologischen Anordnung werden herausragende politische Ereignisse thematisiert, die er als Pressemann behandeln und bearbeiten musste. Zeitlich können die Einführung des Euro 2002 als gemeinsames Zahlungsmittel für zwölf EU-Staaten, aber auch der 24. Februar 2022 als Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine für den Beginn der einzelnen Themenblöcke angesetzt werden. Positiv ist, dass er anfangs Erläuterungen zu seiner Arbeit als Korrespondent in Brüssel sowie zu inneren und äußeren Netzwerken der Beziehungen zwischen Kollegen auf internationaler Ebene gibt.

Ein Korrespondent muss immer in Bewegung sein, um an Informationen und Hintergrundwissen heranzukommen: in Einzelgesprächen, auf Empfängen und Pressekonferenzen, in Interviews, häufig mit Regierungschefs Deutschlands und europäischer Partner. Hier begegnet man Persönlichkeiten wie Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, Emmanuel Macron oder Mario Draghi. Preiß unterscheidet zwischen „Kurzzeit-Regierungschefs“ und solchen mit längerer Anwesenheit in Brüssel und damit größerem Einfluss (Merkel, Viktor Orbán, Mark Rutte).

Als Korrespondent der ARD in Brüssel bearbeitete er alle wichtigen Ereignisse in Europa auch mit ihren Auswirkungen auf Deutschlands Stellenwert in der Europäischen Union und im Verhältnis zu den USA. Es waren dies unter anderem der Tod Helmut Kohls, der den Autor tief erschütterte, die Finanzkrise, die Hinwendung Merkels zu Russland und nach dem Abbruch des Gasbezugs die daraus folgende Energiekrise, die Probleme mit Griechenland, die Asylkrise mit der deutschen Willkommenskultur, Corona, Donald Trump als künftiger neuer Präsident der USA, der Zustand der Bundeswehr, Hilfen Deutschlands, der EU und der USA für die Ukraine, die innereuropäischen Probleme mit Frankreich, Polen und Ungarn sowie der Brexit. Daneben findet die Klimakrise immer wieder Erwähnung.

Zu sehr Kommentarcharakter

Dieses gewaltige Arbeitsprogramm, verteilt auf die einzelnen Kapitel, beschreibt Preiß jeweils mit Informationen zum Sachstand, um dann zu kommentieren, wobei er sehr pointiert seine eigene Position einbringt. Das ist legitim, er muss aber berücksichtigen, dass er in seiner Funktion nicht Gestalter der politischen Verhältnisse ist, sondern dass er als intimer Kenner die Aufgabe hat, diese verständlich für den Leser zu vermitteln.

Manche Beiträge wirken wie eigene politische Ratschläge beziehungsweise Kommentierungen, man wähnt sich als Leser eines politischen Teils einer überregionalen Tageszeitung. Als Beispiel kann der Beitrag „China“ genannt werden. Seine eigene politische Position wird im Zuge der Darstellungen immer wieder deutlich: ein angezähltes Deutschland zum Schaden Europas. Er sieht kritisch die zögerliche Haltung des Bundeskanzlers, Deutschland als euro-

päische Führungsmacht darzustellen, auch in bestimmten Bereichen der Unterstützung der Ukraine. Es ist allerdings zu bedauern, dass kein Wort über die deutsche Hilfe für die Ukraine fällt. Hier ist Deutschland Spitzenreiter in Europa.

In der gegenwärtigen Verfassung sieht Preiß Deutschland nicht als die treibende Kraft in Europa, die als Einheit in enger Verbindung mit den USA das Bollwerk gegen Putin und auch China bildet. Trotz zahlreicher nicht gelöster Probleme innerhalb der EU – beispielsweise Mehrheitsentscheidungen oder das Verhältnis zu Frankreich – lobt der Autor die einvernehmliche Position in der Migrations- und Asylpolitik, die im Sommer 2023 in Luxemburg unter entscheidender Initiative Deutschlands zustande kam.

Das Buch ist ein Bericht über die Brüsseler Zeit von Preiß mit seinen persönlichen Meinungen. Tatsächlich bringt es für den an Politik interessierten Leser kaum neue Fakten. Aber das Aufzeigen der Hintergründe der Arbeit eines Journalisten, der Netzwerke sowie der Zusammenarbeit der Kollegen aus den verschiedenen Ländern Europas und aus Übersee muss als Gewinn für den Leser und seine Urteilsfähigkeit angesehen werden. Die Darstellungen sind sehr faktenreich und dicht und erfordern ein hohes Maß an Konzentration. Eine Zeittafel hätte bei der Lektüre geholfen.



Markus Preiß: „Angezählt. Warum ein schwaches Deutschland Europa schadet“, dtv, 2. Auflage München 2024, Taschenbuch, 288 Seiten, 20 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Spannend und mitreißend

Danzig im Jahr 1862. Johanna Forster setzt sich mit allen Kräften für den Fortschritt ihrer jungen Werft an der Weichsel außerhalb der Stadt ein. Gemeinsam mit ihrem Mann Berthold, der bisher in seiner bescheidenen Werkstatt nur kleine Boote gebaut und repariert hatte, und dessen Sohn aus erster Ehe, Pawel strebt, die Tochter einer angesehenen Danziger Reederfamilie den Bau einer modernen Werft auf einem Grundstück an, das sie von ihrem Vater geerbt hat.

Vor ihr liegt ein steiniger Weg. Ihr Mann erleidet einen Schlaganfall, und mit dem hitzköpfigen Pawel gilt es, zahlreiche Konflikte auszufechten. Dazu ist das Geld knapp, da die Aufträge noch spärlich eingingen. Zu allem Unglück macht ihr älterer Bruder Theodor Berend ihr das Leben schwer, indem er seine geschäftlichen Beziehungen spielen lässt, um seine verhasste Schwester zu vernichten. Im Gegensatz zu Theodor ist Johanna mit ihrer ehrlichen und offenen Art allseits beliebt, was ihr am Ende hilft, die Angriffe des Bruders abzuwehren.

Im zweiten Band der Familiensaga „Danzig. Zeiten des Sturms“ schildert Hilke Sellnick spannend und mitreißend den Fortgang der Geschichte um Johanna Forster sowie deren Brüder Theodor und Ernst Berend mit ihren jeweiligen Liebesdramen vor dem Zeitkolorit des 19. Jahrhunderts. Der dritte Band „Danzig. Jahre der Freiheit“ soll im Juni 2025 erscheinen. Er darf mit Spannung erwartet werden. *MRK*



Hilke Sellnick: „Danzig. Zeiten des Sturms“, Penguin Verlag, München 2024, Taschenbuch, 560 Seiten, 16 Euro

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

„Reiseziel“ Königsberg-Kaliningrad

Reisen in die Russische Föderation sind zwar immer noch möglich, aber mit einigen Hürden versehen

VON BÄRBEL BEUTNER

Die Anführungsstriche haben besondere Bedeutung für meine Erlebnisse auf der Reise ins Königsberger Gebiet am 17. Mai 2024. In meinem Heimatdorf Heiligenwalde [Uschakowo] wurde das 680. Jubiläum der dortigen Kirche gefeiert, ein großes Ereignis, denn die wunderschön restaurierte Ordenskirche ist ein Touristenmagnet für Tausende von Besuchern.

Aus terminlichen Gründen fuhr ich mit einer anderen Busfirma als bisher und machte eine Fülle neuer Erfahrungen. Es begann schon mit dem Zustiegort Bielefeld-Brackwede. Ein geschlossener Bahnhof, keine Menschenseele weit und breit, kein Hinweis auf irgendwelche Fahrpläne gen Osten – das war mein erster Eindruck bei meiner Ankunft dort. Doch plötzlich tauchte ein Dutzend Menschen mit Reisegepäck auf und ein Bus mit dem Reiseziel „Kaliningrad“ kam. Später sollte ich erfahren, dass diese scheinbare „Fuchs- und Hase-Gutenacht-Station“ ein pulsierender „Umschlag-Platz“ für Reisen in den Osten ist.

Aufmerksamer Service

Die große Überraschung aber kam in Berlin. Eine Riesengruppe stieg ein, jeder Platz war besetzt, man hörte vorwiegend Russisch, aber dann auch wieder Deutsch dazwischen. Einer der Busfahrer hatte vorher schon das Gespräch mit mir auf Deutsch gesucht und gefragt, wie weit ich die russischen Durchsagen verstanden hätte. Überhaupt erlebte ich einen in jeder Hinsicht aufmerksamen Service während der Fahrt sowohl hin und zurück.

Nach und nach kam man ins Gespräch. Es stellte sich heraus, dass die meisten Reisenden mit dem Bus nach Königsberg führen und von dort aus nach Moskau, Sankt Petersburg oder weiter



Für die Meisten heute wieder geschlossenes Gebiet: Das Straßenschild weist nach Königsberg

Foto: Shutterstock

nach Asien flogen, denn Direktflüge von Deutschland in die Russische Föderation sind ja nicht mehr möglich. Königsberg ist also zu einer Durchgangsstation geworden, und das Unternehmen hat sich darauf eingestellt. Das wurde bei der Ankunft am Busbahnhof in Königsberg deutlich. Während mich das Glücksgefühl durchströmte, wieder „in der Heimat“ zu sein, wurde im Bus durchgesagt, wann welche Taxis zum Flughafen ankommen. Alles war organisiert.

Die Ziele und die Anliegen der vielen Fahrgäste waren unterschiedlich. Manche Familien mit Kindern waren offenbar

auf dem Weg zur Oma. Neben mir saß eine junge Frau, die Russisch und Englisch sprach. Sie flog weiter nach Sankt Petersburg zu ihren Eltern. Von wo aus sie nach Berlin gekommen war, konnte ich nicht herausfinden.

Zwei Tage anstatt acht Stunden

Wie lang der Weg heutzutage werden kann, erfuhr ich auf der Rückfahrt von einer Nachbarin, die als Russin seit dreißig Jahren in Berlin wohnt, weil sie mit einem Deutschen verheiratet ist. Aber ihre Eltern leben hinter dem Ural, und natürlich besucht sie ihre Eltern jedes

Jahr zweimal. Was früher eine Flugreise von acht Stunden war, hat sich für sie nun zu einer Odyssee von mehr als zwei Tagen umgewandelt. Früher flog die Lufthansa von Berlin nach Moskau und von dort in den Wohnort ihrer Eltern, wo es eine Fabrik für Ersatzteile für die Lufthansa gab. Glückliche Zeiten. Inzwischen ist sie schon über die Türkei und über den Balkan geflogen und hat es nun auch mit dem Bus nach Königsberg versucht. Doch mit dieser Lösung ist sie auch nicht zufrieden.

Solche Sorgen hat ein anderer deutscher Fahrgast nicht. Er fährt jede Woche

mit dem Bus nach Königsberg, das für ihn überhaupt nicht der Rede wert ist. „Ich mache meine Geschäfte in Moskau“, erklärt er. Ein Aufenthalt in unserer teuren Vaterstadt, in der von Deutschen und Russen geliebten Stadt Kants käme ihm nie in den Sinn, schwere Kost für die Nostalgiker, die wir inzwischen ja wohl sind. Denn im Königsberger Gebiet haben sich in den Jahren der Pandemie und durch die politische Lage viele Veränderungen vollzogen.

Königsberg verändert sich

Ein wahrer Bauboom lässt in der Stadt neue Hochhäuser und Glaspaläste und auf dem Land neue Wohnsiedlungen entstehen. Alles vom Feinsten. In die Seebäder fährt man über ein Autobahnnetz, im östlichen Samland auch. Angesichts des opulenten Warenangebotes in dem renovierten Basar in Königsberg verschlägt es einem die Sprache.

Doch ein Reiseziel ohne Anführungsstriche ist Königsberg ohne Frage, trotz der Warnungen vor großen Gefahren und Unannehmlichkeiten auf westlicher Seite. Einfache Reisende mit deutschem Pass haben nichts zu befürchten. An der Grenze fällt sogar die früher aufwendige „Deklaration“ weg, nach Geld wird überhaupt nicht gefragt, das Gepäck wird auf russischer Seite zwar durchleuchtet, aber ich habe bisher keine Beanstandungen erlebt.

Vor Ort gibt es keinerlei deutschfeindliche Reaktionen, im Gegenteil. Viele Autos mit deutschen Kennzeichen sind zu sehen, an manchen Touristenbussen steht groß „Königsberg“, und das alte Königsberg ist überall auf Abbildungen gegenwärtig, so wie wir es seit dem Beginn unserer Besuche kennen. Das Gebiet ist keineswegs „verschlossen“ und unzugänglich gemacht worden. Wer hinfahren möchte, sollte sich ein Herz fassen und sich auf den Weg machen.

KURISCHE NEHRUNG

Ein Serienmörder in Rossitten?

Eine Verwechslung brachte einem Kellner des Hotels Kurisches Haff sechs Monate Haft ein

Die nachfolgende Geschichte, entnommen den damaligen Tageszeitungen, wird sich um den 14. August 1909 zugetragen haben. In diesen Tagen kam der Oberkriegsgerichtsrat Scheer, der 1901 den Prozess des Oberkriegsgerichts wegen Mordes an dem Rittmeister v. Krosigk in der Dragonerkaserne zu Gumbinnen als Verhandlungsführer leitete, auf den Gedanken, eine Küstenwanderung über die Kurische Nehrung mit einem Halt in Rossitten durchzuführen.

Zuvor muss erwähnt werden, dass Ende Juli in der Posener Gegend ein Lustmörder sein Unwesen trieb, der mehrere Morde an Frauen auf dem Gewissen hatte. Man setzte einen verdächtigen Russen in Haft. Kurz darauf kamen Nachrichten auf, dass in Weißwasser in der Oberlausitz ein Häftling entlaufen sei, auf welchen eine hohe Belohnung ausgesetzt war und der vermutlich identisch mit dem Posener Lustmörder sei, da die Personenbeschreibung in der Fahndung vollkommen auf den Flüchtling passe.

Kehren wir nun auf die Kurische Nehrung nach Rossitten zurück, wo es dem Oberkriegsgerichtsrat beliebte, sich im Hotel Kurisches Haff einzuquartieren. Als er sich in das Fremdenbuch eingetragen hatte, trat dem „Memeler Dampfboot“ zufolge der Kellner Johannes Schubert an

ihn heran und verlangte, für alle noch anwesenden Gäste verständlich genug und in sehr barschem Tone, von ihm eine Legitimation, da seine Eintragung falsch sei.

Nachdem Herr Scheer das Ansinnen des Kellners zurückgewiesen hatte, bezeichnete dieser den Oberkriegsrat, der sich in schlichtem, aber tadellosem Touristenanzug befand, als den gesuchten Lustmörder. Um sich der anfänglich etwas komischen, dann aber unerträglichen Situation zu entziehen, wies Herr Scheer dem hereingekommenen Wirt eine von der Königsberger Garnisonverwaltung abgestempelte Karte vor, die den Namen und Titel des Oberkriegsgerichtsrats enthielt. Trotz der Intervention der Gäste zeigte sich der Kellner unbeeindruckt. Angeblich hatte er inzwischen an die Königsberger Kriminalpolizei gedrahtet und das halbe Dorf durch die Erzählung von dem entdeckten Lustmörder in Aufregung gebracht.

Der Kellner ließ vorsorglich in der Nacht drei Mann das Zimmer des Oberkriegsgerichtsrats und das Hotel bewachen. Diese zeigten sich am nächsten Morgen hochbefriedigt, dass ihnen der Mordgeselle nicht entkommen war. Als der Gast seine Rechnung beglichen hatte, versuchte der Kellner, ihn daran zu hindern, indem er vorgab, dass von der Kö-

nigsberger Kriminalpolizei noch keine Antwort eingelaufen sei.

Schubert ließ den Gast überwachen

Da der Kellner sich schließlich an dem Gast tätlich vergriff und ihn bespötte, blieb diesem nichts anderes übrig, als über den Hof hinüber die Flucht zu ergreifen, um bei dem Oberförster und Amtsvorsteher Schutz zu suchen und die Herausgabe seines Reisegepäckes zu erwirken. Erst als der Oberförster in Begleitung eines Försters

mit ihm wieder in dem Hotel erschien, bekam der Gast seine Sachen ausgeliefert. Merkwürdigerweise ließ sich der Besitzer des Hotels nicht sehen, um seinen Angestellten „in seine Schranken zurückzuweisen“.

Um Herrn Scheer vor weiteren Beleidigungen auf der Straße zu schützen, hielt man es für ratsam, ihm noch bis über die Dorfgrenze hinaus amtliches Geleit zu geben. Der „Aachener Anzeiger“ vom 18. August 1909 schrieb: „Dem Oberkriegsge-

richtsrat wird die Idylle des Nehrungsdorfes noch lange in peinlicher Erinnerung bleiben (...).“

Schubert musste sich Mitte Mai 1910 vor dem Landgericht Bartenstein wegen Beleidigung und Freiheitsberaubung verantworten und wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer nahm an, dass er durch seine Verdächtigungen den Oberkriegsgerichtsrat, so der „Ohligser Anzeiger“ vom 24. Mai 1910, „aufs schwerste in seiner Ehre gekränkt und sich infolgedessen eines Beleidigungsvergehens schuldig gemacht, für das dem Gericht nur die hohe Strafe von sechs Monaten als angemessene Sühne erschien“.

Die deutsche Presse konnte das Urteil nicht nachvollziehen, denn der Kellner habe im guten Glauben gehandelt, „als er den Oberkriegsgerichtsrat des Mordes verdächtigte, und dass er sich bei seiner Handlungsweise von einem Eifer leiten ließ, der schlimmstenfalls unbesonnen, aber nicht bössartig war“. Das Urteil sei unverständlich, die Strafbemessung aber geradezu ungeheuerlich. Die „Berliner Morgenpost“ stellte die Suggestivfrage: „Nehmen wir an, der Herr Oberkriegsgerichtsrat hätte den Oberkellner für den Lustmörder gehalten und ihn festgenommen: hätte er auch sechs Monate für seinen Irrtum aufgebremmt bekommen?“ Jürgen Ehmann



Hier wurde der Oberkriegsgerichtsrat Scheer festgehalten: Hotel Kurisches Haff

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN

● AUFGESCHNAPPT

Die Regierung Großbritanniens beabsichtigt laut einem Bericht von „achgut.com“, die Firma Global Disinformation Index (GDI) nicht mehr länger finanziell zu fördern. Der Grund für die Entscheidung sei, dass von GDI eine Bedrohung der Meinungsfreiheit ausgehe. Der Index war 2018 gegründet worden, um Internet-Beiträge auf die „Wahrscheinlichkeit von Desinformation“ hin zu untersuchen. Tatsächlich entwickelte sich das Portal „www.disinformationindex.org“ schnell zu einem Schauplatz, an dem aus Sicht des GDI politisch oder gesellschaftlich missliebige Webseiten an den Pranger gestellt wurden, mit dem Ziel, dass dort keine Werbung mehr geschaltet wird. Statt wie verkündet der Aufklärung zu dienen, wurde der GDI somit selbst zu einem Werkzeug der Desinformation. Außenminister Cameron erklärte, die Londoner Regierung werde sich auch weiterhin der Bekämpfung falscher Informationen im Internet widmen, doch stehe bei künftigen Kooperationen der Schutz der Meinungsfreiheit im Vordergrund. *neh*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Publizist Jan Fleischhauer befasst sich in seiner „Focus“-Kolumne (22. Juni) damit, dass bei der Europawahl die Jugend nicht mehr vorzugsweise grün wählte, sondern die AfD, und kommt zu der Erkenntnis:

„Für die AfD stimmen ist der Punk von heute. Früher hat man sich den Kopf kahl geschoren und Sicherheitsnadeln in die Backe gerammt, heute steckt man der Gesellschaft den Zeigefinger entgegen, in dem man rechts wählt. Ich weiß, ich weiß, die AfD steht für lauter schlimme Sachen. Aber Hand aufs Herz: Mit Sid Vicious (einem ehemaligen Punk-Rocker und zwischenzeitigem Mitglied der Band ‚Sex Pistols‘ – die Redaktion) als Kanzler wären wir nicht viel besser gefahren als mit Alice Weidel.“

Das Portal „Tichys Einblick“ widmet sich in einem Kommentar (23. Juni) der Aussage der Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik „Gewalt in Berlin ist jung, männlich und nicht-deutsch“ und schreibt:

„Wenn die oberste Polizistin der Bundeshauptstadt mit offensichtlicher Zustimmung von CDU und SPD jetzt so eindeutig die wichtigste Tätergruppe für Alltagsgewalt auf unseren Straßen identifiziert, deutet das darauf hin, dass mindestens auf Länderebene Christ- und Sozialdemokraten übereinstimmend erkannt haben: Die Vogel-Strauß-Taktik, sich vor Ausländerkriminalität einfach wegzuducken, führt ins politische Nichts. Das mag daran liegen, dass so viele Migranten ins Land kommen. Von denen sind überdurchschnittlich viele gewalttätig, gerade auch mit Messern. (Für den Verfassungsschutz und seinen fürchterlichen Präsidenten Thomas Haldenwang ist an dieser Stelle vielleicht der Hinweis hilfreich: Das ist Statistik und nicht Rassismus.) Da lässt sich einfach nichts mehr klein- und schönreden. Bloßes Leugnen stößt nun erkennbar an seine Grenzen.“

Die Schriftstellerin Julie Zeh antwortete im Interview mit der „Welt“ (23. Juni) auf die Frage, ob Politik keinen Bock mehr auf den Bürger habe:

„Merkel war ein Vorläufer davon, zu sagen, wir hier oben machen sinnvolle Dinge, und ihr da draußen kümmert euch um euren eigenen Kram. Wenn man die Bürger für kleine Kinder hält, wird Politik zu Pädagogik. Entweder schwarze Pädagogik, indem man Leute mit schrecklichen Szenarien einschüchtern, damit sie mitgehen. Oder eine Form von Nudging, indem man manipulativ auf Bürger einwirkt, um sie zu bestimmtem Verhalten zu bringen. Die Grundidee von Demokratie ist aber der mündige Bürger. Das Volk ist der Souverän. Wenn man glaubt, dass das Volk nur aus Idioten besteht, macht Demokratie keinen Sinn. Als Demokrat musst du das Wagnis eingehen, Leute für kompetent zu halten. Ein Politiker ist ein Volksvertreter und kein Erklär-Bär.“

● WORT DER WOCHE

„Deutschland ist nicht mehr das Deutschland, das unsere Großeltern und Eltern uns als Beispiel genannt haben“

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview mit dem Budapester Sender Kossuth Radio anlässlich seines Besuchs bei Bundeskanzler Olaf Scholz am 21. Juni in Berlin

DER WOCHENRÜCKBLICK

Menetekel eines Neuanfangs?

Die Fußballeuropameisterschaft zwischen Sport und Politik

VON REINHARD MOHR

Ob „Sommermärchen“ oder „Wunder von Bern“ – Europa- und Weltmeisterschaften, die großen Fußballturniere, schreiben nicht nur Sportgeschichte, sie sind auch Teil der nationalen Geschichte und daher hochpolitisch. Sie sorgen für kollektive Gefühlsaufwallungen, die sich tief in die Erinnerung graben, und formen Legenden, die auch zu Marksteinen der jüngsten Zeitgeschichte werden.

1954, 1974, 1990, 2014, Zusatzzahl 2006: Die vier deutschen Weltmeistertitel plus das „Sommermärchen“ in Schwarz-Rot-Gold sind auch unvergessliche Wegmarken der Bundesrepublik, die für die jeweilige historische Phase stehen. Der Sieg gegen die favorisierten Ungarn in Bern 1954 wirkte wie ein seelischer Befreiungsschlag neun Jahre nach dem katastrophal verlorenen Krieg, nach NS-Herrschaft und Holocaust. Deutschland war wieder im Kreise der zivilisierten Staaten Europas aufgenommen worden, das Wirtschaftswunder begann, und man durfte wieder ein bisschen stolz sein auf jenes Land, dessen „Führer“ eben noch halb Europa erobert und verwüstet hatte.

Zwanzig Jahre später hatte die Republik schon die Revolte von 1968 überstanden, die terroristische RAF bombte sich gerade durch den revolutionären „Guerillakrieg“, während unter Bundeskanzler Willy Brandt eine neue Reformära Gestalt annahm. Deutschland hatte die Nachkriegszeit hinter sich gelassen, und der coole Hippie-Wuschelkopf Paul Breitner repräsentierte den neuen, modernen Geist der Zeit: Ein bisschen aufmüppig, aber auch effektiv – Gerd Müller, der „Bomber der Nation“, schoss nicht zufällig das 2:1 gegen Finalgegner Holland.

Der Sommer 1990 war der „Honeymoon“ der bevorstehenden Einheit mit einer deutschen Mannschaft, die die „Lichtgestalt“ Franz Beckenbauer mit scheinbar leichter Hand zum Weltmeistertitel führte. In Berlin schwenkten selbst junge Türken die Deutschlandfahne und machten die Nacht zum Tage.

Es dauerte 24 Jahre, bis das Land wieder im Freudentaumel war und Mario Götze im Stadion von Rio de Janeiro das Siegtor gegen Argentinien schoss. Ein vorerst letzter Glücksmoment. 2014 hatte sich die deutsche Wirtschaft erstaunlich gut von der großen Finanz- und Schuldenkrise seit 2008 erholt, und noch war die große Migrationswelle mit

all ihren problematischen Folgen, die ein Jahr später einsetzte, nicht in Sichtweite. Angela Merkel war auf dem Höhepunkt ihrer Macht und besuchte „die Mannschaft“ sogar in der Kabine, wo sie dem halb nackten Mesut Özil die Hand gab. Nicht viel später gab er sie Recep Tayyip Erdoğan, seinem neuen Idol.

Und jetzt? Zeitenwende? Ampeldämmung? Neuwahlen? Olaf go home? Friedrich Merz ante portas?! Es scheint jedenfalls, dass sich nach Jahren einer bleiern Lähmung, in denen die rot-grün geprägte politisch-mediale Klasse wie das Kaninchen vor der Schlange stand und auf die immer stärker werdende AfD nur mit immer lauterem Kampfrufen „gegen Rechts“ antwortete, die rechthaberische Begriffsstutzigkeit zu schwinden beginnt. Plötzlich gibt es, vor allem bei den Themen Asyl und Wirtschaft, eine neue Entschlossenheit, die Probleme anzugehen.

Sinnbild der Zeitenwende?

Das Mantra des „Kampfes gegen Rechts“, das dem „Amen“ in der Kirche immer ähnlicher wurde, weicht neuen Einsichten, auch wenn es zuletzt noch einmal einen Höhepunkt erklimmte mit den Großdemonstrationen gegen eine angeblich geplante „Deportation“ von Millionen Migranten. Auch die inzwischen drei Prozesse gegen angebliche Putschpläne von „Heinrich dem Dreizehnten“ und seine operettenhaften Spießgesellen lassen eher an „Lummerland“ und „Alfons den Viertelvorzwölften“ denken als an einen kurz bevorstehenden bewaffneten Staatsstreich.

Die Parallelen zum Spiel der Nationalmannschaft sind offenkundig. Schon in den letzten Merkel-Jahren geriet das Ballgeschiebe zum mutlosen Kicken, eigentümlich ziel- und orientierungslos. Bei der Weltmeisterschaft in Katar 2022 schied die Mannschaft schon in der Vorrunde aus. Im Gedächtnis blieb einzig der Kampf um die Regenbogenbinde, mit der man die richtige Gesinnung demonstrieren wollte.

Das hat sich nun deutlich geändert, wie die ersten Spiele der deutschen Mannschaft gezeigt haben. Ein neuer Geist scheint sich etabliert zu haben; ja, auch ein bisschen altdeutscher Sturm und Drang, Einsatzwille, Hoffnung und Risikobereitschaft – jener Optimismus, den man braucht, um einen erfolgreichen Angriff zu starten. Alles in einem: neues Selbstbewusstsein.

Wenn die Eindrücke nach den ersten zwei Wochen der Europameisterschaft nicht täu-

schen, dann offenbart sich in den Stadien wie in den „Fan-Zonen“, in denen sich zehntausende junge Leute versammeln, nicht zuletzt ein lange vernachlässigtes Bedürfnis, stolz zu sein auf das eigene Land. Es ist auch ein Bedürfnis nach Identifikation, das sich durch noch so viele Windräder, Solarzellen und Wärmepumpen nicht stillen lässt, mit denen das Weltklima gerettet werden soll.

Ein neuer Offensivgeist

Genau das hat sehr lange gefehlt, im Fußball und in der Politik. Symptomatisch das oft hingemümmelte, ton-, mut- und ausdruckslose, regelrecht gepresste Sprechen des Kanzlers, bei dem eine grundsätzliche Ängstlichkeit, klare Entscheidungen zu treffen, zu spüren ist. Gündogan und Musiala, Kroos und Kimmich sind da anders drauf, und es braucht gar nicht die übliche deutsche Patriotismus-Debatte, um zu begreifen, dass schlicht ein kollektiver Offensivgeist nötig ist, um den ständig bemühten „Zusammenhalt“ der Gesellschaft von seiner Phrasenhaftigkeit zu befreien.

Doch es war wieder einmal eine Spitzenkraft der Grünen, die für Spaltung sorgte – und für den bislang peinlichsten Moment der Europameisterschaft. Just nach dem bejubelten Ende des 2:0-Siegs über Ungarn twiterte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt, wie eine Lehrerin auf Klassenfahrt: „Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler!“

Auch wenn sie ihren Tweet kurz darauf löschte: Ihre durch und durch ideologiegetränkte Haltung hat es ihr nicht erlaubt, einfach mitzujubeln über die Tore von Musiala und Gündogan. Nein, sie musste daran erinnern, wie rassistisch Deutschland in ihren Augen ist: ein Land, in dem „die Weißen“ leider immer noch in der Mehrheit und zwischen Jägerzaun und Gartenzwerge unbeherrschbar ihre Ressentiments pflegen. In ihrem dummen Furor hat Göring-Eckardt gar nicht bemerkt, dass sie selbst rassistisch argumentiert, indem sie die Hautfarbe zum Kriterium macht. Was sie wohl gedacht haben mag, als den rettenden Ausgleich gegen die Schweiz der „bio-deutsche“ Niclas Füllkrug schoss?

In jedem Fall ist der aktuelle Niedergang der Ökopartei hochverdient.

Also doch Zeitenwende? Die Europameisterschaft 2024 als Menetekel eines politischen Neuanfangs?

Erinnern wir uns an die ewige Fußballerweisheit: „Entscheidend ist auf'm Platz.“



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de